Bald Kriegswende in Syrien? S. 6

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro

Nr. 36 – 7. September 2018

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Brutale Phantasien als „Menschlichkeit“: Plakat auf dem „Wir sind mehr“-Konzert am 3. September in Chemnitz

Bild: Imago

Die Peitsche knallt

Lügen, Einschüchterungen, Drohungen: Wie Bürgerprotest erstickt werden soll

Mit der Lüge von der „Hetzjagd“ in Chemnitz hat die Regierung das Land vergiftet. Nun geht es Schlag auf Schlag.

Dass sich rund 10 000 Menschen dem Chemnitzer Schweigemarsch von AfD und Pegida angeschlossen haben, stürzt die Regierung sowie die ihr nahestehenden Parteien und Medien in höchste Nervosität. Schon vor der Demonstration hatte die Regierung Merkel dem Protest der Bürger den Kampf angesagt.

Vor den Augen und Ohren der Weltpresse bezichtigte Regierungssprecher Steffen Seibert eigene Bürger in Chemnitz „Zusammenrottungen, Hetzjagden auf Menschen anderen Aussehens, anderer Herkunft“ veranstaltet zu haben. Diese „Hetzjagden“ hatte damals niemand gesehen, wie das Kanzleramt wusste. „Zusammenrottung“ ist die Vokabel, mit der das totalitäte SED-Regime Versammlungen der demokratischen Opposition diffamiert und kriminalisiert hat. Es dürfte als einmaliger Vorgang in die Geschichte eingehen, dass eine demokratisch gewählte Regierung Angehörige des eigenen Volkes derart vor der Welt verleumdet.

> Normale Bürger sollen nicht wagen zu protestieren

Dies ist umso perfider, als sich offenbar auch die ausländischen Medien eine solche Infamie nicht vorstellen konnten und die Berliner Darstellung daher für wahr nahmen. Damit war die Lüge auf dem Tisch und der Tenor der Auseinandersetzung gesetzt.

Tief verwirren muss den gewöhnlichen Bürger die Widersprüchlichkeit der ausgesendeten Botschaften. Einerseits betonen etablierte Politiker und Medienkommentatoren, wie wichtig es sei, die „Spaltung der Gesellschaft“ zu überwinden, in den „Dialog“ zu treten. Gleichzeitig versteigen sie sich in immer hysterischere Verdammungen der Andersdenkenden und öffentlich protestierender Menschen.

Entweder zeigt dieser Widerspruch die Hilflosigkeit der Tonangeber. Oder die damit erzeugte Verwirrung ist gewollt, denn Verwirrung lähmt – auch die politische Initiative aufmüpfiger Bürger.

Es hagelt Einschüchterungsoffensiven. Die Polit-Elite lässt die Peitsche knallen gegen die Opposition, droht mit der Beobachtung der AfD durch den Verfassungsschutz, schwingt die „Nazi“-Keule in allen möglichen Varianten. Dies soll offenkundig unzufriedene Bürger davon abhalten, in den Protest gegen die Einwanderungs- und Asylpolitik sowie deren fatale Folgen einzustimmen. Die Warnung: Machst du da mit, kleben wir dir den braunen Schandfleck auf die Stirn – mit unabsehbaren Folgen für deine Zukunft.

Fraglich bleibt, ob sich der Protest damit wieder einfangen lässt. Der Mord von Chemnitz war kein Einzelfall. Immer mehr Deutsche werden persönlich oder über ihr direktes Umfeld mit den Folgen der maßlosen Asylpolitik konfrontiert. Damit schrumpft die Zahl derer, die den Ausweichmanövern der etablierten Politik („Einzelfälle“, „Hat es schon immer gegeben“, „Ist sowieso nicht zu ändern“ etc.) weiterhin glauben wollen.

Hans Heckel

Jan Heitmann:

Ein Wunder

Wie herum denn nun? Vor oder zurück? Das ist in einigen Wochen wieder einmal die Frage. Denn dann kommt die Umstellung von der Sommer- auf die Winterzeit. Dabei gibt es eine Eselsbrücke, mit der man sich leicht merken kann, wie herum denn nun an der Uhr gedreht werden muss: Im Frühjahr werden die Gartenmöbel hervorgeholt und die Uhr vorgestellt, im Herbst werden die Uhren ebenso wie die Gartenmöbel wieder zurückgestellt. Ganz einfach also – und absolut überflüssig. Denn es ist längst bewiesen, dass es keine stichhaltigen Argumente für die Zeitumstellung gibt. Sie ist ein Produkt vergangener Zeiten der Ölkrise. Um zu sparen, wollte man noch mehr aus dem Tag herausholen. Also drehen wir seit 1980 alle halbe Jahre an der Uhr. Ohne dass es etwas bringt, außer negativen Folgen für den Biorhythmus von Mensch und Tier.

Und warum stellen wir die Uhren um, obwohl es den gewünschten Effekt nicht gibt? Einzig und allein deshalb, weil die Bürokraten in Berlin und Brüssel es so wollen. Was die Politik einmal beschlossen hat, behält sie bei. Daran können auch wissenschaftliche Gutachten nichts ändern, welche die Zeitumstellung für überflüssig erklären und deren Abschaffung fordern. Und Volkes Wille schon gar nicht. Oder vielleicht doch?

Bis zum 16. August konnten sich die Bürger der EU-Staaten in einer Umfrage für die Abschaffung oder Beibehaltung der Zeitumstellung aussprechen. Dabei stimmten mehr als 80 Prozent für die Abschaffung. Und plötzlich verkündet EU-Kommissionspräsident Jean Claude Juncker, dass die Zeitumstellung abgeschafft wird. „Weil die Menschen das so wollen“, wie er erklärt. Ein Wunder: Juncker hört auf das Volk. Das wurde auch Zeit!

Neuer Höhepunkt des Messerterrors

Die Bluttat von Chemnitz passt ins Muster der mit den Asylsuchern ins Land gekommenen Kriminalität

Mit einem Toten und zwei schwerverletzten Deutschen war die Messerattacke von Chemnitz ein neuer Höhepunkt des Messerterrors durch muslimische Asylsucher, der seit der unkontrollierten Grenzöffnung von 2015 auf Deutschland niederprasselt.

Als der schwäbische AfD-Bundestagsabgeordnete Markus Frohnmaier nach der tödlichen Messerattacke zweier Asylbewerber aus dem Irak und Syrien gegen einen Deutsch-Kubaner von „Messermigration“ sprach, regte sich sofort quer durch alle Altparteien Protest bezüglich der angeblich diskriminierenden Wortwahl. Dabei kann man seit der Masseneinwanderung aus dem Orient 2015 eine starke Zunahme dieser messerbedingten Todesfälle durch Zuwanderer feststellen.

Merkels Einwanderungspolitik der offenen Tür hat einen Teufelskreis der Gewalt in Gang gesetzt. Fast jeden Tag schafft es eine von Dutzenden Messerattacken in die Medien, weil sie einen islamischen, terroristischen oder antisemitischen Hintergrund hat. Mit Messern, Äxten und Macheten bewaffnete orientalische Täter haben in den letzten Monaten in allen Bundesländern zugeschlagen.

Das Epizentrum der Messergewalt ist Berlin, wo einige Gegenden so gefährlich sind, dass sie quasi zu No-Go-Zonen geworden sind. Laut der „Berliner Morgenpost“ sind Einwanderer für mindestens 45 Prozent der Verbrechen in der deutschen Hauptstadt verantwortlich. Bremen und Bremerhaven sind ebenfalls Brennpunkte des Messerterrors. 2016 wurden in Bremen 469 Menschen – mehr als einer pro Tag – Opfer von Messerattacken.

Ein weiterer Schwerpunkt des Messerterrors ist Nordrhein-Westfalen; besonders heimgesucht ist die Düsseldorfer Innenstadt. Opfer sind in erster Linie Verwandte der Täter oder andere Asylsucher. Messerangriffe werden in wachsender Zahl auch gegen Sozialarbeiter, Ärzte, Polizisten und andere Staatsdiener verübt, die den Asylsuchern helfen wollen. Mit Messern verübte Verbrechen ereigneten sich auf Festen, Jahrmärkten und Radwegen, in Hotels und Parks, auf öffentlichen Plätzen, in Bahnen und Bussen, Restaurants, Schulen, Supermärkten und Bahnhöfen. Die Gefahr lauert eigentlich überall. Öffentliche Sicherheit? Immer mehr Fehlanzeige.

Besonders häufig und brutal sind die Messerattacken orientalischer Asylsucher gegen Frauen und Mädchen. Die Polizei verzeichnete zwischen Januar und Oktober 2017 mehr als 3500 in Zusammenhang mit Messern stehende Verbrechen, verglichen mit 4000 solcher Verbrechen im Gesamtjahr 2016 und nur 300 im Jahr 2007. Mit der Zuwanderung aus arabisch-muslimischen Kulturkreisen erlebt Mitteleuropa einen beängstigenden Anstieg an Messerterror. Politik und Medien in Deutschland beschwichtigen und fälschen sogar Statistiken, während man in Israel bereits dazu übergegangen ist, im Fernsehen Abwehrtechniken und spezielle Verhaltensweisen vorzustellen, um die Bevölkerung zu schützen.

Die deutsche Rechtsprechung ist auf diese importierte Kriminalität nicht vorbereitet. Messertaten werden in Deutschland als gefährliche Körperverletzung eingestuft. Deshalb plädiert die Deutsche Polizeigewerkschaft dafür, diese zukünftig als versuchte Tötung einzustufen, damit die Täter sofort in Untersuchungshaft genommen werden können.

Zur Selbstverteidigung tragen bereits Tausende, meist junge Männer, ein Messer bei sich. Die Bürger merken, dass sich in diesem Land in puncto Kriminalität etwas drastisch verändert und besonders die Messerkriminalität in auffälliger Weise steigt. Die Polizei gibt zu, dass sie zahlenmäßig unterlegen, überfordert und immer weniger in der Lage ist, die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten, vor allem in der Nacht.

Bodo Bost

MELDUNGEN

Lent-Kaserne wird umbenannt

Rotenburg – Die nach einem Piloten der Wehrmacht benannte Lent-Kaserne im niedersächsischen Rotenburg an der Wümme wird umbenannt. Eine Untersuchung durch das Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften kommt zu dem Ergebnis, dass der bisherige Kasernenname vor dem Hintergrund des neuen Traditionserlasses der Bundeswehr „nicht mehr sinnstiftend“ sei. Damit folgen die Wissenschaftler ihrer Dienstherrin Ursula von der Leyen, die im vergangenen Jahr in einer öffentlichen Rede mit eben dieser Begründung eine Umbenennung der Kaserne gefordert hatte. Helmut Lent war im Zweiten Weltkrieg einer der höchstdekorierten Jagdflieger und Soldaten der Wehrmacht überhaupt (Ritterkreuz des Eisernen Kreuzes mit Eichenlaub, Schwertern und Brillanten). Als Nachtjäger schoss er mehr als 100 feindliche Kampfflugzeuge ab, darunter zahlreiche viermotorige Bomber. Er kam 1944 im Alter von 26 Jahren in Paderborn bei einem Flugunfall ums Leben. 20 Jahre nach seinem Tod gab die Bundeswehr auf Vorschlag von Josef Kammhuber, im Krieg Lents Vorgesetzter und nun Inspekteur der Bundesluftwaffe, der Rotenburger Kaserne seinen Namen. Nun suchen die 1300 Soldaten und die Zivilbeschäftigten, die in der Kaserne Dienst tun, nach einem neuen Namen für die Liegenschaft. Bisher hatten sie sich in der seit Jahren geführten Debatte um den Kasernennamen ebenso wie der Kreistag und der Stadtrat in Rotenburg stets dafür ausgesprochen, den Namen Lent beizubehalten. Diese Meinung hatten auch die Militärhistoriker in einem früheren Gutachten vertreten, bescheinigten sie dem durch ein seit Generationen christlich-protestantisches Elternhaus geprägten Pastorensohn, dessen Brüder in der Bekennenden Kirche wirkten, doch eine in jeder Hinsicht untadelige Haltung und sogar eine kritische Distanz zum Nationalsozialismus. *J.H.*

Wie ein Stich ins Wespennest

Thilo Sarrazins Buch zum Islam wird in Politik und Medien zerrissen – und ein Bestseller

Thilo Sarrazin traut sich was. Islamkritische Bücher gibt es viele – aber kaum eines mit einem derart provokanten Titel: „Feindliche Übernahme – Wie der Islam den Fortschritt behindert und die Gesellschaft bedroht“. Im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin wurde das Buch mit Thilo Sarrazin vorgestellt, und zwar zunächst von Heinz Buschkowsky.

Wie in ein Wespennest gestochen hat Thilo Sarrazin mit seinem Buch über den Islam und die Folgen muslimischer Einwanderung nach Deutschland. Geradezu hysterisch reagierten führende SPD-Politiker. Noch bevor sie das Werk gelesen hatten, wurden Verdammnisurteile ausgesprochen und eine strenge Prüfung des Buches angekündigt, um den Genossen endlich aus der Partei werfen zu können. Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) hatte erklärt: „Meine Bitte an die Medien: Macht dieses Buch nicht wichtiger, als es ist.“ Doch obwohl wie gleichgeschaltet nahezu alle Medien das Buch nur herunter machten, kletterte es sofort auf Platz 1 der Bestsellerliste des Versandbuchhändlers „Amazon“. Dort sind Rezensionen überschrieben mit „Es ist ein notwendiges Buch“, „Diese Wahrheit wollen unsere Politiker nicht hören“, „Unbedingt zu empfehlen“ oder „Hut ab, Herr Sarrazin“.

In der SPD schreckte man auch vor Beleidigungen und Angriffen unter der Gürtellinie nicht zurück. So bescheinigte das SPD-Präsidiumsmitglied Ralf Stegner Sarrazin laut der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“, dieser sei angeblich „charakterlich gescheitert“. Und: „Das einzige Interesse Thilo Sarrazins ist Thilo Sarrazin und sein kommerzieller Erfolg.“ Als ob der frühere Staatssekretär, Berliner Finanzsenator, Bundesbanker und bereits höchst erfolgreiche Autor es noch nötig hätte, mit 73 Jahren aus finanziellen Gründen ein weiteres Buch zu schreiben, und keine inneren Überzeugungen hätte. In dasselbe Horn stieß der SPD-Bundestagsabgeordnete Karl Lauterbach. Auf Twitter behauptete er: „Sarrazin nutzt SPD-Mitgliedschaft, um Geld zu machen. Wäre er nicht bei uns gewesen, hätte sich niemand für seinen Stuss interessiert.“

Auch der SPD-Nachwuchs meldete sich zu Wort. Der Juso-Bundesvorsitzende Kevin Kühnert haute auf Twitter dabei auch noch den früheren SPD-Bezirksbürgermeister von Neukölln, Heinz Buschkowsky, in die Pfanne: „Die Vorstellung des Sarrazin-Buches übernimmt heute Heinz Buschkowsky. Das sagt mehr über Buschkowsky, als über den Autor. Gut, dass er jetzt mal deutlich entschieden hat, in welchem Team er spielt.“ Der bekannte Blogger „Don Alphonso“, der selbst 33 Jahre SPD-Mitglied war, twitterte darauf: „Studienabbrecher und Parteifunktionär Kevin aus einer westberliner Beamtenfamilie urteilt über einen SPD-Mehrheitenbringer, der sich aus einer armen, teilweise geflohenen Familie in einem Keller selbst nach oben gearbeitet hat. Falls sich jemand fragt, warum die SPD untergeht.“

Der Raum im Haus der Bundespressekonferenz war bei der Buchpräsentation voll besetzt. Polizisten mit Schutzwesten und in Zivil waren präsent. Vor Sarrazin baute sich eine Wand von Kameras und Mikrofonen auf. Kerzengerade wie ein preußischer Gardeoffizier stand er am Podiumstisch und hielt sein Buch mit grünem Umschlag hoch. Grün ist auch die Farbe des Propheten Mohammed – wohl nur ein Zufall, aber passend.

Buschkowsky erklärte, man habe ihn gebeten, das Buch aus seiner Sicht vorzustellen, weil er „nach wie vor in einer Stadtregion lebe, die sehr stark geprägt ist von Migration“. Es war aber wohl auch ein kluger Schachzug, das SPD-Mitglied Buschkowsky das Werk vorstellen zu lassen. Der Ex-Bezirksbürgermeister machte zwar auch einige kritische Einwände gegenüber dem Buch – etwa, ob und wie man tatsächlich einen Zuzug von Muslimen „grundsätzlich unterbinden“ könne, wie es Sarrazin fordert – gar mit militärischen Mitteln. Doch es wurde klar, dass für Buschkowsky ein Parteiausschluss Sarrazins ein Unding wäre. Auch kritisierte er etwa die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Eva Högl, die erklärt hatte, das Buch gar nicht erst lesen zu wollen. „Ich halte das für schlecht“, sagte Buschkowsky, „dass sie nicht einmal wissen will, welche politische Debatte auf welchem Hintergrund stattfindet.“

Sarrazin schreibe, aus islamischen Staaten kämen „keinerlei Impulse für den Fortschritt der Menschheit“, weder bei Patenten noch beim Bildungserwerb ihrer Bürger. Das „praktische Leben“ auch in der Diaspora sei geprägt von „Bildungsversagen, Arbeitslosigkeit,Transfer-Bezug, einem völlig absurden Frauenbild, starker Kriminalitätsneigung, einer hohen Gefahr der Radikalsierung jüngerer Leute“. Und von einer Geburtenrate, „die das eigentliche Problem und die eigentliche Bedrohung“ der westlichen Welt darstelle.

Bezüglich der „Praxisbeispiele“ Sarrazins könne er dessen Darstellung nur bestätigen: „Ja, die Entwicklung in den Stadtlagen ist so. Sie ist in Teilen sogar schlimmer, als er sie beschreibt.“ Buschkowsky setzte noch eins oben drauf: „Ich glaube allerdings, wenn er es so beschrieben hätte, wie es tatsächlich ist, dann wäre das Ausschlussverfahren schon am Laufen.“ Auch er, Buschkowsky, habe sich beim Schreiben seiner eigenen Bücher „immer selbst anbinden müssen, um nicht zu stark zu formulieren“.

Thilo Sarrazin fasste die wichtigsten Aussagen seines Buches zusammen. Er verwies auch auf sein Werk „Deutschland schafft sich ab“. Umfragen hätten damals schon gezeigt, dass die von ihm angesprochenen Probleme einen großen Stellenwert in der Bevölkerung gehabt hätten. „Alles kam bislang deutlich schlimmer, als vor acht Jahren von mir analysiert – auch dank der seitdem betriebenen Politik der Bundesregierung.“ Die SPD stünde heute seiner Überzeugung nach besser da, wenn sie seine Analysen „intensiver studiert“ und nicht verdrängt hätte. „Es gäbe heute keine AfD im Bundestag“, meinte er. Alexander Kissler vom Magazin „Cicero“ hatte die Buchvorstellung und Pressekonferenz moderiert und schloss mit den Worten: „Die folgenden Wochen werden zeigen: Kann Deutschland Debatte?“ *Michael Leh*



Buchvorstellung im Haus der Bundespressekonferenz in Berlin: Alexander Kissler, Thilo Sarrazin und Heinz Buschkowsky (v.l.) Bild: Leh

»Epochale Vereinbarung« hält NATO draußen

Russland hat mit den anderen Anrainern eine »Konvention über den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres« geschlossen

Bis zum Zerfall der Sowjetunion im Jahre 1991 teilten sich zwei Staaten die Küste der Kaspischen Meeres: die sozialistische Weltmacht selbst und der südliche Nachbar Iran. Heute hat das Meer fünf Anrainer, und diese Änderung der Verhältnisse verlangte nach einer völkerrechtlichen Aufarbeitung. Diese geschah dieser Tage durch die „Konvention über den Rechtsstatus des Kaspischen Meeres.“

Die Staatschefs Aserbaidschans, des Iran, Kasachstans, Russlands und Turkmenistans haben am 12. August in der kasachischen Hafenstadt Aktau die gemeinsame Vereinbarung über den Status des Binnenmeeres unterzeichnet, das sie verbindet. Dieses hat eine Fläche von über 386 000 Quadratkilometern, in der Länge misst es 1200 Kilometer, die größte Breite beträgt 435 Kilometer. Neben seinem Fischreichtum spielt das Meer eine bedeutende Rolle bei der Förderung von Erdöl und Gas – die Nutzung dieses Gewässers friedlich zu regeln, musste also ein großes gemeinsames Anliegen sein.

Nun legt das Übereinkommen die Staatsgrenzen der Anrainerstaaten bei 15 Seemeilen vor der Küste fest. Ein weiterer Streifen seewärts in der Breite von zehn Seemeilen steht den Ländern als Fischereizone zu. Dazwischen erstreckt sich der für alle Vertragspartner frei verfügbare Raum. In diesem operiert auch die russische Kaspische Flotte, die schon international von sich reden gemacht hat, als von dort zwei Marschflugkörper auf Stellungen des Islamischen Staates (IS) in Syrien abgeschossen wurden und dort punktgenau einschlugen.

Dabei hatte es über zwei Jahrzehnte gedauert, bis der Plan zu einem Kaspischen Vertrag Wirklichkeit wurde. Die drei mittelasiatischen Republiken leisteten lange Widerstand in der Befürchtung, Einbußen zu erleiden. Doch dann war es der gewachsene politische Einfluss vor allem Russlands aber auch des Iran in Nahost durch die gemeinsame Rolle im Syrienkrieg, der die anderen Partner zum Einlenken bewog.

Jetzt sprach Russlands Präsident Wladimir Putin denn auch von einer „epochalen Vereinbarung“ und betonte das darin festgeschriebene „ausschließliche Recht“ der Anrainer und ihre Verantwortung für die Entwicklung und das Schicksal der Region. Sein kasachischer Amtskollege Nursultan Nasarbajew nannte das Vertragswerk eine „Verfassung für das Kaspische Meer“. Diese beschreibt das Gewässer weder als See noch als Meer, was jeweils einen anderen juristischen Status bedeuten würde, sondern als „Binnengewässer mit dem Recht gemeinsamer Nutzung“. Dabei setzt das Abkommen nur einen Rahmen, innerhalb dessen noch etliche Fragen offen sind. So gibt es nach wie vor Uneinigkeit zwischen Turkmenistan und Aserbaidschan in Hinblick auf einige Öl- und Gasvorkommen. Doch das sind Detailprobleme; entscheidend aber ist die Neuregelung der Verhältnisse gegenüber weiteren Mächten.

Behrooz Abdolvand, als iranischer Ökonom und Politikwissenschaftler, Koordinator des Kaspischen Raum- und Energieforschungszentrums in Berlin sowie assoziiertes Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik ein ausgewiesener Kenner der Materie, weist auf die politischen Implikationen des Vertrags hin: „Einerseits profitiert Russland, das es geschafft hat, dass die NATO ihre Präsenz nicht in die Länder der kaspischen Region erweitert. Andererseits ist der Iran ein weiterer Nutznießer. Aserbaidschan und Turkmenistan tendierten eher dazu, mehr mit dem US-Militär zusammenzuarbeiten. Dadurch wäre der Iran weiter eingekreist worden. Durch diesen Vertrag ist die Gefahr gebannt.“

Ebenso sieht es der iranische Präsident Hassan Rouhani: „Es war eine Strategie der USA und der NATO, in diesen Gewässern präsent zu sein und ihre Soldaten, Fregatten, Hubschrauber und Stützpunkte an der Küste des Kaspischen Meeres einzusetzen. In dieser Vereinbarung haben die fünf Staaten beschlossen, die Präsenz fremder Schiffe im Kaspischen Meer zu verbieten.“ Doch auch der iranische Premier weist auf die noch offenen Fragen hin: „In der Konvention über den rechtlichen Status des Kaspischen Meeres wird die Aufteilung des Bodens und des Untergrunds noch nicht definiert.“ Darüber müsse weiter verhandelt werden.

Es liegt in der Absicht der Partner, dass diese Verhandlungen Vereinbarungen über eine vertiefte Zusammenarbeit auch in anderen Bereichen nach sich ziehen. Russlands Präsident Wladimir Putin schlug den Teilnehmern an der Konferenz in Aktau vor, sich gemeinsam in Sachen Transportwesen, Bekämpfung des Drogenschmuggels und Tourismus abzustimmen.

Geopolitisch gesehen hat das Kaspische Abkommen eine wichtige Funktion auch im Zusammenhang mit dem chinesischen Projekt der „Neuen Seidenstraße“. Im Zuge dieses Ausbaus hat China im Jahre 2014 an der gemeinsamen Grenze zu Kasachstan die Stadt Korgas erbaut, die zu einem internationalen Logistik- und Handelszentrum werden soll; des Weiteren investiert China in die Elektrifizierung der Eisenbahn im Iran, vor allem der 3200 Kilometer langen Verbindung von Kasachstan über Kirgisien, Usbekistan und Turkmenistan ins chinesische Urumqi; chinesische-kasachische Handelsabkommen über die Lieferung von Rohstoffen nach China und chinesische Investitionen in Kasachstan in den Bereichen Landwirtschaft, chemische Industrie und Erneuerbare Energien sind Beispiele für die intensiver werdende Vernetzung Chinas mit Mittelasien. Entscheidend ist, dass alle Länder des Kaspischen Abkommens in diese Entwicklung einbezogen sind, da Russland bei der Neuen Seidenstraße Chinas wichtigster Partner ist. Das führt zu Synergieeffekten von gewaltigem Ausmaß. *Florian Stumfall*


Bild: Imago

Zur Unterzeichnung in Aktau: Präsidenten der Anrainerstaaten

Die Ruhe vor dem Sturm

Waffenstillstand zwischen den Koalitionären bis zu den Landtagswahlen im Oktober

Seit der Sommerpause herrscht innerhalb der Großen Koalition vordergründig Ruhe. Doch spätestens nach den Landtagwahlen in Bayern und Hessen droht ein heißer Herbst.

Es waren noch nicht alle Minister aus der Sommerferien zurückgekehrt, da wurde die Stimmung in Berlin bereits wieder hitzig. Nachdem sich CDU und CSU monatelang in Sachen Asyl bekriegt hatten, muckten nun die Sozialdemokraten auf. Offenbar von der Erkenntnis ereilt, dass eine Rückbesinnung auf soziale Themen beim „kleinen Mann“ ankommen könnte, zettelte die SPD eine Rentendebatte an und forderte eine schnelle Nachbesserung bei den im Koalitionsvertrag festgehaltenen Themen Rente und Arbeitslosenversicherung. Unter dem Eindruck der anstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen, bei denen CDU und SPD gleichermaßen viel zu verlieren, aber wenig zu gewinnen haben, wurde ein eiliger Kompromiss gestrickt.

Das Rentenpaket sieht vor, dass das aktuelle Rentenniveau von 48 Prozent bis 2025 stabilisiert werden soll. Das bedeutet, dass eine Standardrente nach 45 Beitragsjahren nicht unter 48 Prozent des aktuellen Durchschnittsverdienstes sinkt. Der Beitragssatz soll zudem nicht über 20 Prozent steigen. Aktuell liegt er bei 18,6 Prozent. Nachgebessert wurde auch bei der Mütterrente. Doch es gibt weiterhin Konfliktpotenzial.

Vizekanzler Olaf Scholz (SPD) verärgerte die Koalitionspartner mit Vorschlägen über längere Rentengarantien bis 2040 und erhielt Unterstützung aus den eigenen Reihen. SPD-Vize Ralf Stegner forderte Lohnerhöhungen für Geringverdiener und höhere Steuern für Reiche, um das Rentenniveau über 2025 hinaus zu stabilisieren.

„Je mehr wir es schaffen, die Menschen in gut bezahlte Arbeit zu bringen, desto voller sind die Rentenkassen und desto weniger brauchen wir das Geld für Sozialtransfers innerhalb der jüngeren Generationen“, sagte Stegner der „Welt“. Ausdrücklich stellte er sich hinter die Aussagen des SPD-Vizekanzlers. „Wir brauchen ein stabiles Rentenniveau auch über 2025 hinaus“, so der SPD-Landesvorsitzende von Schleswig-Holstein, „schon aus Respekt vor der Lebensleistung jedes einzelnen Arbeitnehmers und einer solidarischen sozialen Sicherung.“

Die Union lehnte eine weitere Debatte bisher ab. Sie setzt ganz auf die Kommission, die ihre Vorschläge in zwei Jahren präsentieren soll. Die SPD solle die Arbeit dieser Kommission nicht beeinflussen, warnte Unions-Fraktionschef Volker Kauder.

Dennoch sind alle Parteien offenkundig um Einigkeit bemüht. So soll der Arbeitslosenbeitrag ebenfalls zum Jahreswechsel um 0,5 Punkte auf 2,5 Prozent des Bruttolohns sinken und damit kräftiger, als von der Koalition eigentlich geplant. Dies war eine zentrale Forderung der Union.

Nun können beide Seiten ihr Gesicht wahren. „Wir haben es geschafft, das gemeinsam hinzukriegen“, gab sich Arbeitsminister Hubertus Heil erleichtert. „Die Koalition ist handlungsfähig, das zeigen wir beim Thema Rente, das zeigen wir am Arbeitsmarkt. Und deshalb bin ich heute ein sehr zufriedener Arbeitsminister“, sagte der SPD-Mann.

Die Taktik der Großkoalitionäre ist eindeutig. Bei den anstehenden Landtagswahlen in Bayern und Hessen am 14. und 28. Oktober drohen CDU/CSU und SPD gleichermaßen hohe Verluste. Profitieren werden nach dem gegenwärtigen Stand die AfD und die Grünen. Offenbar haben sich die Regierenden in Berlin auf eine Art Waffenstillstand geeinigt. Auch der Asylstreit scheint vordergründig beigelegt. „Die Diskussion ist abgeschlossen. Dazu stehe ich“, bekräftigte Innenminister Horst Seehofer. CSU und CDU hätten einen Kompromiss gefunden, der jetzt umgesetzt werde.

Seehofer zeigte sich zuversichtlich, dass er mit Italien ein Asyl-Abkommen vereinbaren könne. Damit sollen Asylbewerber, die in Italien einen Antrag gestellt haben und trotzdem an der bundesdeutsch-österreichischen Grenze aufgegriffen werden, wieder nach Italien zurückgeschickt werden. Das Abkommen sei „sehr, sehr weit“ gediehen, sagte Seehofer in der „Neuen Ruhr-Zeitung“.

Bereits im ZDF-Sommerinterview hatte der ehemalige bayerische Ministerpräsident erklärt, er halte eine Neuauflage der Regierungskrise in diesem Herbst für ausgeschlossen. Die Große Koalition werde „jetzt Woche für Woche wichtige Entscheidungen bei der Rente, bei der Arbeitslosenversicherung, bei der Mietpreisentwicklung, beim Fachkräftezuwanderungsgesetz treffen“, sagte er.

Beobachter des Berliner Politikbetriebs berichten, der Koalitionsausschuss starre auf die anstehenden Wahlen wie das Kaninchen auf die Schlange. „Bei den Wählern ist die Beliebtheit von CDU, CSU, Merkel und Seehofer gesunken. Gut möglich, dass der Blick in den Abgrund einer scheiternden Regierung die Schwesterparteien wieder enger vereint“, kommentiert das Onlineportal des Nachrichtensenders NTV. Doch jede aktuelle politische Entwicklung scheint geeignet, den fragilen Koalitionsfrieden abermals zu stören.

Die Debatte um die Vorkommnisse in Chemnitz dürfte auch in die laufenden Wahlkämpfe hineinwirken. Bayerns SPD-Fraktionsvorsitzende Florian von Brunn warf Seehofer vor, „seine Rolle nur noch in symbolischer Politik“ zu sehen und sprach dabei von „Rechtspopulismus light“. Die CSU ließ wiederum ausrichten, dass die Chemnitzer Ereignisse nicht Bestandteil „bayerischer Landespolitik“ seien. Viel deutet darauf hin, dass es sich bei der derzeitigen Harmonie um einen temporären Waffenstillstand handelt. *Peter Entinger*



Derzeit herrscht Harmonie in der schwarz-roten Bundesregierung: Die Regierungsbank im Deutschen Bundestag Bild: Imago

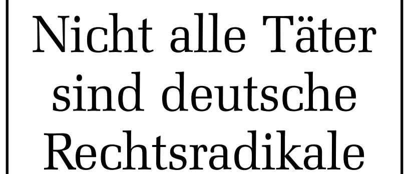
MELDUNGEN

Teurer Flug des Sami A.

Berlin – Die Abschiebung des islamischen Gefährders Sami A. hat den Steuerzahler exakt 34 848 Euro gekostet. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion der Linkspartei hervor. Demnach wurde das Flugzeug, mit dem der ehemalige Leibwächter des Terroristenchefs Osama bin Laden, der als einer der Drahtzieher der Salafistenszene in Deutschland gilt, nach Tunesien gebracht wurde, bei einer Verleihfirma gebucht. Die Personalkosten der Bundespolizei lagen bei knapp 1800 Euro. An Bord waren vier Beamte der Bundespolizei und ein Arzt. Hinzu kamen Stornokosten in Höhe von 467 Euro für den ursprünglich gebuchten Linienflug. *J.H.*

Passprüfgeräte nicht im Einsatz

Berlin – Bei den Berliner Bürgerämtern verzögert sich der Einsatz von Dokumentenprüfgeräten, mit denen zum Beispiel gefälschte Ausweise und Pässe aufgespürt werden können. Die Fraktionen von SPD und CDU hatten den Berliner Senat bereits im Frühjahr 2016 zum Einsatz solcher Geräte in den Berliner Bürgerämtern aufgefordert. Rund 300 Prüfgeräte sollten bis zu diesem Sommer im Einsatz sein. In einem Bericht an das Berliner Abgeordnetenhaus hat Innensenator Andreas Geisel (SPD) nun mitgeteilt, dass die internen Abstimmungen zur Einführung der Dokumentenprüfgeräte noch andauern würden, und bat um eine Fristverlängerung bis zum 31. Oktober. Vor der landesweiten Einführung der Prüfgeräte müssten noch der Hauptpersonalrat, die Hauptschwerbehindertenvertretung sowie der Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit ihre Zustimmung erteilen. *N.H.*



Zeitzeugen


Bild: igmg

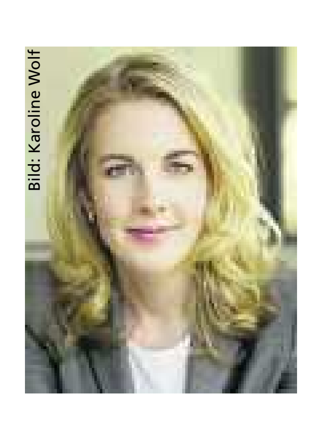
Bekir Altas – Laut Aussage des Generalsekretärs der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüs (IGMG) seien die „rechtsextremen“ Anschläge auf Moscheen besonders für türkische Kinder verstörend. Manche von diesen hätten ihn schon voller Angst gefragt: „Werden wir auch bald in ein KZ gesteckt?“

Thomas Redmer – In seiner Funktion als Brandsachverständiger des Landeskriminalamtes Sachsen untersuchte der Hauptkommissar den Anschlag auf die Fatih-Moschee in Dresden-Cotta. Er entdeckte den winzigen Metallsplitter, der beweisen soll, dass Rohrbomben im Spiel gewesen seien. Wie der zuständige Chefermittler Marco R. jetzt während des Prozesses gegen den mutmaßlichen Täter aussagte, habe sich Redmer sehr über seinen Fund gefreut – und diesen ganz ohne vorherige Spurensicherung blank poliert.


Bild: Imago

Ursula („Ulla“) Jelpke – Unter Verweis auf die zunehmenden Anschläge gegen Moscheen beklagte die innenpolitische Expertin der Linkspartei Anfang dieses Jahres, dass insbesondere die „Islamhasser“ innerhalb der AfD zur „Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas“ gegenüber Muslimen beitrügen.

Katharina Willinger – Die Auslandskorrespondentin des Bayerischen Rundfunks verbreitete am 18. März 2018 über den Kurznachrichtendienst Twitter folgende Warnung des linksextremen kurdischen Internet-Portals Nûçe Ciwan (Radikaler Junger Blick) im Zusammenhang mit den aktuellen Anschlägen auf türkische Moscheen und Einrichtungen: „Wenn uns niemand zuhören will, werden wir jede Innenstadt Europas in Schutt und Asche legen.“


Bild: Karoline Wolf

Linda Teuteberg – Nach Ansicht der migrationspolitischen Sprecherin der FDP-Fraktion im Bundestag droht ein Überschwappen der Konflikte aus Nahost nach Deutschland. Deshalb fordert sie jetzt: „Wir brauchen nicht nur mehr aktive Integrationsarbeit, sondern auch wirkungsvolle Präventionskonzepte gegen Konflikte, die früher nicht in Deutschland ausgetragen wurden ... Das wäre eine gute neue Aufgabe für das mehr als 100 Millionen Euro schwere Präventionsprogramm ‚Demokratie leben!‘ von Familienministerin Giffey.“

Wer sind die Täter?

Die BKA-Statistiken geben eine politisch inkorrekte Antwort

Muslimische Verbände sowie Politiker der Grünen und Linken behaupten permanent, dass die „Islamfeindlichkeit der Rechten“ für die immer zahlreicher werdenden Anschläge auf Moscheen verantwortlich sei. Dabei zeichnen die Statistiken des Bundeskriminalamtes (BKA) ein etwas anderes Bild.

Im Jahre 2010 ereigneten sich 23 Anschläge gegen islamische Gotteshäuser. 2014 waren es dann bereits 64 und 2017 stieg deren Zahl auf 73 – bei nunmehr rund 2800 Moscheen hierzulande. Das klingt viel, allerdings wurden alleine zwischen Januar und Juli 2017 auch 4500 christliche Kirchen ausgeraubt oder anderweitig geschändet. Zudem konnten die für die Attacken auf Moscheen verantwortlichen Täter zumeist nicht ermittelt werden: 2017 gelang das den Behörden lediglich in 23 Fällen. Deshalb erfolgte die statistische Einordnung der Vorkommnisse oft nur anhand von wenig beweiskräftigen Indizien. So sind Hakenkreuze vor Ort eben noch lange kein eindeutiger Beleg für rechtsextreme Hintergründe, wie das Beispiel des Algeriers Mohamed D. zeigt, der 2009 aus Hass auf Israel die neue Dresdner Synagoge beschmierte.

Trotzdem lohnt sich ein genauerer Blick auf die BKA-Zentraldatei LAPOS (Lage/Abbildung politisch motivierte Straftaten) und die dort zu findenden Zahlen aus dem Jahre 2017. 40 Mal sollen Rechtsextreme damals Moscheen attackiert haben – das wären dann 57 Prozent der Fälle. Dabei ist aber zu beachten, dass die Zahl der mutmaßlich „rechts“ motivierten Sachbeschädigungen nur bei 15 lag und lediglich ein einziges Mal Sprengstoff im Spiel war: Am 13. Mai 2017 brachten Unbekannte an der Fensterscheibe des muslimischen Gebetsraums in der Werdauer Straße in Zwickau Pyrotechnik an, die jedoch nicht explodierte. Bei allen anderen mutmaßlichen „Anschlägen von Rechtsextremisten gegen Moscheen“ handelte es sich hingegen laut LAPOS um Delikte wie Urkundenfälschung, Aufruf beziehungsweise Anstiftung zu Straftaten, Störung der Religionsausübung, Bedrohung, Beleidigung, Volksverhetzung, Verleumdung von Personen des öffentlichen Lebens sowie Verwendung von Kennzeichen verfassungsfeindlicher Organisationen.

Muslimverbände, Grüne und Linke werden widerlegt

In 16 Fällen konnte die Motivation der Täter gar nicht eruiert werden und einmal – nämlich bei der gemeinschaftlichen Sachbeschädigung an einem Gebetshaus in Dortmund – waren laut BKA sogar Linksextreme am Werke. Somit verblieben dann nochmals 16 Anschläge, die unter „Politisch motivierte Kriminalität von Ausländern“ verbucht wurden. Wobei mit „kriminellen Ausländern“ in der Regel kurdische Nationalisten gemeint sind, die vorrangig Moscheen der staatlichen Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) attackierten: 13 der 16 Anschläge des Jahres 2017 gingen auf deren Konto.

Für 2018 steht zu vermuten, dass es hier eine deutliche Steigerung der Fallzahlen geben wird. Verantwortlich dafür sind türkische Militäraktionen wie die Offensive gegen den kurdischen Ort Afrin in Nordwestsyrien, die am 20. Januar begann. In Reaktion hierauf riefen Mitglieder der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) sowie des kurdischen Jugendbündnisses Nûçe Ciwan (Radikaler Junger Blick) zu Gewalttaten gegen türkische Einrichtungen in der Bundesrepublik auf, was auch sofort auf fruchtbaren Boden fiel: Von den 26 Anschlägen auf Moscheen in Deutschland, die hernach bis Ende Februar 2018 erfolgten, galten immerhin 18 Gotteshäusern der DITIB. *Wolfgang Kaufmann*


Spuren eines Bomben-Anschlages mit Tötungsabsicht? Abendliche Gedenkminute nach der Tat vor der Fatih-Moschee Bild: Imago

Nicht alle Täter sind deutsche Rechtsradikale

Die wachsende Gewaltbereitschaft innerhalb der linksradikalen Szene führte dieses Jahr schon zu mindestens drei Anschlägen auf Moscheen, wobei die Extremisten zumeist einen Immigrationshintergrund hatten.

So bekannte sich die offenkundig multiethnische Gruppe „Antifa International“ dazu, in der Nacht zum 25. März Molotowcocktails auf das Türkisch-Islamische Kulturzentrum in der Kasseler Bunsenstraße geworfen zu haben. Zu den Gründen hierfür heißt es im Bekennerschreiben: „Im Gebäude befinden sich die Vereinsräume der Gemeinde ATB, dem ‚Verband der türkischen Kulturvereine in Europa‘. ATB gehört der islamistischen, rechtsradikalen Partei BBP in der Türkei an ... Die BBP war 2007 mit einer der Drahtzieher von einem Mordanschlag an einem Journalisten in Istanbul. In ihrer Gemeinde hängen Symbole der faschistischen Grauen Wölfe und Bilder des BBP Vorsitzenden Muhsin Yazicioglu, nach dem auch die Gemeinde benannt ist. Yazicioglu ist mit Alparslan Türkes mitverantwortlich für Massaker und Anschläge in den 80er und 90er Jahren auf AlevitInnen, KurdInnen und SozialistInnen.“

Linksextremisten und Ausländer

Die aus der Türkei und Syrien stammenden Linksextremisten, die in der Nacht zum 9. März die Gebetsräume der IGMG in Lauffen am Neckar attackiert haben, rechtfertigten ihre Tat folgendermaßen: „Die Aktion war eine Racheaktion für die Angriffe des türkischen Staates und seiner Besatzerarmee, die Afrin angreifen. Sie greifen dort das Projekt der Demokratischen Selbstverwaltung an, in dem KurdInnen, AraberInnen, ArmenierInnen, AssyrerInnen, Menschen verschiedener Religionen (Islam, Christentum, Judentum, Ezidentum) zusammenleben und versuchen, eine Alternative zum Nationalstaat zu etablieren.“

Die Steinwürfe vom 28. April auf die Osman-Gazi-Moschee in Berlin-Charlottenburg wurden von den linksradikalen Tätern als eine Art Aufwärmübung zu den jährlichen „Revolutionären 1. Mai Demonstrationen“ gefeiert. *W.K.*

Eine Justizposse

Der Prozess gegen den sogenannten Moschee-Bomber Nino Köhler

Der Prozess gegen den sogenannten Moschee-Bomber Nino Köhler vor dem Landgericht Dresden geriet immer mehr zur Justizposse. Zwar hat der 31-jährige Klimaanlagen-Monteur gestanden, am Abend des 26. September 2016 einen Brandsatz vor der Eingangstür der Fatih-Moschee im Stadtteil Cotta gezündet zu haben, bestreitet aber kategorisch den Einsatz von Rohrbomben. Genau den versuchte ihm Oberstaatsanwalt Ricardo Schulz aber in dem ab Januar dieses Jahres laufenden Verfahren nachzuweisen. Allerdings konnte er dafür nur einen einzigen Beleg aufbieten: nämlich einen zwei mal zweieinhalb Zentimeter großen Splitter, der von der „Bombe“ stammen soll. Das Metallstückchen wurde indes nicht während der offiziellen polizeilichen Spurensicherung am Tatort gefunden, sondern erst am 19. April 2017 – in einer Tüte mit zusammengekehrtem Schutt vom Hof der Moschee in der Hühndorfer Straße, auf dem bereits kurz nach der Tat Scharen von Schaulustigen und Journalisten herumliefen.

Die Ermittlungen strotzen vor Pannen

Weil der Splitter deshalb kaum als Beweis taugt, unternahmen die Beamten vom Operativen Abwehrzentrum (OAZ) des sächsischen Staatsschutzes eine Testsprengung zweier weiterer Rohrbomben, die angeblich unversehrt vor der Tür der Moschee gelegen hätten. Hierdurch sollte deren zerstörerische Wirkung und damit auch die Tötungsabsicht gegenüber dem Imam und seiner Familie belegt werden. Merkwürdig nur, dass es hierzu keine juristisch verwertbare Dokumentation gibt, wie der vom Gericht als Gutachter bestellte Sprengstoffsachverständige des Bundeskriminalamtes konsterniert zu Protokoll gab. Der Grund für dieses Versäumnis ist unschwer zu finden: Der letzte Sprenggutachter des sächsischen Landeskriminalamtes ging bereits vor zehn Jahren in Pension.

Das sind zudem nicht die einzigen Ermittlungspannen im Falle Nino Köhler: So sicherte das OAZ die durch den Brandsatz beschädigte Tür der Moschee bemerkenswerte fünf Monate nach der Tat auf einem Müllhaufen hinter dem Gebäude. Und ein wichtiger Augenzeuge wurde gar erst Anfang 2018 befragt. *W.K.*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Dr. Jan Heitmann

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbriefe: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein), Jurij Tschernyschew (Königsberg).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2016: Inland 11 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 13,50 Euro, Luftpost 17,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 2,70 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 33.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon **(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

Feuerwehr gehen die Leute aus

Kaum noch Nachwuchs: Bei Waldbränden in Brandenburg »am Limit« – Prämien sollen helfen



Personalnot und Störer machen die Arbeit immer schwieriger: Rettungseinsatz der Feuerwehr nach Unfall auf einer Spreebrücke

Bild: Imago

Mehr als 400 Waldbrände haben Brandenburgs Feuerwehrleute in diesem Jahr an die Grenzen der Belastbarkeit gebracht. Da Nachwuchs fehlt und immer weniger Menschen bei den freiwilligen Feuerwehren aktiv sind, setzt die Landesregierung nun sogar auf finanzielle Anreize.

Nach Angaben des Innenministeriums waren Ende 2017 in Brandenburg nur noch rund 38200 Menschen bei den freiwilligen Feuerwehren aktiv. Verglichen mit dem Stand von 2003 hat das Land damit 12000 freiwillige Feuerwehrleute verloren. Eine Prognose geht davon aus, dass die Zahl der Freiwilligen bis zum Jahr 2025 auf nur noch 30000 sinken wird.

Um gegenzusteuern, will Brandenburg zusätzliches Geld in die Hand nehmen. Regierungschef Dietmar Woidke (SPD) kündigte an, freiwillige Feuerwehrleute würden künftig alle zehn Jahre eine Jubiläumsprämie erhalten. Für die Prämien und eine bessere Ausrüstung sollen im Landeshaushalt mehrere Millionen Euro bereitgestellt werden.

Die finanziellen Anreize werden allerdings ein gravierendes Problem vieler Ehrenamtlicher nicht beheben: Hunderte Waldbrände und Großfeuer wie in diesem Sommer führen dazu, dass die Angehörigen der freiwilligen Feuerwehren immer öfter nicht an ihrem Arbeitsplatz sein können. Die Arbeitgeber erhalten zwar eine Entschädigung, wenn Mitarbeiter zum Einsatz bei der Feuerwehr ausrücken müssen, allerdings häufen sich Berichte über Probleme, die mitunter bis zum Verlust des Arbeitsplatzes führen.

Gerade in Brandenburg sind die Belastungen für die freiwilligen Feuerwehrleute hoch. Allein bis Mitte August zählten die Behörden dieses Jahr bereits 405 Feuer in den märkischen Wäldern. Deutschlandweit für Aufsehen sorgte insbesondere ein Feuer in der Nähe von Treuenbrietzen, bei dem Ende August südwestlich von Berlin 400 Hektar Wald in Flammen standen. Dabei handelte es sich um einen sogenannten Vollbrand, bei dem nicht nur der nach monatelanger Dürre knochentrockene Waldboden brannte. Ähnlich wie bei den verheerenden Bränden, die man sonst eher aus den USA oder Australien kennt, breitete sich das großflächige Feuer auch über die Baumkronen aus.

> Verein: In Berlin ist das »Limit« schon überschritten

Die Auswirkungen waren bis in das mehr als 50 Kilometer entfernte Berlin zu spüren. Selbst in der Hauptstadt waren durch den Waldbrand ganze Straßenzüge verraucht. Um ein Übergreifen des Brandes auf anliegende Dörfer zu verhindern, waren 600 Einsatzkräfte von Feuerwehren, Technischem Hilfswerk und Polizei im Einsatz. Selbst Wasserwerfer der Polizei wurden aufgeboten, Hubschrauber der Bundespolizei und der Bundeswehr löschten zusätzlich aus der Luft.

Im Kampf gegen den größten Waldbrand, den das Land Brandenburg je erlebt hat, kamen auch Feuerwehrleute aus Berlin zu Hilfe. Innensenator Andreas Geisel (SPD) sagte zur Entsendung der Kräfte: „Die Brandenburger Feuerwehr arbeitet bei der Bekämpfung der schlimmen Waldbrände am Limit.“ Geisel weiter: „Es ist völlig normal, dass wir in einer solchen Situation unseren Kolleginnen und Kollegen solidarisch mit Hilfe zur Seite stehen.“

Diese freundlich klingende Sichtweise trug dem Senator nicht nur Lob ein. Der Verein „Berlin brennt e.V.“ schrieb in einer Mitteilung zu Geisels Hilfsangebot an seinen brandenburgischen Amtskollegen: „Die Puste der Berliner Feuerwehr reicht dazu aber leider nicht aus.“ Der Verein von Feuerwehrleuten wies darauf hin, dass Berlin von vier Brandschutzstaffeln, die es eigentlich vorhalten müsse, selbst nur eine einzige aufstellen könne.

Die Berliner Feuerwehr arbeite nicht „am Limit“, sondern sei schon darüber hinaus, so der Verein in seiner Mitteilung. Tatsächlich ist die Lage der Berufsfeuerwehr in der Millionenstadt ebenso prekär wie die der freiwilligen Feuerwehrkräfte im waldbrandgeplagten Brandenburg. Auch die Berliner Feuerwehr leidet unter Nachwuchsmangel, dazu kommen eine wenig attraktive Bezahlung, viele Überstunden, sanierungsreife Wachen und eine überalterte Ausrüstung.

So war vor einigen Monaten bekannt geworden, dass 80 Prozent der Löschfahrzeuge in der Hauptstadt mittlerweile ihre vorgesehene Nutzungsdauer überschritten haben. Landesverbandschef Sascha Guzy warnte sogar davor, dass die Berliner Feuerwehr kurz davor stehe, ihre „Handlungsfähigkeit im Regeleinsatzdienst“ zu verlieren. Über Monate haben Feuerwehrleute unter dem Motto „Berlin brennt“ Mahnwachen vor dem Roten Rathaus abgehalten, um auf die Zustände bei der größten Berufsfeuerwehr Deutschlands aufmerksam zu machen.

Ein bundesweites Problem stellen mittlerweile die Angriffe auf Rettungskräfte bei ihren Einsätzen dar. Erst vor Kurzem wurde ein Fall bekannt, bei dem in Berlin-Neukölln 75 Mitglieder eines arabischen Großclans Notärzte und Sanitäter bei einem Einsatz in einer Wohnung aggressiv bedrängt haben. Am Ende war die Lage derart bedrohlich, dass ein Großaufgebot der Polizei zum Schutz der Rettungskräfte anrücken musste. *Norman Hanert*

Rechtsfreie Räume

Von Theo Maass

Im Zusammenhang mit den Bürgerprotesten wegen des Mordes von Immigranten an einem deutschen Familienvater in Chemnitz warnte die Bundesjustizministerin Katarina Barley (SPD) vor „rechtsfreien“ Räumen. Bravo, in Berlin hätte sie da viel zu tun. Während in Chemnitz demonstriert wurde, drangen Linkextremisten ins Gebäude der Senatsjustizverwaltung in Berlin-Schöneberg ein.

Ein Parteigenosse Barleys, der Abgeordnete Tom Schreiber, fühlte sich an RAF-Zeiten erinnert: „Das ist Terrorismus.“ Eine „Soligruppe für Isa und Nero“ stürmte in das Amtsgebäude, bedrohte einen Referatsleiter und ergriff die Flucht, bevor die Polizei der Angreifer habhaft werden konnte.

Diese werden im Umfeld der Hausbesetzer in der Rigaer Straße 94 vermutet. „Nero“ verbüßt eine Freiheitsstrafe, weil er einen Polizeihubschrauber geblendet hatte, „Isa“ war Türsteher der „Autonomenkneipe Kadterschmiede“. Er steht vor Gericht, weil er einen 54-jährigen Menschen krankenhausreif geschlagen haben soll. Zu seiner Verhaftung mussten nicht weniger als 300 Polizeibeamte aufgeboten werden.

Die Rigaer Straße 94 scheint so etwas wie ein rechtsfreier Raum zu sein. Im Zusammenhang mit dem Berliner Hausbesetzermilieu äußerte die Bundesjustizministerin vor wenigen Tagen: „Für die Wut der Hausbesetzer habe ich Verständnis.“ Es scheint so, als klassifiziere Barley den von ihr beanstandeten „rechtsfreien Raum“ danach, ob die Aktivitäten sich mit ihren politischen Vorstellungen vereinbaren lassen.

Berlins Justizsenator Dirk Behrendt (Grüne) zeigt wenig Eifer, die Täter, die seinen Mitarbeiter bedroht haben, mit den Instrumenten des Rechtsstaats zu verfolgen. Die Senatsjustizverwaltung erstattet bislang nur Anzeige wegen Hausfriedensbruch.

Seit mehreren Jahren fordert die Opposition im Berliner Abgeordnetenhaus immer wieder die Räumung der Rigaer Straße 94. Mit welchem Recht bewohnen linksextreme Schläger fast mietfrei eine Immobilie in bester Innenstadtlage? Warum ist es einzelnen Polizisten nicht mehr möglich, in diesem Kiez ihren Dienst zu versehen? Warum schaut der Rechtsstaat weg, wenn die Hausbesetzer der Rigaer Straße ihre Nachbarn terrorisieren? Wie ist es möglich, dass im Umfeld dieser Chaotenzentrale 2017 in einer einzigen Nacht 21 Autos angezündet wurden?

Ein Autofahrer, der falsch parkt, muss zehn Euro löhnen. Tut er das nicht, schlägt die volle Härte des Rechtsstaats zu. Wenn man aber die „richtige“ Gesinnung hat, kann man tun und lassen, was man will. Rechtsfreie Räume? In Berlin? Ja! Und zwar nicht nur in der Rigaer Straße.

Zerstörtes Baujuwel

Senat gesteht: Schäden der Schinkel-Kirche »nicht korrigierbar«

Die Gentrifizierung in der Hauptstadt hat ein denkmalgeschütztes Opfer gefunden: die Friedrichswerdersche Kirche am Werderschen Markt. Nach Aussage von Berlins Kulturstaatssekretär Thorsten Wöhlert (Linke) hätten Bauarbeiten im Umfeld der sogenannten Schinkel-Kirche zu einer Verformung des Deckengewölbes geführt, „die nicht korrigiert werden kann“.

Wie Wöhlert weiter erklärte, verursachte der Bau von Luxuswohnungen in unmittelbarer Nähe der Kirche „erhebliche Bewegungen der Kirchenfundamente“ mit der Folge, dass „dessen statistische Reserven dauerhaft reduziert“ seien. Schon seit 2012 ist der vom preußischen Baumeister Karl Friedrich Schinkel entworfene, bedeutendste neugotische Sakralbau Berlins geschlossen und werden Wände sowie Gewölbe im Inneren mit Stahlstreben gestützt. Zuvor hatten sich im Mauerwerk tiefe Risse ausgebreitet.

Die Kirche geriet ins Wackeln, nachdem sie von drei Seiten her von fünf- bis siebenstöckigen Wohnneubauten regelrecht umzingelt wurde (siehe *PAZ* vom 8.11.2015). Dabei liegt auf einer Seite die Fassade eines neuen Nachbargebäudes nur dreieinhalb Meter von der Kirche entfernt.

> Kirche ein Opfer der Berliner Baupolitik

Auf einer anderen Seite wurde für zwei unterirdische Parketagen eine sieben Meter tiefe Baugrube ausgehoben, was dazu führte, dass sich die linke Kirchenhälfte in Richtung der Baugrube neigte.

Nachdem Putz von der Decke fiel, Marmorstufen am Altar, tragende Gewölberippen und Fensterpfeiler zerbrachen, verfügte der Senat im September 2012 einen Baustopp. Zur Stabilisierung der Kirche pumpte man tausende Kubikmeter Zement in das Fundament. Nachdem dieses provisorische Wundpflaster angebracht war, durften ringsum die Neubauten fertiggestellt werden. Seitdem fristet der Schinkelbau ein Schattendasein zwischen hochgeschossigen Luxushäusern mit Dachterrasse und Swimming-Pool.

Das Innere bietet noch immer „ein Bild der Verwüstung“, so Stephan Frielinghaus, der als Pfarrer der Evangelischen Kirchengemeinde in der Friedrichstadt Hausherr der Kirche ist. Ob und wann sie je wieder geöffnet wird, steht in den Sternen. Seit dem Krieg fanden in dem Schinkelbau keine Gottesdienste mehr statt. Von 1987 bis 2012 nutzte die Stiftung Preußischer Kulturbesitz die Kirche als Dependance der Alten Nationalgalerie für ihre Skulpturensammlung. Kaum denkbar, dass die jetzt ausgelagerten Statuen ihren Weg zurück in diese durch die Berliner Baupolitik zerstörte Kirche finden. *Harald Tews*

Rot-Rot zittert

Umfragen sagen herbe Wahlschlappe voraus

Der Skandal um unwirksame Krebsmedikamente in Brandenburg veranlasste – wenn auch verspätet – die Gesundheitsministerin Diana Golze (Linkspartei) zum Rücktritt. In einem Regierungsbericht heißt es, dass „Teile der Bevölkerung in hohem Maße die Lösungsfähigkeit von Politik und Staat für aktuelle Probleme in Frage stellen“.

> Pharmaskandal lastet schwer auf Regierung

Sogar die Mainstreampresse bescheinigte der AfD in diesem Zusammenhang „seriöse Oppositions- und Parlamentsarbeit“. Schon zuvor plagten die rot-rote Landesregierung Sorgen. Sie fürchtet, bei den Landtagswahlen im Herbst 2019 ihre Mehrheit zu verlieren.

Die SPD muss nach der jüngsten Umfrage mit einem Verlust von rund neun Prozentpunkten rechnen. Für die Linkspartei zeichnen sich zumindest marginale Verluste ab. Gemeinsam kämen die Koalitionäre damit nur noch auf 41 Prozent. Zusammen mit den Grünen hätte es vor dem Skandal vielleicht noch für eine Mehrheit gereicht.

Zwischenzeitlich hatte sich die CDU Hoffnung auf den Posten des Ministerpräsidenten gemacht, weil die Umfragen den Christdemokraten die Aussicht boten, stärkste Partei zu werden. CDU-Chef Ingo Senftleben nahm sogar ein Bündnis mit der Linkspartei ins Visier.

Doch das kam beim bürgerlichen Publikum offenbar nicht gut an, die CDU verlor fünf Punkte. Davon scheint auch die FDP zu profitieren, die nun Aussicht auf einen Einzug in das Parlament hat. Ein Parlament mit sechs Parteien in Brandenburg würde ein Zweierbündnis, in welcher Konstellation auch immer, ausschließen. *Frank Bücker*

Vorbehalte gegen »Mauer-Disney«

Berlin streitet über ein geplantes Kunstprojekt, das an den Mauerfall erinnern soll. Die Verantwortlichen des umstrittenen Projekts „DAU“ haben Einblick in ihre Pläne gegeben. Vorbehaltlich einer behördlichen Genehmigung soll demnach ab dem 12. Oktober für knapp vier Wochen rund um das Berliner Kronprinzenpalais ein Mauer-umsäumtes Areal entstehen. Statt regulärer Eintrittskarten sollen Besucher des „DAU“-Projekts über das Internet ein „Visum“ erhalten, das den Besuch des abgesperrten Gebiets ermöglicht. Im Sperrgebiet sollen den Besuchern dann Filmvorführungen, Vorträge und Kunstaktionen geboten werden. Enden soll das Projekt schließlich mit einem symbolischen Abriss der Mauer am 9. November. Bereits im Vorfeld sind Befürchtungen laut geworden, mit dem Kunstprojekt könnte ein „DDR-Disneyland“ entstehen. Bei „DAU“ handelt es sich um ein filmisches Experiment, das der russische Regisseur Ilja Chrschanowskij initiiert hat. *N.H.*

MELDUNGEN

Dänemark will abschieben

Kopenhagen – In Dänemark sollen künftig vermehrt abgelehnte Asylbewerber mit eingeschränktem Aufenthaltsrecht abgeschoben werden. Dem gleichen Personenkreis wird in Deutschland dagegen ein zahlenmäßig begrenzter Umfang mit Familiennachzug gewährt. Statt einer „Integration“ in die dänische Gesellschaft soll für diese Personen – es sind vornehmlich Syrer – die Perspektive „Rückkehr in die Heimat“ stehen. Sozialdemokraten und Dänische Volkspartei unterstützen das Regierungsvorhaben. Weder Dänischkenntnisse noch ein Arbeitsverhältnis oder ein Lehrvertrag sollen künftig einer Abschiebung im Wege stehen. Bei freiwilliger Heimkehr erhalten abgelehnte Asylbewerber eine Beihilfe von 156 543 Kronen (etwa 21 000 Euro). Kritik kommt nur von vier linken und linksextremen Parteien. Diese hatten nach den Wahlen eine „Wende“ in der dänischen Ausländerpolitik gefordert. *F.B.*

Schweinepest auch in China

Peking – Im August ist auch in China die Afrikanische Schweinepest (ASP) ausgebrochen und damit erstmals in Ostasien. In einer betroffenen Provinz im Nordosten des Landes wurden Anfang des Monats 1000 Tiere aus zwei Mastbetrieben gekeult. Die Nachricht löste große Besorgnis aus. Schweinehaltungen an rund 262 000 Standorten wurden daraufhin untersucht und 10 000 Tiere gekeult. Dennoch breitet sich das ASP-Virus im Land rasant aus. Nach nur 21 Tagen wurde der vierte Ausbruch gemeldet. Die Ausbreitung erfolgte vermutlich entlang der inländischen Handelswege. In China werden weltweit die meisten Schweine gehalten, nämlich 433 von rund 769 Millionen. *D.J.*

Planen die USA die Kriegswende?

Moskau wirft dem Westen vor, einen Vorwand für eine massive Intervention in Syrien zu inszenieren

Syriens Präsident Baschar al-Assad scheint der Sieg im Syrienkrieg kaum noch zu nehmen sein. Neu gemischt würden die Karten allerdings, wenn die USA massiv intervenierten. Als Vorwand hierfür bereitet Hai'at Tahrir asch-Scham (Komitee zur Befreiung der Levante) eine Operation unter falscher Flagge vor. Das behauptet zumindest Moskau.

Laut dem Sprecher des russischen Vereidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, bereitet das in Syrien kämpfende radikalislamische Milizenbündnis „Hai'at Tahrir asch-Scham“ im nordsyrischen Idlib, dem letzten Rückzugsort der radikalen Moslems in dem Land, den Einsatz chemischer Kampfstoffe vor, um dieses Verbrechen dann der Regierung in Damaskus in die Schuhe zu schieben. Die noch in Syrien verbliebenen Weißhelme seien bereits darauf vorbereitet, Videoaufnahmen von den Opfern zu machen und in aller Welt zu verbreiten.

Diese Aktion soll den Vereinigten Staaten den Vorwand liefern, auf breiter Front einen militärischen Angriff auf die Regierungstruppen zu beginnen. Auffallend ist, dass vonseiten des US-Militärs schon jetzt über eine baldige Giftgasattacke von Assads Seite geredet wird. Auffallend ist auch die Beobachtungen der russischen Seite, wonach die USA starke Kräfte um den syrischen Nordwesten zusammenziehen, und zwar dort, wo Idlib liegt.

So wies Konaschenkow auf den US-amerikanischen Lenkraketenzerstörer der Arleigh-Burke-Klasse „Ross“ hin, der vor Kurzem ins Mittelmeer eingelaufen ist und sich nun in dem Seegebiet vor der syrischen Küste aufhält. Er trägt unter anderem 28 Marschflugkörper vom Typ BGM-109 „Tomahawk“, wie sie die USA bei ihren letzten beiden Angriffen auf Syrien eingesetzt haben. Kurz zuvor hatte bereits ein Schwesterschiff der „Ross“, die „The Sullivans“ mit 56 Marschflugkörpern Position im Persischen Golf bezogen.

US-Offizielle ließen verlauten, man sei „in Alarmbereitschaft“ für den Fall, „dass der Präsident (Assad) eine solche Aktion (mit Giftgas) anordnen sollte“. Allerdings habe man keine Beweise dafür, dass chemische Waffen in die Gegend gebracht worden seien, die noch von den radikalen Moslems gehalten wird. Doch es gibt solche Beweise oder zumindest starke Hinweise, wenn auch von anderen Art, als von den USA gemeint.

Das russische Versöhnungszentrum in Syrien hat über verschiedene Quellen erfahren, dass Vertreter der Weißhelme eine große Ladung von Kampfmitteln in die Stadt Saraqib befördert und dort in einer Lagerhalle der salafistischen Rebellenmiliz „Ahrar al-Scham“ (Islamische Bewegung der freien Männer der Levante) untergebracht haben. Alexej Zygankow, der Leiter des Zentrums: „Nach Informationen, die das russische Versöhnungszentrum von mehreren unabhängigen Quellen in Idlib erhalten hat, wurde in die Stadt Saraqib mit zwei Lkw eine große Fracht von Giftstoffen geliefert.“



Bild: U.S.S. Little Rock Shinerunner

Wurde mittlerweile in den Persischen Golf verlegt: Der US-Lenkwaffenzerstörer „The Sullivans“

Acht Vertreter der Weißhelme hätten danach den Transport begleitet und seien in der Lagerhalle, die zur Unterbringung von Treibstoffen und Schmiermitteln benutzt werde, von zwei hochrangigen Kommandeuren der Ahrar al-Scham willkommen geheißen worden. Zygankow weiter: „Später wurde ein Teil der Fracht in Plastikbehältern ohne Kennzeichnung an einen anderen Stationierungsort der Militanten im Süden der Provinz Idlib gebracht.“

Für einen bevorstehenden Giftgaseinsatz seitens der Assad-Gegner unter falscher Flagge spricht nicht nur der Aufmarsch der US-amerikanischen Kriegsmarine; auch zu Lande treffen die USA umfängliche Vorbereitungen. So ist ein überschallschneller, strategischer Langstreckenbomber vom Typ Boeing B-1B auf den Militärstützpunkt Al-Udeid in Katar verlegt worden, von wo aus er Damaskus erreichen kann. Noch auffälliger ist, dass das US-Militär im nordöstlichen Syrien Radar-Systeme stationiert. Das geschieht im Gebiet der Kurden, der letzten noch verbliebenen nennenswerten Verbündeten der USA in Syrien. Die Anlagen werden in einem Streifen von der Stadt Manbidsch im Norden bis zur südlichen Grenze des Gouvernements Deir ez-Zor errichtet. „Die Amerikaner haben seit Langem einen Plan, Flugverbotszonen in Syrien einzurichten“, bietet das russische Verteidigungsministerium als Erklärung für dieses Verhalten der US-amerikanischen Kollegen an.

Flugverbotszonen in einem Land zu schaffen, in dem man sich widerrechtlich aufhält, ist eine gefährlich Sache. Eine solche Maßnahme war schon öfter der erste Schritt der USA zum Krieg, beim letzten Mal in Libyen. In Syrien aber richtet sich die Maßnahme nicht nur gegen die legale Regierung, sondern ebenso gegen einen NATO-Partner der USA, die Türkei.

Ankara hat zu verstehen gegeben, dass das türkische Militär in seinem Kampf gegen die Kurden in Syrien niemals darauf Rücksicht nehmen werde, dass es sich dabei um Verbündete der USA handelt. Präsident Recep Tayyip Erdogan kündigte an: „Um die Kurden endgültig davonzujagen, sind wir auch zu Kampfhandlungen gegen ihren Verbündeten, die USA, bereit.“

Schließlich würden sich die USA durch eine Flugverbotszone auch mit Russland anlegen. Das russische Militär ist auf Bitten der syrischen Regierung im Land und sieht keinen Anlass, sich von anderen Mächten draus verdrängen zu lassen.

Der russische Botschafter in Washington, Anatoli Antonow, beschuldigt sowohl die USA als auch Großbritannien und Frankreich, sich an den Vorbereitungen des Giftgasanschlags zu beteiligen: „Diese Provokation, die unter aktiver Teilnahme der britischen Geheimdienste vorbereitet wird, kann als Vorwand für einen erneuten Luft- beziehungsweise Raketenangriff durch die westliche ‚Dreiergruppe‘ (Washington–London–Paris) gegen die syrische Militär- und Zivilinfrastruktur dienen“, so der Botschafter. *Florian Stumfall*

Vietnam will Entschädigung

Bayer-Tochter Monsanto soll für Agent-Orange-Opfer zahlen

Das vietnamesische Außenministerium fordert von dem Agrarkonzern Monsanto und anderen Unternehmen eine Entschädigung für die Opfer des chemischen Entlaubungsmittels „Agent Orange“. Während des Vietnamkrieges hatten die US-Streitkräfte in großen Mengen Agent Orange großflächig über Vietnam und auch Laos versprüht. Ziel war die Entlaubung von Wäldern, um den gegnerischen Kämpfern der Nationalen Front für die Befreiung Südvietnams die Tarnung im Dschungel zu erschweren, aber auch die Vernichtung der Ernte auf den Feldern. Agent Orange enthielt unter anderem auch hochtoxisches Dioxin.

Ein Sprecher des Außenministeriums in Hanoi nahm direkten Bezug auf ein unlängst ergangenes Urteil in den USA. Ein kalifornisches Gericht hatte dabei Monsanto verpflichtet, einem Schulgärtner, 289 Millionen US-Dollar als Schadenersatz zu zahlen. Der Kläger hatte geltend gemacht, ein von Monsanto hergestelltes Herbizid hätte bei ihm Krebs ausgelöst. Ob das Urteil einer Berufung standhält, bleibt abzuwarten.

Allerdings existieren laut einem Bericht des Senders BBC allein in den USA 5000 weitere Klagen gegen Monsanto, das erst seit wenigen Monaten ein Tochterunternehmen des deutschen Chemie- und Pharma-Riesen Bayer ist. Der 63 Milliarden US-Dollar schwere Kauf von Monsanto durch Bayer ist die bislang größte Übernahme eines deutschen Unternehmens im Ausland. Bereits nach dem Schadensersatzurteil des kalifornischen Gerichts war der Kurs der Bayer-Aktie abgestürzt.



Bild: bpk

Bleibende Verstümmelungen: Ein Opfer von Agent Orange

Sollte es tatsächlich zu Entschädigungsklagen aus Vietnam kommen, dann könnte davon noch ein weiteres deutsches Unternehmen betroffen sein. Zu den Lieferanten von Agent Orange an das US-Militär gehörte seinerzeit neben Monsanto auch der US-Konzern Dow Chemical. Laut Recherchen des „Spiegel“ soll die Firma Boehringer Ingelheim an Dow Chemical 1967 Zwischenprodukte für die Herstellung von Agent Orange geliefert haben. Obwohl es sich beim Vietnamkrieg um eine Ost-West-Auseinandersetzung handelte, lieferte auch ein Staatsbetrieb aus der damaligen Tschechoslowakei ein Agent-Orange-Vorprodukt.

Zu den Spätfolgen des Einsatzes von Agent Orange gehören Totgeburten, Fehlbildungen bei Neugeborenen, neurologische Schädigungen und Krebserkrankungen. Schätzungen des vietnamesischen Roten Kreuzes gehen dahin, dass in dem Land noch immer ungefähr eine Million Menschen von gesundheitlichen Spätfolgen des Gifteinsatzes betroffen sind. In den USA war im Jahr 2005 eine Sammelklage mit Bezug auf den Agent-Orange-Einsatz abgewiesen worden. Das Gericht hatte im Einsatz des Mittels „keine chemische Kriegsführung“ und deshalb keinen Verstoß gegen internationales Recht gesehen. *Norman Hanert*

Angst vor Frauen

Saudi-Arabien geht gegen Kämpferinnen für Frauenrechte vor

Der international bekannte Blogger Raif Badawi sitzt trotz internationaler Proteste bereits seit vier Jahren in Saudi-Arabien in Haft. Nun wurden auch seine Schwester Samar Badawi und die Aktivistin Nassima al-Sadah wegen ihres Einsatzes für Frauenrechte inhaftiert.

2012 bekam Samar Badawi von der damaligen US-Außenministerin Hillary Clinton und der ehemaligen First Lady Michelle Obama den „International Women of Courage Award“ überreicht. Nun sitzt sie in einem saudischen Gefängnis. Auch al-Sadah setzte sich für die Abschaffung des religiösen Vormundschaftssystems und die Aufhebung des Fahrverbots ein. 2015 war sie Kandidatin bei den Kommunalwahlen, an denen erstmals in der Geschichte des Landes Frauen zugelassen waren. Die saudischen Behörden strichen ihren Namen jedoch wieder von der Wahlliste.

Von willkürlichen Verhaftungen waren in letzter Zeit neben Frauenrechtlerinnen auch Geschäftsleute und reformistische Kleriker betroffen. An diesen Verhaftungen kann man sehen, was „Reform“ in einem Land bedeutet, in dem die Rechtsstaatlichkeit ignoriert wird. Badawi kämpfte in den vergangenen Jahren auch für die Freilassung ihres Bruders Raif Badawi, der wegen „Beleidigung des wahhabitischen Islams“ zu zehn Jahren Haft verurteilt wurde, sowie für die Freilassung ihres Exmannes Waleed Abu al-Khair, der eine 15-jährige Haftstrafe wegen „Beleidigung des Königs und der Justiz“ verbüßen muss. Khair hatte Raif Badawi vor Gericht als Anwalt vertreten.

Bereits Mitte Mai sind im Vorfeld der Fußball-WM und dem Wegfall des Frauenfahrverbots 17 Aktivistinnen festgenommen worden, von denen einige zwischenzeitlich wieder freigelassen wurden. Die Frauen wollte man offenbar daran hindern, sich die im Juni in Kraft getretene Fahrerlaubnis für Frauen auf die eigenen Fahnen zu heften. Die „Modernisierung“ im Königreich sollte nicht von unten kommen, sondern von oben, als Verdienst des großzügigen „Reformers“ Kronprinz Mohammed bin Salman.

> Reformen im Land wie Führerschein für Frauen nur Kosmetik

Die Ausstellung von Führerscheinen an Frauen hatte ohnehin nur Symbolfunktion. Frauen dürfen weiterhin keine eigenen Reisepass beantragen, sondern sind weiterhin wie Kleinkinder in den Pässen ihrer Männer mit eingetragen. Deshalb dürfen sie ohne Zustimmung ihres Mannes nicht vereisen, sie dürfen sich auch nicht auf einer Universität einschreiben oder heiraten ohne Zustimmung männlicher Vormunde.

Experten bezweifeln, dass der „Modernisierungsschub“ im Zusammenhang mit politischer Freiheit oder Demokratisierung steht. Im Gegenteil, seit dem Amtsantritt bin Salmans steht das Königshaus unter Druck, weil ein Teil der Herrscherfamilie nicht hinter dem Kronprinzen steht. Die jetzige Verhaftungswelle gegen Frauen, lässt darauf schließen, dass der Kronprinz sich seiner Herrschaft immer noch nicht sicher ist und sich sogar vor den „schwachen“ Frauen fürchten muss, die ihm beweisen, dass seine „Reformen“ nur Kosmetik sind.

Als einzige auf diplomatischer Ebene hatte die kanadische Außenministerin Chrystia Freeland Anfang August gegen Badawis Inhaftierung protestiert, woraufhin der kanadische Botschafter des Landes verwiesen wurde und in Kanada studierende Saudi-Araber zur Rückkehr aufgefordert wurden. Eine Frau als Außenminister – das ist in Saudi Arabien geradezu unvorstellbar. *Bodo Bost*

Goldener Handschlag für Postbeamte

Deutsche Post will von der Bundespost übernommene Mitarbeiter in den »engagierten Ruhestand« schicken

Die Deutsche Post AG will in den kommenden Jahren von der Deutschen Bundespost (DBP) übernommene Beamte über 55 „versorgungsabschlagsfrei" in den Vorruhestand schicken. Das Vorhaben soll die Kosten reduzieren.

Bereits im Juni hat die Deutsche Post ein Programm angekündigt, um die Paket- und Briefsparte profitabler zu machen. Teil des Kostensenkungsprogramms ist ein Vorruhestandsprogramm für einen Teil der etwa 30000 Beamten, die noch bei der Post beschäftigt sind. Adressat des Vorruhestandangebots sind nach Angaben der Deutschen Post Beamte ab 58 Jahren in „indirekten Funktionen". Gemeint sind damit offenbar Bereiche wie die Verwaltung, das Personalwesen oder die Buchhaltung. Ausdrücklich nicht in den vorzeitigen Ruhestand schicken will die Post diejenigen Beamten, die als Zusteller arbeiten. Umsetzen will die Post das Programm dieses und kommendes Jahr. Für das Gesamtjahr 2018 nennt der Konzern Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 500 Millionen Euro. Nach der Kalkulation der Post soll das Programm zu jährlichen Einsparungen von mindestens 200 Millionen Euro führen.

Dabei will der Postkonzern auf ein Instrument namens „engagierter Ruhestand" zurückgreifen. Die gesetzliche Grundlage für diese Regelung ist vergangenes Jahr in Kraft getreten und gilt für die Beamten bei der Deutschen Telekom, der Deutschen Post, der Postbank und auch für die Beamten der Bundesanstalt für Post und Telekommunikation Deutsche Bundespost (BAnst PT). Die Beamten dieser Bundespostnachfolger können unter bestimmten Bedingungen noch bis Ende 2020 „versorgungsabschlagsfrei" ab dem vollendeten 55. Lebensjahr in den Ruhestand gehen. Eine der Anforderungen ist es, dass die Beamten innerhalb von drei Jahren nach dem Ruhestandsbeginn mindestens 1000 Stunden ehrenamtlich tätig werden. Die Stunden können über den Bundesfreiwilligendienst in gemeinnützigen Einrichtungen geleistet werden; auch die Pflege eines Familienangehörigen oder die Betreuung eines Kindes kann angerechnet werden.

Dass gerade die Deutsche Post in den kommenden Jahren verstärkt auf das Instrument „engagierter Ruhestand" zurückgreifen will, ist zumindest aus Kostengründen naheliegend. Die noch im Unternehmen tätigen Beamten fallen nicht unter den Haustarifvertrag der Post, sie werden meist besser bezahlt als die Angestellten des Unternehmens. Noch gravierender fällt ein Vergleich zur Entlohnung der Paketboten aus, die beim Postableger DHL Delivery beschäftigt sind.

Die Weichenstellung für diese unterschiedliche Entwicklung wurde bereits in den 90er Jahren gelegt. Mit der Umwandlung von Bundespost und Bundesbahn in Aktiengesellschaften blieb für die dort beschäftigen Beamten der Status als Bundesbeamte erhalten. Für sie gelten auch weiterhin die allgemeinen Besoldungstabellen für Bundesbeamte. Bezahlt werden die Beamten bei den Ex-Staatsunternehmen aber nicht mehr aus dem Bundeshaushalt, sondern von den Unternehmen selbst. Deutsche Post AG, Deutsche Postbank AG und die Deutsche Telekom AG sind auch bei der Altersvorsorge für die übernommenen Beamten beteiligt.

Bei der Deutschen Telekom sind bislang keine Pläne bekannt, verstärkt auf den „engagierten Ruhestand" zurückzugreifen. Tatsächlich dürften die oftmals hoch qualifizierten Telekom-Beamten in den kommenden Jahren bei Projekten wie dem Breitbandausbau noch dringend gebraucht werden. Eine sinnvolle Beschäftigung fanden Beamte des gehobenen Dienstes der ehemaligen Bundespost, als im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) im Jahr 2016 Hunderttausende Asylanträge zu bearbeiten waren. Auch in einigen Bundesländern hat inzwischen ein Umdenken in Sachen Vorruhestand für Landesbeamte eingesetzt. Immer öfter geht es nun darum, Beamte sogar länger im Dienst zu halten. In Nordrhein-Westfalen und Brandenburg können zum Beispiel Lehrer mittlerweile auf Antrag über die Ruhestandsgrenze hinaus weiter unterrichten. In Berlin hofft wiederum der rot-rot-grüne Senat, den Personalmangel in der Verwaltung mithilfe erfahrener Beamte abmildern zu können. Gerade im Fall Berlins wirken die Überlegungen, Beamte mithilfe von Anreizen länger im Arbeitsleben zu halten, etwas erstaunlich: Während der Bund und fast alle Länder das Pensionsalter für Beamte vor einigen Jahren von 65 auf 67 Jahre heraufsetzten, beharrte die deutsche Hauptstadt auf einem Sonderweg und beließ es bei der alten Pensionsgrenze.

Norman Hanert



Für Beamte kann sich ehrenamtliche Tätigkeit auszahlen: Ein ehrenamtlicher Heimfürsprecher bei der Seniorenbetreuung Bild: Imago

MELDUNGEN

Berlins BIP wächst erneut

Berlin – Die deutsche Hauptstadt wies zum vierten Mal in Folge ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum aus. Laut statistischem Landesamt stieg in Berlin das Bruttoinlandsprodukt (BIP) 2017 preisbereinigt um 3,1 Prozent. Deutschlandweit legte die Wirtschaft nur um 2,2 Prozent zu. Knapp hinter Bremen schaffte es Berlin damit im bundesweiten Wachstums-Vergleich auf Platz zwei. In der Hauptstadt wurden vergangenes Jahr rund 136,6 Milliarden Euro erwirtschaftet. *N.H.*

Massenmedium Audioangebote

Berlin – Rund 41 Millionen und damit fast 60 Prozent der Bevölkerung nutzen inzwischen zumindest gelegentlich Online-Audioangebote. Bei den 14- bis 29-Jährigen sind es bereits über 90 Prozent. Dabei spielen nicht nur Musik-, sondern auch Wortinhalte eine wichtige Rolle. Webradio wird von rund 38 Prozent genutzt. Auch die mobile Online-Audionutzung gewinnt weiter an Bedeutung: 77 Prozent der regelmäßigen Online-Audionutzer hören Webradio und Audio-on-Demand-Angebote wie Musikstreamings, Podcasts oder Radiosendungen auf Abruf auch außer Haus. Das meistgenutzte Gerät für den Online-Audiokonsum ist das Smartphone. *J.H.*

Die Schulden-Uhr:

Gesamtverschuldung:
1.947.260.049.482 €
Vorwoche: 1.947.306.841.985 €

Verschuldung pro Kopf:
23.546 €
Vorwoche: 23.547 €

(Dienstag, 4. September 2018, Zahlen: www.steuerzahler.de)

Afrikas Migrationsgeschäft

Ressource Mensch – Nigeria kämpft gegen den Menschenhandel

Ähnlich wie der Papst kann auch die Bundeskanzlerin nirgendwo mehr hinfliegen, ohne dass das Thema Migration auf der Tagesordnung steht. So war es zuletzt auch bei ihrer Reise nach Westafrika. Obwohl Migration von Afrika nach Europa zunehmend erschwert wird, ist der Wunsch in Benin-Stadt, Nigerias Auswandererhochburg im Bundesstaat Edo, ungebrochen, nach Europa zu gehen.

Die Regierung des Bundesstaates Edo hat jetzt ein Gesetz gegen Menschenhandel angekündigt. Damit will man nicht nur die illegale Migration bekämpfen, sondern auch das tausendfache Sterben der Migranten auf dem Weg durch die Sahara und über das Mittelmeer nach Europa. Die Staatsregierung arbeitet an einem Gesetz, das sicherstellen soll, dass Täter, die Menschenhandel und illegale Migration unterstützen, statt nur zu Geld- zu Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Neben der Gesetzesverschärfung startet derzeit eine Sensibilisierungskampagne gegen Menschenhandel, eine Kooperation der Bundesstaatsregierung von Edo mit internationalen Organisationen wie der EU. Nigeria ist nicht nur einer der bevölkerungsreichsten Staaten Afrikas, sondern wegen seines Ölreichtums auch einer der wohlhabendsten. Besonders die Jugend, die sich jetzt nach Europa aufmacht, ist das Potenzial des Staates für die Zukunft. Ihr Weggang schwächt die Wirtschaft und sorgt für Fachkräftemangel im eigenen Land. So äußerte kürzlich der Gouverneur von Edo, Godwin Obaseki, seine Besorgnis über die zunehmende Zahl von Todesfällen von Nigerianern beim Versuch, übers Mittelmeer nach Italien zu gelangen.

> Nigerianer schickten 19 Milliarden Euro in die Heimat

In Afrika gibt es keine offiziellen Zahlen über die Menschen, die bei der Auswanderung sterben, weil sich ja keiner vor der Abreise registrieren lässt. Auch deren Tod wird statistisch nicht erfasst. Afrikas Politiker wollen das tausendfache Sterben aber nicht länger ignorieren. „Die größte Herausforderung besteht darin, mit den Paten des Menschenhandels in Afrika fertigzuwerden, und dazu brauchen wir die Hilfe der internationalen Gemeinschaft und der Sicherheitsagenten", sagte Obaseki, „das sind Geschäftsleute, sie haben Bankkonten in Europa, sie haben Agenten, die hierher kommen, um Leute zu rekrutieren, wir sollten herausfinden können, wer diese Leute sind, und sie verfolgen."

Edo ist nicht nur die Region der stärksten Abwanderung innerhalb Nigerias. In Edo begann auch vor knapp 30 Jahren der große Treck nach Europa. Es waren zunächst Frauen, die Anfang der 1990er Jahre nach Italien einwanderten, um dort in der Prostitution die Grundlage für ein Netzwerk illegaler Immigration zu legen. Die Prostitution wurde ein blühendes Geschäft, mit ihr entstanden Kartelle in ganz Europa.

Aus dieser großen Wanderung, die längst über die Prostitution hinausgewachsen ist und sich durch andere illegale Geschäftsfelder wie Drogenhandel oder Waffenschmuggel diversifiziert hat, ist in Nigeria ein riesiges Geschäft auch für die Einheimischen geworden. Die Weltbank schätzt, dass Nigerianer allein im Jahr 2017 knapp 19 Milliarden Euro aus Europa in ihre Heimat überwiesen haben. Das ist weitaus mehr als an Entwicklungshilfe aus Europa in dieses Land geflossen ist. *Bodo Bost*

Türken auf der Flucht

Allein im Juli beantragten 1600 beim griechischen Nachbarn Asyl

Zwar ist die Stimmung zwischen allen maßgeblichen EU-Regierungschefs und dem türkischen Staatspräsidenten Recep Erdogan frostig. Dennoch ist die geopolitische Rolle der Türkei aus strategischer Sicht unbestritten. Wohl auch deshalb hat Bundeskanzlerin Angela Merkel mehrere Ministerien damit beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, wie man der Türkei helfen könne, ohne finanzielle Mittel in Aussicht zu stellen. Unter anderem seien Exportgarantien für deutsche Unternehmen im Gespräch, berichtete das „Wall Street Journal". Offenkundig ist man sich innerhalb der EU einig, die Kontakte nicht abreißen zu lassen, die Türkei unter Erdogan aber auch auf Abstand zu halten.

Der französische Staatspräsident Emmanuel Macron hat kürzlich den türkischen Präsidenten massiv kritisiert. Dieser verfolge ein „panislamisches Projekt", das eindeutig antieuropäisch sei. Macron plädierte für eine „strategische Partnerschaft" mit der Türkei und Russland, um die Länder an die Europa zu binden. Damit nannte er den Nato-Partner und langjährigen EU-Beitrittskandidaten in einem Atemzug mit Moskau. Aus Ankara kam erwartungsgemäß Bedauern. Die Türkei habe nach dem Putschversuch von 2016 eine schwere Zeit durchgemacht, sei aber zur Normalität zurückgekehrt und mache Fortschritte, was von der EU geforderte Reformen betreffe, hieß es in einer Stellungnahme des Außenamtssprechers Hami Aksoy. Macrons Aussagen zeigten wieder einmal, dass er die „Realität der Türkei" nicht verstanden habe.



Bild: US Department of State

Treibt seine Landsleute außer Landes: Recep Tayyip Erdogan

Dabei ist die „Realität der Türkei" vor allem auf innenpolitischem Gebiet alles andere als rosig. Staatliche Eingriffe in die türkische Wirtschaft nehmen zu. Die Unabhängigkeit der türkischen Notenbank wird infrage gestellt. Nicht nur, aber auch wegen des Streits mit den USA ist es zu heftigen Währungsturbulenzen gekommen. Ausländer, die viel in der Türkei investiert haben, müssen nun um ihre Rendite fürchten. Vieles ist im Land auf Pump finanziert worden. Es wachsen die Befürchtungen, Erdogan könne die Wirtschaft mehr und mehr verstaatlichen und ausländische Betriebe am Ende sogar enteignen.

Unterdessen hat eine regelrechte Fluchtwelle das Land erfasst. Im Juli ließ der Staatschef per Dekret weitere 18632 Staatsbedienstete wegen angeblicher Verbindungen zu seinem Erzfeind Fethullah Gülen entlassen. Erdogan sieht in dem Exilprediger den Drahtzieher des Putschversuchs vor zwei Jahren. Immer mehr Türken fliehen aus ihrer Heimat nach Griechenland und beantragen Asyl. Waren es vor Jahren nur einzelne Personen, so stieg die Zahl alleine im Juli auf über 1600 an. Seit dem Putschversuch wurden über 234000 Türken ihre Reisepässe entzogen, damit sie das Land nicht verlassen. Immer mehr entschließen sich deshalb zur Flucht. *Peter Entinger*

Dresdner Skandal

Von Eberhard Hamer

Das Pressekartell war wütend: Ein Kamerateam des Regierungssenders ZDF war eine Dreiviertelstunde nicht in der Lage, Filmaufnahmen von einer Pegida-Demonstration zu machen, weil die Polizei das Team festgehalten hat. Es war nämlich in Auseinandersetzungen mit Demonstranten geraten, welche die Polizei aufklären wollte.

Erster Skandal: Darf die Polizei ein Kamerateam festhalten, wenn es gerade dabei ist, Merkel-kritische Demonstranten zu filmen? Nach Ansicht von Presse und Regierung steht Pressefreiheit vor Aufklärung von Straftaten – jedenfalls wenn es sich um Regierungsmedien handelt. Bei den Demonstranten hätte sich vor allem ein Maik G. gegen die Filmaufnahmen mit scharfen Worten über einen längeren Zeitraum gewehrt. Er hat auch die Polizei zu Hilfe gerufen, als das Fernsehen ihn live und in Großbildaufnahme minutenlang im ganzen Land sendete. Das gleiche ZDF, welches jeden Verbrecher sogar nach der Urteilsverkündung im Gesicht schwärzt, damit er draußen in der Bevölkerung nicht erkannt wird, hat nun bei diesem Demonstranten genau das Gegenteil vollzogen, nämlich ihn ganz Deutschland als Demonstranten gezeigt. Was bei Verbrechern als Verletzung des Persönlichkeitsrechts gilt, gilt nach Ansicht des ZDF bei Demonstranten keineswegs als Persönlichkeitsverletzung, sondern als „Pressefreiheit“.

Zweiter Skandal: Die Freiheit der Regierungspropaganda steht beim ZDF höher als Persönlichkeitsrechte. War das Gesicht schon bekannt, konnte das ZDF schnell herauskriegen, wer dahinter stand, nicht nur den Namen, sondern auch den Beruf und den Arbeitgeber: das Landeskriminalamt (LKA). So wurde öffentlicher Druck vom Medienkartell auf das LKA ausgeübt, sich für seinen Mitarbeiter für die Teilnahme an der Pegida-Demonstration zu verantworten. Es wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Dritter Skandal: Der Polizeipräsident musste sich für die private Teilnahme eines Mitarbeiters an einer legalen Demonstration beim ZDF entschuldigen – was bei Linksdemonstrationen nie geschieht, weil diese vom Wohlwollen der öffentlichen Institutionen gedeckt sind beziehungsweise die öffentlichen Funktionäre und Politiker unter Linksparolen wie „Deutschland, ein Stück Scheiße“ selbst durch Hannover demonstrieren.

> Skandalös ist das, was verschwiegen wurde

Der größte Skandal bleibt aber von der Regierungspresse unbenannt: Dass nämlich das LKA Mitarbeiter in die Pegida-Demonstrationen entsendet, die sich radikaler als andere gebärden und damit den friedlichen Demonstrationen „auf die Beine helfen sollen“. Schon das Bundesverfassungsgericht hatte im NPD-Verfahren die Durchsetzung rechter – nicht linker – Gruppierungen mit V-Leuten des Verfassungsschutzes festgestellt und gerügt. Die Praxis läuft offenbar weiter. Wohl nicht nur bei Pegida, sondern möglicherweise auch bei der größten demokratischen Oppositionspartei, der AfD.

Fazit: Das, was uns als Dresdner Skandal präsentiert wurde, war gar keiner. Das, was aber verschwiegen wurde, ist ein Skandal gewesen – aber eben mit den falschen Vorzeichen.

Wer »zerbricht« Europa?

Von Erik Lommatzsch

Dann zerbricht Europa!“ Eine Droh-Phrase, die spätestens mit der – im Übrigen keineswegs überwundenen – Griechenlandkrise immer wieder zu hören ist. Damit lässt sich jeglicher Einwand gegen das, wegen dessen Fehlens oder Ausbleibens Europa vorgeblich „zerbrechen“ könnte, im Keim ersticken. „Europa zerbrechen“ – das will niemand! Daher sprach man auch stets von „Griechenlandrettung“, was das Ausscheiden des Landes aus dem Euro-Raum, das Experten als für beide Seiten ökonomisch gewinnbringend beurteilt hatten, von vornherein bereits gedanklich erschwerte. Das „politische“ Argument obsiegte auf ganzer Linie.

Spalten sich bei einem „Zerbrechen“ Europas Landmassen des Kontinents ab? Nein. Aber genau derartige Bilder werden heraufbeschworen, wenn die heutigen EU-Oberen und -Propagandisten eine ihrer Lieblingsphrasen bemühen. Offenbar erfreut sich das von ihnen ge- und verformte Gebilde keiner flächendekkenden Beliebtheit mehr. Vom „Auseinanderbrechen der EU“ wird deutlich seltener gesprochen, in der wahrscheinlich richtigen Annahme, dass sie von dem einen oder anderen Einwohner für entbehrlicher gehalten wird als der gute, alte Kontinent an sich.

> »Europa« wird als Euphemismus für die EU missbraucht

Am Anfang stand – Lehren aus dem verheerenden Zweiten Weltkrieg ziehend – die Friedensidee. Verbindendes und wirtschaftliche Verquickung sollten künftig gewaltsame Auseinandersetzungen verhindern. So entstanden die Montanunion, 1957 die EWG, 1993 die EG, 2009 schließlich die EU.

Blind für die vielleicht doch nicht so gleichen Bedürfnisse der einzelnen Nationen wird eine immer weitere Vereinheitlichung vorangetrieben. In seiner bekannten Hybris sprach sich der seinerzeitige EU-Parlamentspräsident und SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz dafür aus, bis 2025 die „Vereinigten Staaten von Europa“ zu errichten. Das Ziel einer „europäischen Identität“ wird ausgegeben. Das wirkt für viele alles andere als attraktiv. Angela Merkel diktiert die Linie für EU-Mitglieder gern. Beschimpft werden die Visegrád-Staaten und neuerdings auch Italien, welche die „Flüchtlingspolitik“ der Kanzlerin nicht so recht übernehmen wollen, Viktor Orbán und Matteo Salvini sind hier das personifizierte Böse. Im Prinzip ist der GAU bereits eingetreten: Mit Großbritannien verlässt erstmals ein Mitglied die EU – deren Entwicklung und immer weiter fortschreitende „Integration“ bislang doch nur eine Richtung kannte. Klares Zeichen für die Ignoranz der vermeintlichen EU-Anhänger ist, dass die nichtwirtschaftlichen Gründe für den Brexit völlig ausgeklammert werden. Die „Warner“ vor einem „Zerbrechen“ – sie meinen das Konstrukt nach ihren Vorstellungen – sind mitnichten die Verteidiger der friedensgarantierenden Idee der zunächst westeuropäischen, später osterweiterten Nachkriegsordnung. Sie sind deren Zerstörer. *Erik Lommatzsch*



In wem von beiden ist eher ein Verteidiger und in wem eher ein Zerstörer der friedensgarantierenden Idee der europäischen Nachkriegsordnung zu sehen? Angela Merkel und Viktor Orbán

Bild: Imago

Frei gedacht



Chemnitz: Es riecht nach Bürgerkrieg

Von Eva Herman

Wir sind das Volk! Wir sind das Volk!“ Mit diesen Schlagworten rissen Hunderttausende DDR-Bürger im Jahr 1989, vom sächsischen Leipzig ausgegangen, ein für allemal „die Mauer“ nieder. „Wir sind das Volk! Wir sind das Volk!“ Dieselben Worte verwendet jetzt erneut eine wachsende Zahl von Menschen, derzeit vor allem in den unruhigen Straßen des sächsischen Chemnitz. Zehntausende sind nach der Ermordung von Daniel H. Ende vergangenen Monats durch einen afghanischen Asylbewerber bereits wütend demonstrieren gegangen. Sie wehren sich gegen wachsende Gewalt und Kriminalität in Deutschland, ausgehend von häufig muslimischen Einwanderern. Terroranschläge, Morde, Vergewaltigungen, Überfälle, tödliche Messerstechereien, alle diese Albträume gehören seit spätestens 2015 zur deutschen Tagesordnung. Immer wieder weist man vonseiten dieser Demonstranten darauf hin, dass sie keine Pauschalverurteilung propagieren, sondern lediglich die Rechtsstaatlichkeit einfordern gegen Kriminelle, egal, welcher Hautfarbe.

Die Menschen kochen. Indes verhält sich die Bundeskanzlerin „ihrem“ Volke gegenüber wie die berühmte böse Stiefmutter, die ihren Kindern heimlich – Seit an Seit mit dem gefürchteten Todfeinde – schon ein neues, giftiges Süppchen einbrockt. Die ersten Beobachter sprechen bereits von einem beginnenden Bürgerkrieg in Deutschland. Man achte auf die Zeichen der Zeit.

Wer die internationale Presse studiert, wie diese jetzt über Deutschland berichtet, dem jagt ein Schauer nach dem anderen den Rücken herunter. Deutschland – wieder Naziland! Da ist sie wieder, die alte, wohl niemals versiegende Schuld! Vor allem sei es immer wieder „SAchsen“, wie der Ultralinke Jakob Augstein über den Hass schrieb, „In Sachsen kann man ihn auf der Straße sehen. Die Videos aus Chemnitz zeigen sie ja, die dicken, stiernackigen Männer, die mit ihren Glatzen aussehen wie Pimmel mit Ohren – allerdings Pimmel mit Sonnenbrillen. Sie sind das Fleisch gewordene Rülpsen und Tölpeln, das die sozialen Medien durchflutet ...“

> **Die Kolumne**: Zwei Publizisten reden Klartext. Immer abwechselnd, immer ohne Scheuklappen und immer exklusiv in der *PAZ*. Dem Zeitgeist „Gegenwind“ gibt der konservative Streiter Florian Stumfall. „Frei gedacht“ hat Deutschlands berühmteste Querdenkerin Eva Herman.

Woher kommt sie, diese Gemeinheit, dieser wirkliche Hass vonseiten dieses Vorzeige-Gutmenschen, der gemütlich in seiner piekfeinen Millionenvilla der hochvornehmen Hamburger Elbchaussee residiert, während er alle besorgten Sachsen als „rülpsende und tölpelnde Pimmel mit Ohren“ bezeichnet? Ist es seine Wut auf die eigene Geschichte?

Doch nicht nur „Spiegel“-Pate Augstein offenbart dieses jämmerliche Bild. Sehen wir uns nur Deutschlands allerhöchste Instanz an, Bundespräsident Walter Steinmeier. Eigentlich hatte man gedacht, dass der deutsche Kahn nach Joachim Gauck nicht noch tiefer sinken könne. Dieser hatte in einem ARD-Interview im Sommer 2016 über die wachsenden patriotischen Protestbewegungen in Europa gesagt: „Die Eliten sind gar nicht das Problem, die Bevölkerungen sind im Moment das Problem.“ Er hatte dann auf eine zweite Amtszeit verzichtet.

Doch jetzt kommt alles noch viel schlimmer. So hatte der Bundespräsident ganz aktuell ein Konzert mit den linksextremen Punkrockern von „Feine Sahne Fischfilet“ in Chemnitz beworben. Steinmeier teilte auf Facebook einen Hinweis auf das Chemnitzer Konzert „Wirsindmehr“ vergangenen Montag und machte somit Werbung dafür, zu dem Konzertabend hinzugehen. Gegen „Hass und Hetze“ wolle er angehen, der Herr Steinmeier, heißt es. Doch kann dieses Staatsoberhaupt wirklich glaubwürdig Stellung beziehen mit Empfehlungen auf derart krude Rocker, die ihrerseits nun tatsächlich Hass und Hetze verbreiten? Und zwar, wie man im folgenden Songtext leicht erkennen kann, ausgerechnet gegen den Staat und gegen die Polizei? Hallo, Herr Bundespräsident? Im Song „Staatsgewalt“ von 2011 heißt es zum Beispiel bei diesen Ekel-Rockern von „Feine Sahne Fischfilet“ wörtlich: „Wir stellen unseren eigenen Trupp zusammen und schicken den Mob dann auf euch rauf. Die Bullenhelme – sie sollen fliegen. Eure Knüppel kriegt ihr in die Fresse rein und danach schicken wir euch nach Bayern, denn die Ostsee soll frei von Bullen sein.“ Oder weiter: Im Song „Wut“ aus dem Jahr 2015 singen die linksextremen Fischfilet-Stars: „Die nächste Bullenwache ist nur ein Steinwurf entfernt.“ Im Refrain geht es weiter: „Und der Hass – der steigt. Und unsere Wut – sie treibt.“ Es gehe dem Bundespräsidenten darum, „Menschen zu ermutigen, die nach den aufwühlenden Ereignissen von Chemnitz für das Miteinander eintreten wollen und klar Stellung beziehen möchten gegen Fremdenhass und Gewalt“, wiegelte seine Sprecherin dann ab.

Doch nicht nur der amtierende deutsche Bundespräsident trat in diesen Fischfilet-Fettnapf. Diese mehr als umstrittenen Musiker scheinen bei unseren deutschen Spitzenpolitikern durchaus angesagt zu sein. Auch der ehemalige Bundesjustizminister Heiko Maas, der heute Deutschland als Außenminister in aller Welt vertritt, lobte im Sommer 2016 diese linksextreme Band, die bei einem „Konzert gegen Rechts“ auftrat. SPD-Mann Maas hatte den überhaupt nicht zimperlichen „Feine Sahne Fischfilet“-Rokkern für ihren Auftritt bei dem Anti-Rassismus-Festival in Anklam 2016 per Twitter gedankt. Genau diese Band war es auch gewesen, die nach Angaben des Verfassungsschutzes Mecklenburg-Vorpommern 2010 unter der Überschrift „Für den Widerstand auf der Straße“ eine Bauanleitung für einen Molotowcocktail auf ihre Webseite gestellt hatte. Dort fanden sich auch Parolen wie „Deutschland? Nie wieder!“ In einem weiteren ihrer Liedertexte heißt es: „Deutschland ist scheiße – Deutschland ist Dreck! Gib mir ein Like gegen Deutschland! ... Deutschland verrecke, das wäre wunderbar!“ Laut dem Landesverfassungsschutzbericht von 2012 waren vier der Bandmitglieder von „Feine Sahne Fischfilet“ wegen linksextremistischer Gewalttaten von polizeilichen Ermittlungen betroffen gewesen. Bis 2014 wurde die Band schließlich vom Verfassungsschutz in Mecklenburg-Vorpommern beobachtet.

> **Die Autorin**: Eva Hermans Buch »Das Eva-Prinzip« erreichte 2006 hunderttausende Leser. Weitere Bestseller über Medien, Familie, Mutterschaft und Spiritualität folgten. Die ehemalige ARD-Moderatorin, die 1958 in Emden geboren wurde, lebt in Hamburg.

Wie sich das politische Klima Deutschlands ändert, zeigt auch der Petitionsaufruf des Kampagnen-Netzwerkes Avaaz. Die von George Soros mitfinanzierte Organisation schrieb Ende August 2018 unter der Überschrift „Chemnitz, wir haben ein Problem“: „An alle Rechten und Nazis, Identitären und ‚besorgten Bürger‘ – und alle, die befürworten, was diese Woche in Chemnitz passiert ist: ‚Das ist nicht euer Land. Das sind nicht eure Straßen. Hier werden keine Hitlergrüße gezeigt und erst recht keine Menschen aufgrund ihres Aussehens oder ihrer Herkunft gejagt. Zu lange waren wir zu leise und haben euch zugesehen. Damit ist jetzt Schluss. Ihr könnt noch so oft ‚Wir sind das Volk‘ brüllen – ihr seid es nicht. Ihr seid nicht Deutschland. Ihr seid nicht Sachsen. Ihr seid nicht Chemnitz. Deutschland sind wir alle. Wir haben alle Hautfarben und Religionen, Wurzeln in der ganzen Welt und sprechen alle Sprachen dieser Erde. Ab heute gilt: Die stille Mehrheit schweigt nicht mehr.“ Bei Redaktionsschluss hatte der Aufruf knapp 360 000 Unterstützer.

Damals, 1989, wurden die Menschen in den Straßen erhört, als sie riefen: „Wir sind das Volk!“ Und jetzt? Die Geschichte heute scheint anders auszugehen, es sieht nicht gut aus. Es riecht wirklich nach Bürgerkrieg.

Abstecher ins Mittelalter

Wegweisend für die Romantiker – Zu ihrem 25. Jahrestag sorgt die Straße der Romanik für Ausflugsgefühle

Seit 25 Jahren gibt es in Sachsen-Anhalt das touristische Markenzeichen „Straße der Romanik“. Beim Tag des offenen Denkmals am 9. September entfaltet sich die ganze Pracht des Mittelalters.

Welches Gotteshaus lockt mit heidnischen Beschwörungsformeln zahlreiche Besucher an? Der Merseburger Dom. Die beiden in einer liturgischen Sammelhandschrift der Dombibliothek entdeckten Zaubersprüche sind die einzigen auf uns gekommenen althochdeutschen Sprachdenkmale, in denen germanische Gottheiten wie Wotan und Freya auftreten. Und wo präsentiert sich die Madonna als zauberhafte norddeutsche Schönheit mit langen blonden Zöpfen? In einem um 1200 geschaffenen spätromanischen Stuckrelief der Liebfrauenkirche zu Halberstadt.

Die vor 25 Jahren eröffnete Straße der Romanik führt zu vielen weiteren Attraktionen. Mit jährlich 1,5 Millionen Besuchern ist sie eine der beliebtesten Ferienrouten des Landes. Sie durchzieht mit Magdeburg im Zentrum in Form einer 8 auf mehr als 1000 Kilometern Sachsen-Anhalt. An ihr liegen 88 sehenswerte Dome, Stiftskirchen, Klöster und Burgen des 10. bis 16. Jahrhunderts.

Die Bauwerke sind mit einem Schild gekennzeichnet, das drei Rundbögen zeigt. Der Rundbogen ist für die Romanik charakteristisch. Weitere Merkmale sind dicke Mauern, einfache kubische Baukörper, Langschiffe mit flacher Decke und sparsamer architektonischer Schmuck.

Die Wertschätzung der Romanik geht auf die Romantiker des 19. Jahrhunderts zurück. Der Maler Wilhelm von Kügelgen schwärmte: „Diese alten Kirchen sind wie versteinerte Psalmen.“ Paradebeispiel ist die um 1014 vollendete Stiftskirche von Gernrode. Nach Jerusalemer Vorbild wurde in ihr ab 1080 ein Heiliges Grab errichtet. Es ist das älteste Deutschlands. Die jüngeren Bauwerke an der Straße gehören mit spitzbogigen Maßwerkfenstern und Portalen, kunstvollen Gewölben und reicher Bauplastik dem gotischen Architekturstil an. Herausragendes Beispiel ist Deutschlands älteste gotische Kathedrale: Der 1209 bis 1520 errichtete Magdeburger Dom. In ihm befindet sich das Grabmal des 962 zum Kaiser gekrönten Otto I.



Architektonisches Juwel an der Romanischen Straße: Der Naumburger Dom Bild: Wolfgang Kubak

Den größten Publikumszuspruch an der Straße der Romanik verzeichnet der Naumburger Dom, dessen Ernennung zum UNESCO-Weltkulturerbe bevorsteht. Berühmt sind seine zwölf überlebensgroßen Stifterfiguren, die der „Naumburger Meister“ um 1250 schuf. Diese farbig gefassten Steinskulpturen stellen Grafen und Gräfinnen dar, die sich als Wohltäter der Naumburger Kirche hervortaten.

Als sich der Meister ans Werk machte, waren diese längst verstorben. Obwohl der Bildhauer sie also nie gesehen hat, wirken die Figuren wie lebensvolle Porträts. Die viel bestaunte Uta stellt eine würdevoll unnahbare Miene zur Schau. Reglindis hingegen lächelt allerliebst, und der sich offenbar bedroht fühlende Graf Dietmar lugt hinter seinem Schutzschild hervor.

Mit zahlreichen Reliquien zog der vom Vierten Kreuzzug heimkehrende Bischof Konrad von Krosigk anno 1205 in Halberstadt ein. Statt wie ursprünglich geplant Jerusalem zu erobern, hatte das Kreuzzugsheer das christliche Konstantinopel erstürmt und ausgeplündert. Zur Beute des Bischofs zählten neben Reliquien kostbare byzantinische Kunstwerke wie die aus Silber gegossene und vergoldete Weihbrotschale. Sie gehören bis heute dem in der Domklausur ausgestellten Kirchenschatz an. Mit 650 Tafelbildern, Skulpturen, Goldschmiedearbeiten, Elfenbeinschnitzereien und liturgischen Textilien bildet er einen der umfangreichsten, die sich noch an ihrem Bestimmungsort befinden.

Aus dem altehrwürdigen Schatz der Quedlinburger Stiftskirche waren an Ende des Zweiten Weltkriegs zwölf Kostbarkeiten verschwunden. Ein US-Soldat hatte sie gestohlen, wie erst Jahrzehnte später herauskam. Seine Erben gaben gegen viel Geld und gute Worte zehn Stücke zurück, die nun wieder an ihrem angestammten Ort ausgestellt sind. Nördlich und südlich des Altarraumes der Stiftskirche befindet sich je eine Schatzkammer. Der sogenannte Kamm König Heinrichs I., der Servatius-Schrein, das Otto-Adelheid-Evangeliar und weitere Stücke gelten als Stiftungen des ottonischen Herrscherhauses.

Mit Altstadt und Schloss gehört die 1129 geweihte Stiftskirche zum UNESCO-Weltkulturerbe. Sein markantes Aussehen verdankt der Stiftsberg den beiden wuchtigen Kirchtürmen. Sie sind eine Zutat des 19. Jahrhunderts, die auf einen Entwurf des in Diensten des preußischen Königshauses stehenden Ferdinand von Quast zurückgeht.

Mehrere der bedeutendsten Bauwerke an der Straße der Romanik verdanken ihr inneres und äußeres Erscheinungsbild nicht zuletzt der preußischen Denkmalpflege. König Friedrich Wilhelm IV. bestellte 1843 den Kunsthistoriker, Architekten und Schinkel-Schüler Ferdinand von Quast zum ersten „Konservator der Kunstdenkmäler“ Preußens. Unter seiner Oberaufsicht erfolgte die Restaurierung der Halberstädter Liebfrauenkirche, der Quedlinburger Stiftskirche und des Domes zu Havelberg. Im Auftrag des Herzogs Alexander Carl von Anhalt-Bernburg gab er der Stiftskirche von Gernrode ihr ursprüngliches romanisches Aussehen zurück.

Von Quasts persönliche „Zugabe“ ist die figürliche Ausmalung des Kirchenraums nach seinen neuromanischen Entwürfen. Auf Befehl Friedrich Wilhelms IV. leitete er die Restaurierung der Kirche des Klosters Jerichow. Wie eine Fata Morgana scheint das Kloster über dem flachen Land zu schweben, wenn man es aus der Ferne betrachtet. Die im Laufe des 12. und 13. Jahrhunderts erbaute und bis heute in seltener Vollständigkeit erhaltene Anlage ist als rot leuchtender Gründungsbau der norddeutschen Backsteinarchitektur einer der sakralen Höhepunkte an der Straße der Romanik. *Veit-Mario Thiede*

Zentrale Anlaufstelle ist das Info-Zentrum Straße der Romanik, Domplatz 1b, Magdeburg, Internet: www.haus-der-romanik.de. Informationen über die Sehenswürdigkeiten: www.strassederromanik.de. Reiseinformationen: www.sachsen-anhalt-tourismus.de. Buchtipp: Christian Antz, „Straße der Romanik“, Ellert & Richter Verlag, 9,95 Euro

Kaum zu bremsen

Rapper-Barde Alligatoah mit seinem neuen Album auf Tournee

Lukas Strobel schlüpft mit seiner Rapper-Figur Alligatoah in verschiedenste Rollen. So auch auf seinem neuen Album „StRwV – Schlaftabletten, Rotwein Teil V“, das am 14. September veröffentlicht wird. Mit seinen Figuren hält er der Gesellschaft einen Spiegel vor, und das mit viel Sprachwitz und Rapmusik, die progressiv und mit anderen Musikrichtungen durchwirkt ist. So ist es auch nicht verwunderlich, dass auf dem Album handgemachte Musik und melodischer Gesang in verschiedensten Stilrichtungen zu hören sind.

Die ersten vier Veröffentlichungen von "Schlaftabletten, Rotwein" waren Mixtapes, mit der Nummer „V“ erscheint sein fünftes Studioalbum mit Themen wie Maßhalten, Nächstenliebe und die Aufforderung zur Veränderung, die bei einem selbst beginnen muss – natürlich als satirisches Lehrgedicht und mit den der Musik eigenen Merkmalen.

Besonders markant ist Alligatoahs Schnelligkeit. Der Rapper-Barde jongliert in einer zungenknotenbewirkenden Geschwindigkeit mit Worten und kommt von dem Einen zum Nächsten, dass einem beim Zuhören fast schwindelig werden könnte. Als Rapper hat er durch das Tempo des Sprechgesangs den Vorteil, viel Text selbst in ein Lied mit radiotauglicher Länge unterzubringen.

Die ersten Lieder des Albums wurden bereits veröffentlicht und erzielten in seiner Fangemeinde großen Zuspruch. Besonders ausgefallen ist die an eine Hörspielproduktion erinnernde Komposition in drei Teilen "Die grüne Regenrinne", in der Schauspieler Martin Semmelrogge in die



Bild: Alligatoah

Neues Album „StRwV“

Geschichte eines Volltrunkenen auf der detektivischen Suche nach den Ereignissen der letzten Nacht einführt.

Der Titel „Hass“ ist wohl das härteste Lied des Albums. Es handelt vom Autofahren und von der Wut, die sich hinter dem Steuer entwickeln kann. Dabei schreckt Alligatoah nicht davor zurück, aus anderen Texten zu zitieren. „Im Wagen vor mir fährt ein junges Mädchen“, aber anstatt sich, wie in dem Lied von Hans Blum in seiner Rolle als Henry Valentino, davon beglückt zu fühlen, nimmt Alligatoahs Autofahrer die Stimmung des Valentino-Mädchens auf und beschimpft – anstatt das eigenes Verhalten zu ändern – alle anderen, nur aggressiver.

„Wo kann man das kaufen“ stellt sich in die Tradition Kants: Raus aus dem Gängelwagen, rein in die Mündigkeit. Sich seines Verstandes zu bedienen, hat zu Folge, dass man sich ein Urteil bildet. Dies wird in „Meinungsfrei“ gefordert, natürlich auch hier in Form eines Negativbeispiels.

Man darf sich also schon auf die Tournee 2019 freuen, auf handgemachte Livemusik und, neben dem schnellen Sprechgesang, auch auf langsame Refrain-Mitsing-Passagen. So beispielsweise die tourneetitelgebende Zeile „Ich fühl’ mich wie zu Hause – nur zu Hause will ich weg!“ *Christiane Rinser-Schrut*

Termine zur „Wie Zuhause Tour 2019“: Frankfurt, Jahrhunderthalle (10.1.2019); Saarbrücken, Saarlandhalle (11.1.); Wien, Gasometer (18.1.); München, Zenith (19.1.); Hannover, Swiss Life Hall (24.1.); Bremen, ÖVB-Arena (25.1.); Köln, Lanxess-Arena (26.1.); Leipzig, Arena (27.1.); Berlin, Max Schmeling Halle (2.2.) sowie Hamburg, Sporthalle (3.2.).

Dreigroschenrevue

»Mackie Messer« und Bert Brecht im Kino

Nun gibt es also den Dreigroschenfilm, den Bertolt Brecht so nie wollte. Nach dem Erfolg seines Bühnenstücks „Die Dreigroschenoper“ hatte Brecht vor 90 Jahren tatsächlich die Absicht, die Bettlergeschichte zu verfilmen. Das Projekt wurde niemals realisiert. Wäre es zustande gekommen, hätte er sich selbst wohl nie selbst hineingeschrieben. In dem Film „Mackie Messer – Brechts Dreigroschenfilm“, der am 13. September in die Kinos kommt, spielt Brecht aber durchaus eine Rolle.

Lars Eidinger mimt diesen permanent Zigarre qualmenden Dramatiker, der vergeblich versucht, Finanziers von seinem Filmstoff zu überzeugen, während um ihn herum der Ganove Mackie Messer, Bettlerkönig Peachum und die Seeräuber-Jenny ihre Moritaten abspulen. Regisseur Joachim A. Lang verrührt so ein Stück Brecht-Biografie mit dessen epischem Theater zu einer kalorienreichen Dreigroschenrevue. Die zuckrigen Zutaten von Kostümen, Bühnenbild (zwei Monde müssen es mindestens sein) und Tanznummern machen schon vom Zusehen dick. Dieser Musical-Aufwand mit Staraufgebot (Tobias Moretti, Joachim Król, Christian Redl) erreicht durchaus Hollywoodniveau, erstickt die Handlung aber völlig.

Eine Schnapsidee ist es jedenfalls, Brecht ausschließlich Zitate aus seinen Werken und Briefen in den Mund zu legen. Sich dauernd aphoristische Sentenzen anzuhören wie „Wenn die Menschlichkeit zerstört wird, gibt es keine Kunst mehr“, ist auf Dauer ermüdend. Noch nie war Brecht so unepisch und seine Dreigroschenoper so kunsttheoretisch. Am besten Vorhang zu und alles noch einmal neu. *Harald Tews*



Bild: Wild Bunch Germany

Faible für Zigarren und Frauen: Bertolt Brecht (Lars Eidinger) mit seiner Mitarbeiterin Elisabeth Hauptmann (Peri Baumeister)

Erster Weltkrieg in der ARD

Die moderne Filmtechnik mit Überblendungen zwischen den Spielszenen und den historischen Aufnahmen wirkt faszinierend: So ähnlich sind die Schauspieler ihren historischen Vorbildern, dass Fiktion und Historie scheinbar verschwimmen. Was eben noch Spiel war, gleitet über in die Realität.

Genau 100 Jahre nach dem Ende des Ersten Weltkrieges legt die ARD ein internationales Mammut-Projekt vor, das zumindest den Ehrgeiz der Macher befriedigt: „Krieg der Träume“ schildert die Jahre zwischen 1918 und 1939 und den Wettkampf dreier Utopien. Drei Abende lang (Das Erste am 17., 18. und 24. September, jeweils 22.45 Uhr) wird gezeigt, warum sich die Mentalität von Millionen Europäern im Verlauf von 21 Jahren so veränderte, dass der Zweite Weltkrieg möglich wurde. ARTE dehnt den Stoff sogar auf acht Folgen à 52 Minuten, die gebündelt gezeigt werden (am 11., 12. und 13. September ab 20.15 Uhr).

Die Demokratie, die wir heute für den Kern Europas halten, scheitert nur 20 Jahre nach ihrer Geburt. Denn von Anfang an befindet sich die Vision eines friedlichen Europas im Wettstreit mit Kommunismus und Nationalsozialismus – Utopien einer neuen Welt traten gegeneinander an.

Damit aus dem „Krieg der Träume“ keine trockene historische Lehrstunde wird, haben die Film-Macher 14 Protagonisten herausgepickt, an deren Schicksal die Zeitenwende gezeigt wird. Die polnische Schauspielerin etwa, die ihren Namen selbstbewusst in Pola Negri, „Schwarze Polin“, umwandelt, dokumentiert den Konflikt vieler Künstler, die vom

Bild: SWR/Ricardo Vaz Palma

Roxane Duran als österreichische Ärztin Edith Wellspacher

Stumm- zum Tonfilm wechseln und sogleich von der Maschinerie des aufkommenden Nationalsozialismus vereinnahmt werden.

Die zarentreue Partisanin Marina (Natalia Witmer) sitzt im falschen Zug, der sie nicht wie gewünscht an die Front bringt. Später streift sie ihr Revolutions-Kostüm ab und sucht in den USA ihr Glück als Tänzerin. Die schwedische Journalistin Elise Ottesen besucht Bergarbeiterfrauen und ist schockiert über deren Elend. Sie beschließt, die Frauen über Verhütung aufzuklären – der Beginn der Emanzipation.

Sodann wird der junge Leutnant Rudolf Höss (gespielt vom Schweizer Joel Basman) gezeigt, der die Weimarer Republik verachtet. Er schließt sich einer Freikorpsgruppe an, die in Polen und im Baltikum gegen Gebietsabtretungen aufgrund des Versailler Vertrages kämpft. Ende der 20er Jahre wechselt er zum völkischen Artamanen-Bund, 1934 begegnet er Heinrich Himmler – der Beginn einer steilen Karriere bei der SS. 1940 wird Höss Kommandant des Konzentrationslagers Auschwitz, am Ende des Zweiten Weltkrieges wird er den Tod von mehr als einer Million Menschen verantwortet haben.

„Krieg der Träume“ wird in über 15 Ländern ausgestrahlt. 120 Schauspieler und mehr als 700 Komparsen standen vor der Kamera. Ergänzend zur Fernsehserie wird es eine Hörfunk-Serie und einen Internet- und Social-Media-Auftritt geben (*www.krieg-der-träume.de*). *Anne Martin*

Wunderwaffe und Kabinenroller

Willy Messerschmitt, ein technisches Genie auf dem Schleudersitz

Der Pionier der Luftfahrt „Willy“ Messerschmitt führte ein Leben voller Höhenflüge und Abstürze. Sein Name stand für Flugzeuge, die technisch anderen weit voraus waren. Vor 40 Jahren, am 15. September 1978, starb er in München.

Die Leidenschaft für Flugzeuge zeigte sich bei dem am 26. Juni 1898 in Frankfurt am Main geborenen Wilhelm („Willy“) Emil Messerschmitt früh. Während die Eltern in Bamberg eine Weinwirtschaft betrieben, bastelte ihr zehnjähriger Sprössling Flugzeugmodelle. Als ihm das nicht mehr genug war, konstruierte er Gleitflugzeuge. Nach dem Ersten Weltkrieg, Messerschmitt war sofort nach dem Abitur eingezogen worden, begann er sein Studium an der Technischen Hochschule München. 1923 gründete er mit finanzieller Unterstützung seiner Familie die „Messerschmitt Flugzeugbau“. Die handwerklich ausgerichtete Firma lieferte aus einer ehemaligen Brauerei in Bamberg, später einem leer stehenden Munitionsdepot Segelflugzeuge.

Auf der Basis von letzteren entwickelte Messerschmitt die M17, ein Sportflugzeug, mit dem es 1926 dem Piloten Eberhard von Conta und dem Schriftsteller Werner von Langsdorff gelang, über die Alpen bis Rom zu fliegen. Und das mit einer 30-PS-Maschine. Für diesen Motor fehlte Messerschmitt allerdings anfänglich das Geld. Als er mit einem potenziellen Finanzier in einer Gaststube verhandelte, wurde der ehemalige Jagdflieger Theo Corneiß Zeuge des Gesprächs. Noch in der Gaststube stellte der Chef der Sportflug GmbH Ober- und Mittelfranken, einer Tarnfirma der Reichswehr, einen Scheck über 4000 Reichsmark aus. Messerschmitt konnte die M17 bauen. Dieses erste Motorflugzeug Messerschmitts zeigte bereits die Merkmale, die für den Konstrukteur kennzeichnend werden sollten: konsequenter Leichtbau und aerodynamische Form. Heute wird die M17 im Deutschen Museum in München ausgestellt.

Corneiß bat Messerschmitt um die Konstruktion eines Zubringerflugzeuges. Daraus wurde die M18, ein einmotoriges Verkehrsflugzeug für vier Passagiere, bereits komplett aus Metall gebaut.

1926 trat Messerschmitt in den Vorstand der Bayrischen Flugzeugwerke ein und wurde Chefkonstrukteur. Gleichzeitig betrieb er seine Werkstatt weiter. Zu einem wirklichen Unternehmer wurde Messerschmitt, als er 1928 mit der Familie seiner späteren Ehefrau Lilly Stromeyer geborene Freiin von Michel-Raulino die Aktien der Bayrischen Flugzeugwerke in Augsburg übernahm. In Augsburg entwickelte Messerschmitt im Auftrag der Deutschen Lufthansa die M20, eine Reisemaschine für zehn Passagiere, die mit 220 Kilometern in der Stunde das schnellste Flugzeug der Zeit war. Allerdings stürzte die erste Maschine bei einem Probeflug ab, wobei der Pilot ums Leben kam. Eine zweite Maschine verunglückte beim Landeanflug auf Dresden. Diesmal starben die zweiköpfige Besatzung und sechs Passagiere. Ein Jahr später brach ein Leitwerk, die zweiköpfige Besatzung kam ums Leben, sieben Passagiere wurden schwer verletzt. Drei Abstürze mit tödlichem Ausgang in drei Jahren, das war für den Auftraggeber Lufthansa zu viel. Sie stornierte den Auftrag für weitere Maschinen. Lufthansachef Erhard Milch weigerte sich diese Maschinen anzunehmen und zu bezahlen.

Die Bayrischen Flugzeugwerke meldeten Konkurs an.

Das Unternehmen konnte sich allerdings wieder berappeln. Die „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten und deren Aufbau einer Luftwaffe schufen die entsprechenden Rahmenbedingungen. Es kam zu einem Vergleich und die Firma wurde saniert, wobei ihm abermals seine spätere Ehefrau half. 1938 wurde dann aus den Bayrischen Flugzeugwerken „Messerschmitt“ mit der Folge, dass die Typenbezeichnungen der fortan entwickelten Maschinen nicht mehr mit „Bf“, sondern „Me“ anfingen.

Vier Jahre zuvor, 1934, entstand die Bf 108, ein einmotoriges Leichtflugzeug, das sich bald zum Reiseflugzeug der Luxusklasse entwickelte. Populär wurde die Bf 108 durch die Sportfliegerin Elly Beinhorn, die 1936 mit dem „Taifun“ genannten Flugzeug drei Kontinente in einem Tag überflog. 885 Maschinen dieses Typs wurden gebaut, die Mehrzahl ging an die Luftwaffe.

Auf der Basis dieser Maschine entwickelte Messerschmitt die Bf 109, ein einsitziges Jagdflugzeug. Über den Ankauf hatte der Staatssekretär im Reichsluftfahrtministerium und Generalinspekteur Erhard Milch zu entscheiden. Nach dem Streit zu seiner Zeit bei der Lufthansa, ließ er die Bf 109 nur zögerlich testen. Doch die Eigenschaften waren überzeugend. 1937 flog die Maschine mit über 610 Kilometern pro Stunde Weltrekord. In verschiedenen Varianten – auch als Jagdbomber, Nachtjäger und Aufklärer – gefertigt, wurde der Tiefdecker mit 33 300 Stück eines der am meisten gebauten Jagdflugzeuge.

Die beiden nachfolgenden Modelle waren kein Erfolg. Zwar flog die Me 209 mit über 750 Kilometern in der Stunde einen neuen Weltrekord, aber die Maschine war zu anfällig. Die Bf 110, deren Erstflug 1936 stattfand, die aber erst 1939 in Dienst gestellt wurde, bewährte sich als Begleitjäger bei der Luftschlacht um England nicht. Die gegnerischen Flugzeuge waren inzwischen schneller als der bis 1945 5760-mal gebaute zweimotorige Ganzmetall-Tiefdecker. Bei der für die nationalsozialistische Kriegsflugzeugentwicklung typischen Vielzahl von Entwicklungen blieben Fehlschläge nicht aus. In kurzer Zeit entstanden Prototypen, die nicht in Serie gingen. Die als Nachfolger der Bf 110 geplante Me 210 wurde zwar von 1941 bis 1945 702-mal gebaut, war aber mit so vielen Mängeln behaftet, dass Messerschmitt 1942 aus dem Vorstand seines Werkes gedrängt wurde und eine Aufgabe im Entwicklungsbüro übernahm.

Ein großer Wurf gelang erst wieder mit der Me 262, die zu den sogenannten Wunderwaffen für den Endsieg gezählt wurde. Es war das erste Strahlflugzeug, das in Serie ging. 1433 Maschinen wurden von 1943 bis 1945 gebaut.

Als im November 1943 die erste Me 262 Adolf Hitler vorgeführt wurde, wünschte sich dieser einen „Blitzbomber“. Der Abfangjäger taugte wenig dazu, aber Hitler bestand auf dem Einsatz als Bomber.

Das Parteimitglied Messerschmitt war Wehrwirtschaftsführer, wurde mit Ernst Heinkel mit dem von Hitler gestifteten Deutschen Nationalpreis für Kunst und Wissenschaft ausgezeichnet. Sein Unternehmen galt als „Nationalsozialistischer Musterbetrieb“. Er forderte für die Produktion Zwangsarbeiter an und ließ in Konzentrationslagern produzieren. Dennoch wurde er 1948 lediglich als „Mitläufer“ eingestuft.

Da wie nach dem Ersten auch nach dem Zweiten Weltkrieg der Flugzeugbau in Deutschland verboten war, stellte sich Messerschmitt auf Fertighäuser und den Messerschmitt Kabinenroller um. Nach der Aufhebung der alliierten Beschränkungen landete Messerschmitt 1955 wieder im deutschen Flugzeugbau. Die Bundesrepublik drängte auf eine Konzentration im Flugzeugbau, und Messerschmitt gab dem Drängen nach. 1968 fusionierte sein Unternehmen mit der Bölkow-Gruppe zur Messerschmitt-Bölkow GmbH, die dann im darauffolgenden Jahr die Hamburger Flugzeugbau GmbH, eine Tochter von Blohm + Voss, übernahm. Das Ergebnis war die Messerschmitt-Bölkow-Blohm GmbH, kurz MBB. Messerschmitts Vision eines Senkrechtstarters schaffte es nicht zur Produktion.

Klaus J. Groth



Bei einer Ansprache vor seinem meistgebauten und wohl auch bekanntesten Flugzeug, der Bf 109: Willy Messerschmitt Bild: pa

Irans Schwarzer Freitag

Vor 40 Jahren erreichte die Islamische Revolution ihren ersten dramatischen Höhepunkt

Vor knapp 55 Jahren, im Januar 1963, proklamierte Schah Mohammad Reza Pahlavi, seit 1941 der konstitutionelle Monarch des Iran, die „Weiße Revolution“. Hierbei handelte es sich um ein sehr ambitioniertes Programm zur wirtschaftlichen und sozialen Modernisierung sowie Öffnung des Landes gegenüber dem Westen. Per Referendum stimmten über 99 Prozent der Bevölkerung dieser Revolution zu. Widerspruch kam lediglich von den Großgrundbesitzern und der schiitischen Geistlichkeit, als deren Sprachrohr Ruhollah Musawi Khomeini fungierte. Dieser rief erst zum Heiligen Krieg gegen die „Herrschaft der Verbrecher“ auf und äußerte dann am 3. Juni 1963 mit Blick auf den Schah: „Diese Regierung ist gegen den Islam gerichtet.“ Hieraufhin zettelten radikale Muslime gewaltsame Proteste an. Deswegen wurde Khomeini verhaftet und später ausgewiesen.

In den Folgejahren trugen die Reformen des Schahs durchaus Früchte. So verzehnfachte sich das Bruttosozialprodukt in der Zeit von 1963 bis 1978, während das Durchschnittseinkommen der Iraner von 174 auf 2540 US-Dollar pro Jahr stieg. Frauen erhielten das aktive und passive Wahlrecht, und die Zahl der Analphabeten sank spürbar.

Allerdings blieb der Reichtum weiterhin ungleich verteilt, und es grassierte die Korruption. Zudem flossen die seit 1973/74 reichlich sprudelnden Öl-Dollars vorrangig in ein gigantisches Aufrüstungsprogramm, durch das die iranische Armee letztlich zur fünftstärksten der Welt aufstieg. Maßgeblich beteiligt hieran waren die USA, die allein 1977 Waffen für zwölf Milliarden Dollar lieferten. Das schuf ebenso böses Blut in der Bevölkerung wie die demonstrativ guten Beziehungen der Teheraner Führung zu Israel und die Hinwendung des Schahs zum vorislamischen „Heidentum“ der Perser, in deren Zusammenhang Reza Pahlavi unter anderem die traditionelle islamische Zeitrechnung abschaffte.

Dahingegen litten die Iraner deutlich weniger unter politischer Verfolgung und dem Agieren der Geheimpolizei SAVAK, als von den Schah-Gegnern im In- und Ausland kolportiert wurde. Die anfangs von Khomeini genannte Zahl von 60 000 Repressionsopfern reduzierte sich nach Auswertung des lange geheim gehaltenen Datenmaterials der staatlichen iranischen „Märtyrer-Stiftung“ sukzessive auf 3164, von denen 2781 im Zuge der Krawalle der Jahre 1977 und 1978 starben.

Die Ernsthaftigkeit der Reformbemühungen des Schahs zeigte sich auch in seiner Reaktion auf die Forderungen des US-amerikanischen Präsidenten Jimmy Carter nach mehr Demokratie und der Einhaltung der Menschenrechte. Am 5. August 1978 kündigte Reza Pahlevi offiziell neue Gesetze an, in denen die Presse- und Redefreiheit garantiert werden sollte. Ayatollah Khomeini wiederum, der den Schah im Dezember 1977 per Fatwa für abgesetzt erklärt hatte, hielt dem entgegen: „Von welcher Freiheit spricht er? Es liegt nicht an ihm, Freiheit zu gewähren. Gott hat den Menschen die Freiheit gegeben. Der Islam hat ihnen die Freiheit gegeben.“

Diese Meinung teilten die Mitglieder der neugegründeten Vereinigung der kämpfenden Geistlichkeit (JRM), die explizit eine Islamische Revolution anstrebten und seit November 1977 immer wieder gewalttätige Demonstrationen gegen den Schah veranstalteten. An denen beteiligten sich nun zunehmend auch säkulare Iraner, weil sie immer stärker unter der Inflation und staatlichen Sparmaßnahmen litten. Deshalb befand sich das Land im Sommer 1978 praktisch an der Schwelle zur Unregierbarkeit. Deutlichster Ausdruck dessen waren permanente Übergriffe des von Islamisten angeführten Mobs gegen Banken und staatliche Gebäude sowie Orte, an denen es irgendwie „unislamisch“ zuging, also Kinos, von Ausländern frequentierte Hotels und Alkoholgeschäfte.

Dieses Treiben gipfelte am 19. August in Brandanschlägen auf 28 Kinosäle im Iran, bei denen mehrere hundert Menschen ums Leben kamen. Anschließend beschuldigte Khomeini den Schah und die SAVAK, das Ganze inszeniert zu haben, um die revolutionäre Bewegung zu diskreditieren.

Reza Pahlavi antwortete hierauf mit weiteren Konzessionen an die radikalen Moslems wie die Schließung von Spielhallen und Kasinos sowie die Wiedereinführung des alten Kalenders. Khomeini bezeichnete dies allerdings nur als Versuch, die Menschen zu blenden. Daraufhin fanden in den ersten Septembertagen Protestaktionen statt, bei denen erstmals die Abschaffung der Monarchie gefordert wurde. Dabei kam es am 8. September 1978 zum legendären Blutbad auf dem Teheraner Jaleh-Platz. Deshalb gilt dieser Tag seitdem als „Schwarzer Freitag“ und Schlüsselmoment der islamischen Revolution im Iran.

Auslöser des Massakers mit 64 Toten waren Schüsse libyscher und palästinensischer Provokateure, die sich unter die Demonstranten gemischt oder als Heckenschützen auf umliegenden Dächern Stellung bezogen hatten. Sie feuerten sowohl auf die Protestierenden als auch auf die Sicherheitskräfte und sorgten so für einen Gewaltausbruch, der dann wiederum der Regierung angelastet wurde, weshalb Khomeinis Anhänger zugleich noch von 15 000 Toten und Verwundeten phantasierten. Außerdem verbreiteten sie das Gerücht, der Schah persönlich habe aus einem Hubschrauber in die Menge geschossen.

Hierdurch stand Reza Pahlavi nun vollends mit dem Rücken zur Wand. Doch es sollte noch schlimmer kommen. Während Khomeini die Errichtung eines islamischen Gottesstaates verlangte, wurde das Land durch Massenstreiks und weitere Unruhen gelähmt. Am 6. November verhängte der Schah schließlich das Kriegsrecht.

Daraufhin beschlossen die Regierungschefs der USA, Großbritanniens, Frankreichs und der Bundesrepublik Anfang Januar 1979 auf der Konferenz von Guadeloupe, Reza Pahlavi die Unterstützung zu entziehen und das Gespräch mit Khomeini zu suchen. Die Auswirkungen dieser Entscheidung sind bekannt. Erst ging der Schah am 16. Januar ins Exil, dann kehrte der Ayatollah am 1. Februar ins Land zurück. Kurz darauf wurden die zumeist prowestlichen loyalen Reste der Armee durch Aufständische niedergekämpft. Dem folgten Ende März ein Referendum über die Errichtung der Islamischen Republik und die Ausrufung derselben durch Khomeini am 1. April 1979. *Wolfgang Kaufmann*

Seine Abenteuer inspirierten Jack London

Vor 150 Jahren fiel der gebürtige Braunsberger Gustav von Tempsky in Neuseeland im Kampf gegen Eingeborene

Der Besucher hörte der Tochter des Hausherren gerne zu, wenn diese Armine von Tempsky aus ihren ersten eigenen literarischen Gehversuchen vorlas. Noch aufmerksamer aber lauschte Jack London, denn um keinen Geringeren handelte es sich, wenn Armines Vater Louis von den Taten seines Vaters, den alle nur „old Von“ nannten, erzählte.

Geboren wurde „old Von“ alias Gustav Ferdinand von Tempsky am 15. Februar 1828 in Braunsberg. Die Familie derer von Tempsky entstammte allerdings der Region um Neustadt in Westpreußen, war aber auch in Schlesien begütert, wo Tempsky aufwuchs. Seine Eltern waren Oberstleutnant Julius Louis von Tempsky und Karoline Henriette Friederike Wilhelmine von Tempsky, geborene von Studnitz.

Gemäß der Familientradition schlug Tempsky eine militärische Laufbahn ein, zunächst besuchte er die Kadettenanstalt in Potsdam. Als 17-Jähriger trat Tempsky in das Garde-Füsilier-Regiment, das Regiment seines Vaters, ein, das er aber schon nach einem guten halben Jahr wieder verließ.

Der vielseitig interessierte und künstlerisch begabte Tempsky war durch den wohl eintönigen Dienst unterfordert und hörte von dem Mittelamerikaprojekt des Ernst von Bülow, der deutsche Kolonisten für die Miskitoküste, Karibikküste Nicaraguas, suchte. Dort hatte sich Großbritannien mit einer informellen Quasi-Kolonie etabliert, deren Hauptstadt Bluefields nicht einmal 700 Einwohner zählte. Deutsche Kolonisten gründeten den Vorort „Carlsruhe“ und die „Prussian Company“, eine kleine Miliz, die in britischem Auftrag gegen die Nicaraguaner kämpfte. Hier erwarb Tempsky seine ersten kriegerischen Meriten, wenn auch das Gelbfieber der Truppe mehr zusetzte als die Nicaraguaner.

Die Briten entschlossen sich, das Gebiet zu verlassen, stellten aber den dort lebenden Miskito-Indianern einen Militärberater zu Seite, der deren Milizen in echt preußischer Manier drillte, eben Gustav von Temspky. Der hatte neben martialischen inzwischen auch amouröse Ambitionen. Er hatte sich in die Tochter von James Stanislaus Bell, des britischen Residenten in Bluefields, verliebt. Jene Emelia Ross Bell zu heiraten, fehlte ihm jedoch das Geld oder der gesellschaftliche Rang. Zudem stellten die Briten ihre Militärmission bei den Miskito ein.

Tempsky folgte 1850 dem Ruf des Goldes, er ging nach Kalifornien. Dort überstand er etliche gefährliche Situationen, Gold fand er jedoch nicht. Und so diente Tempsky bald in der privaten Truppe des Schweizers John Sutter. Auf dessen ausgedehnten Ländereien war das erste Gold gefunden worden, und nun versuchte er verzweifelt, seinen Besitz gegen die anstürmenden Massen der Goldsucher zu verteidigen. Auch an der Jagd auf den mexikanischen Banditen Joaquín Murrieta beteiligte sich Tempsky.


Bild: CF

„The Death of Von Tempsky at Te Ngutu o Te Manu“: Lithografie von William Potts nach einem Gemälde von Kennett Watkins

Nach drei Jahren kehrte er Kalifornien den Rücken. Emelia wartete immer noch auf ihn. Also machte er sich über Mexiko auf den Rückweg nach Bluefields. Es gab Überfälle, mal durch Indianer, mal durch Banditen. Dennoch nutzte Tempsky die Gelegenheit, Land und Leute ausgiebig kennen zu lernen. Rund neun Monate verbrachte er in Mexiko, in Guatemala sieben weitere. Im Juni 1855 war er dann wieder in Bluefields. Er war nun zwar reich an Erfahrungen, aber immer noch ohne Geld. Diesmal ließ er sich aber nicht von seinen Heiratsplänen abbringen, die Hochzeit wurde in Anwesenheit der Miskitohäuptlinge gefeiert.

Um etwas zu verdienen, trat Tempsky dann in die Firma seines Schwiegervaters ein, wo er sich als Holzfäller für Mahagoni und Brennholz für die Flussdampfer betätigte. Nach einem Jahr wurde sein erster Sohn Randal geboren.

Dann beschloss Tempskys Schwiegervater, ins heimatliche Schottland zurückzukehren. Tempsky ging mit seiner Familie mit. Der Anfang dort war nicht schlecht. Tempsky besuchte seine Eltern in Preußen und publizierte in London seinen Reisebericht über Mittelamerika. Das 1858 erschienene Buch „Mitla. a Narrative of Incidents and Personal Adventures on a Journey in Mexico, Guatemala and Salvador in the Years 1853 to 1855“ brachte zwar Anerkennung, aber kaum Geld. Tempskys Erfahrungen als Offizier und Goldsucher waren in Großbritannien nicht sehr gefragt. Die Geburt seines zweiten Sohnes, den er nach seinem Vater Louis nannte, verschärfte die wirtschaftliche Situation weiter.

Deshalb zögerte er nicht lange, als ein in Australien lebender Cousin seiner Frau von den dortigen Goldfunden schrieb. Tempsky brach mit seiner Familie auf. Im August 1858 kam die Familie in Melbourne an. Eine Tochter, Lina mit Namen, wurde auf den Bendigo-Goldfeldern geboren. Tempsky bewarb sich erfolglos um die Leitung der später als „Burke and Wills expedition“ bekanntgewordenen transkontinentalen Forschungsreise.

1862 trieb es den ruhelosen Tempsky nach Neuseeland. Hier ließ er sich auf der Coromandel-Halbinsel als Goldsucher und Zeitungsreporter nieder. Ein Maori-Aufstand brachte Temspky in Kontakt mit einer Schutztruppe von Siedlern, den „Forest Rangers“. Deren Offiziere erkannten Tempskys Fähigkeiten. Auf ihren Vorschlag hin verlieh der neuseeländische Gouverneur Grey dem preußischen Glücksritter die britische Staatsbürgerschaft und eine Fähnrichsstelle bei den Forest Rangers. Später kommandierte Temspky als britischer Captain die zweite Kompanie der Forest Rangers. „Manurau“ wie ihn die Maori nannten, erwarb sich sogar den zähneknirschenden Respekt der Aufständischen, die zur „Hau Hau“-Bewegung gehörten. Das war eine Sekte, zu deren Ritualen auch der Kannibalismus gehörte und der längst nicht alle Maori, nicht einmal die Mehrheit anhingen. Zur Bekämpfung dieser Bande schickte Queen Victoria reguläre Truppen des Empire. Die fanden aber gegen die guerillaartige Kampfesweise der Hau Hau im dichten Busch nicht das rechte Mittel. Die Forest Rangers, zumeist Farmer, waren das Leben im Busch gewöhnt. Zu seinem eigenen Verdruss verpasste Gustav von Tempsky durch Krankheit und andere missliche Umstände die entscheidenden Einsätze im sogenannten Taranaki War, der Ende 1866 zu Ende ging. Die Forest Rangers waren schon einige Wochen zuvor aufgelöst worden.

Tempsky bot man ein Kommando bei der Armed Constabulary an, und dieser griff zu. Als 1868 der Titokowaru-Krieg ausbrach, wieder gegen die Hau Hau, war Tempsky mit seinen Leuten an vorderster Front dabei. Nun Major, unternahm er einen eigenmächtigen Angriff auf einen Stützpunkt der Hau Hau, obwohl sein Vorgesetzter das untersagt hatte. Tempsky ignorierte das und rückte mit völlig unzureichenden Kräften vor. So starb er am 7. September 1868 bei dem Versuch, einen Verwundeten zu retten, bei Te Ngutu o Te Manu in einem Hinterhalt von Hau-Hau-Maori. Sein Leichnam wurde, wie die der anderen Gefallenen der Armed Constabulary in diesem Gefecht, von den Hau Hau verbrannt.

John Mackintosh Roberts, der die Nachfolge Tempskys im Kommando der No. 5 Division Armed Constabulary angetreten hatte, erreichte 1886 die Aufstellung eines Denkmals für den Major und seine gefallenen Kameraden bei Manaia. Die Legende um den Offizier mit den preußischen Wurzeln wurde wachgehalten durch den Romancier Jack London, der befreundet war mit Louis von Tempsky und den Major als Inspiration für einige seiner Romanhelden verwendete. 2016 hat Ulrich Esser-Simon eine deutschsprachige Neuausgabe von Tempskys Reiseabenteuern unter dem Titel „Mitla. Reiseabenteuer in Mexiko, Guatemala und Salvador 1853–1855“ herausgegeben.

Hagen Seehase

Als die Quadriga politisch korrekt wurde

Vor 60 Jahren erhielt das Brandenburger Tor eine nicht nur neue, sondern auch veränderte Figurengruppe als Bekrönung

Am 21. September 1956 beschloss der (Ost-)Berliner Magistrat einen „Verschönerungsplan für das demokratische Berlin“. Der Höhepunkt der bolschewistischen Bilderstürmerei schien überwunden. Der Trend schien in Richtung Instrumentalisierung statt Beseitigung des preußischen Erbes zu gehen. Neben der Neuen Wache und den Schinckelschen Torhäusern am Leipziger Platz sollte auch das ebenfalls durch den Zweiten Weltkrieg ramponierte Brandenburger Tor rekonstruiert werden.

Zur geplanten Rekonstruktion gehörte auch eine neue Quadriga, denn die alte gab es nicht mehr. Das, was der Krieg von der alten übriggelassen hatte, war am Tag der Arbeit des Jahres 1950 in Vorbereitung des ersten Deutschlandtreffens der Freien Deutschen Jugend beseitigt worden. Zum Glück waren im Zweiten Weltkrieg wohlweislich Gipsabdrücke gemacht worden, die nun bei der Wiederherstellung wertvolle Dienste leisten konnten. Allerdings befanden diese sich im Magazingebäude des Dahlemer Völkerkundemuseums und damit in West-Berlin, und der Westen rückte sie nicht heraus, auch nicht leihweise. So einigte man sich bei der Restaurierung des Wahrzeichens Berlins und Deutschlands auf eine deutsch-deutsche Arbeitsteilung. Der Osten, auf dessen Territorium das Tor stand, kümmerte sich um den eigentlichen Baukörper und der Westen, der die Abdrücke besaß, steuerte eine neue Quadriga bei.

Am 14. Dezember, einen Tag vor dem 225. Geburtstag des Tor-Architekten Carl Gotthard Langhans, konnte Richtfest gefeiert werden. Am 1. und 2. August 1958 übergab der Westen dem Osten die noch fehlende neue Quadriga, die sich am Aussehen der alten orientierte. Der Osten setzte die auf dem Pariser Platz abgestellte Figurengruppe aber nicht etwa auf das Tor. Stattdessen wurde sie in den Hof des Marstalls gebracht und angefangen, ihr Aussehen zu problematisieren.

Diese Aufgabe fiel der „Berliner Zeitung“ zu. Dabei handelte es sich nicht um irgendeine Zeitung, sondern um die erste seit dem Kriegsende gegründete deutsche Tageszeitung. Seit 1953 war das vormalige „Organ des Kommandos der Roten Armee“ und „Amtliche Organ des Magistrats von Berlin“ dem Zentralkomitee der SED unterstellt.


Bild: Bundesarchiv, B 145 Bild-F088693-0013 / Thurn, Joachim F. / CC-BY-SA 3.0

Die Originalversion: Mit Eisernem Kreuz und Preußenadler

Am 31. August 1958 schlug die „Berliner Zeitung“ im Anschluss an einen von ihr abgedruckten Bericht über das Brandenburger Tor vor, bei dem sogenannten Siegeszeichen, das die Wagenlenkerin mit ihrer Rechten hält, das Eiserne Kreuz und den preußischen Adler zu entfernen. Den Willen zu einer ergebnisoffenen Diskussion heuchelnd, wurden die Leser aufgefordert, ihre Meinung kundzutun. Das Volk sollte sich schließlich mitgenommen fühlen.

Wie nicht anders zu erwarten, überwog bei den abgedruckten Leserbriefen die Zustimmung zum Zeitungsvorschlag. Zur Pluralismussimulation gehörte allerdings auch der Abdruck einiger bemerkenswerter Argumente für die Beibehaltung von Kreuz und Adler, deren grundsätzlicher Kern angesichts der heutigen Bilderstürmerei durch die politisch Korrekten an Aktualität nichts verloren hat. Ein paar Beispiele: „Von den Nazis wurde es missbraucht, nun gut, sie haben noch ganz andere Dinge für ihre schmutzigen Ziele benutzt“, „Sollen wir denn nun auch darauf verzichten, Butter zu essen, nur weil es die Faschisten und Kapitalisten auch tun?“ oder „Von Madonnenbildern entfernt man ja auch nicht den Heiligenschein.“

Genützt haben die Argumente nichts. Am Morgen des 15. September beschloss der Magistrat, noch am selben Tag die Montage der Quadriga beginnen zu lassen, und: „Entsprechend den von Bürgern in beiden Teilen der Stadt gegebenen Anregungen und Vorschlägen gelangen die Symbole des preußisch-deutschen Militarismus – der Preußische Adler und das Eiserne Kreuz – nicht zur Aufstellung.“

Zwei Tage, nachdem der Magistrat die Öffentlichkeit über die Entfernungen informiert hatte, begann der Rücktransport der Quadriga zum Pariser Platz. Fünf weitere Tage später wurden erst der Streitwagen und dann die Wagenlenkerin auf das Tor gehoben. Am 27. September stand die Quadriga auf dem Brandenburger Tor.

Für viele Deutsche, vor allem Angehörige der geburtenstarken Jahrgänge, die keine oder kaum Erinnerungen an die 50er Jahre haben, dafür aber umso stärkere an die Jahrzehnte vor der deutschen Vereinigung, wird zu ihrem Bild von Berlin und der DDR das Brandenburger Tor mit der Quadriga ohne Kreuz und Adler gehören. Erst nach dem Fall der Mauer und der DDR erhielt die Quadriga Kreuz und Adler zurück.

Manuel Ruoff

Moment der Woche

Foto: pa

Etwa vier Meter hoch, goldfarben, ein Stil, der stalinistische Scheußlichkeiten eher karikiert als kopiert – so stand die Erdogan-Statue in Wiesbaden. Gedacht war sie als Teil der Biennale unter dem Titel „Bad News“.

Erdogan musste schnell weichen

Dem ohnehin lediglich zeitweise aufgestellten Kunstwerk war eine wesentlich kürzere Verweildauer beschieden als ursprünglich vorgesehen. Verbale Auseinandersetzungen, eine beschmierte Statue, Handgreiflichkeiten, gesichtete Stichwaffen – Freunde und Gegner des türkischen Präsidenten bestimmen in Wiesbaden, wie mit Kunst verfahren wird. Folgsam hat die Stadt die Statue entfernen lassen, um die Sicherheit nicht weiter zu gefährden. Es ist noch gar nicht so lange her, da konnte man in Deutschland über Kunstwerke trefflich streiten. Allerdings nur über die nicht entfernten. *E.L.*

Buchhändler als Volkserzieher

Linke Ladeninhaber wollen ihren Kunden vorschreiben, was sie (nicht) lesen sollen

Mitleid ist angebracht mit den Buchhändlern – die Konkurrenz der digitalen Medien, nicht zuletzt der papierlosen E-Bücher, und die Zunahme von Halb- bis Totalanalphabetismus machen ihnen das Leben schwer. Noch mehr Mitleid allerdings verdient eine Sondergruppe, deren schrumpfende Zahl sie auf die Rote Liste der Aussterbensgefährdeten bringt: die radikal linken Buchhändlergenossen.

Boykott selbst gegen Bücher von der Bestseller-Liste

Nun weiß man, dass Panik zu unvernünftigen, geradezu selbstmörderischen Reaktionen führt – siehe die Love-Parade-Flüchter oder die Ertrinkenden. Ergebnis von Panik ist auch der Boykott der linken Buchläden gegen missliebige Autoren sowie Verlage wie Antaios oder Kopp. Schuld an der Verzweiflung der Kulturverhökerer ist wieder einmal das Volk, der so schwer erziehbare Lümmel. Allzu viele Lesefähige mit unheilbarer Freiheitssehnsucht lesen nicht mehr, was sie sollen.

Da rutscht doch ein kritischer Konservativer wie Rolf Peter Sieferle mit seinem Buch „Finis Germania“ hinein in die NDR-Bestenliste. Am 29. September 2017 rangiert unglaublicherweise Thorsten Schulte mit seinem Buch „Kontrollverlust“ auf Platz 1 der „Spiegel“-Bestsellerliste. Noch dazu hat der ebenso unglaublicherweise noch nicht aus der CDU ausgeschlossene Ex-Staatsminister Willy Wimmer ihm das Vorwort geschrieben. Autor wie Vorworter erfrechen sich, Kanzlerin Angela Angela vorzuwerfen, die Schleusenöffnung für muslimische Kulturexporteure wäre nicht alternativlos und im Interesse der schon länger hier Lebenden. Gegen solche Rechtsrucke muss der Volkserzieher hinter dem Buchladentresen aufstehen und widerstehen – auch der Versuchung, an den falschen Kunden (den Rechtskonservativen oder gar den Identitären) Geld zu verdienen.

Denjenigen Linken, die ihr Gehirn nicht gleichgeschaltet haben, sollte Ralph Giordano ein warnendes Beispiel sein. Am Anfang der 90er Jahre ließ sich der von den Nationalsozialisten verfolgte linke jüdische Schriftsteller beschwatzen, sich per Unterschrift einer Boykottkampagne gegen den Verlag Langen Müller Herbig anzuschließen. Einige Jahre darauf las er mit Begeisterung meine bei Herbig seit 1994 erschienenen islamkritischen Bücher. Er begann mit guten Gründen gegen die Islamisierung Deutschlands und speziell gegen die 2007 begonnene Kölner DITIB-Megamoschee zu kämpfen, die er als „Kriegserklärung“ und „Landnahme“ brandmarkte.

Aus einem Liberalen-Liebling wurde er über Nacht zum islamophoben Volks- und „Ausländerfeind“ (Micha Brumlik). Als er 2014 in Köln zu Grabe getragen wurde, war ich mit dem Armenier-Verband und Alice Schwarzer unter den allzu wenigen Freunden, die ihm die letzte Ehre erwiesen. Die Führungsetage des Verlages Kiepenheuer & Witsch, in dem zwischen 1961 und 2012 viele seiner Erfolgsbücher erschienen, glänzte durch Abwesenheit.

Gegenwärtig boykottieren linke Buchläden „Die Destabilisierung Deutschlands“, das neue Buch des Ex-Polizisten und Bestsellerautors Stefan Schubert, der nachweist, wie Anis Amri, der Massenmörder vom Breitscheid-Platz, im Auftrag der USA vor Festnahme und Abschiebung geschützt wurde. Trotz des dröhnenden Beschweigens der Massenmedien erreichte das Buch im August Platz 20 der „Spiegel“-Bestsellerliste.

Wie Ralph Giordano zum Ausländerfeind gemacht wurde

Während große Buchhandelsketten das Buch lediglich nicht im Laden hatten, weigerten sich die Ultras des Gewerbes standhaft, es für Kunden zu bestellen. Wahre Idealisten!

Ach ja, gab es nicht in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts schon einmal Boykottmaßnahmen? Nur die flankierenden Bücherverbrennungen und die Listen für in Giftschränke auszusondernde Literatur fehlen uns bisher noch. *Rolf Stolz*

Ein Hauch von 1989

Mit aggressiver Ignoranz reagiert die Regierung auf den wachsenden Widerspruch im Volk – Hatten wir das nicht schon einmal?

Es brodelt. Nicht nur in Sachsen – aber hier besonders heftig. Parallelen zur Endzeit der DDR drängen sich auf.

„Zusammenrottung“ ist einer dieser wundervoll ökonomischen Begriffe. Mit nur einem Wort werden gleich zwei Dinge vermittelt. Erstens eine Zustandsbeschreibung und zweitens eine deutliche Handreichung, wie man eben jenen Zustand einzuordnen und zu bewerten hat.

Von „Zusammenrottung“ sprachen die DDR-Machthaber und deren gleichgeschaltete Medien gern, wenn Demonstrationen gegen ihr Regime stattfanden. Diese seltenen, in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre öfter, aber doch bis Herbst 1989 mit überschaubarer Teilnehmerzahl stattfindenden Proteste wurden als Bedrohung wahrgenommen, scharf geahndet und verbal öffentlich abqualifiziert. Wie berechtigt die Furcht war, wurde mit dem Sturz der zweiten deutschen Diktatur offenbar. Das Wort „Zusammenrottung“ verschwand – wohltuend, weil einer freiheitlichen Demokratie unwürdig – aus der öffentlichen Berichterstattung.

Wiederentdeckt hat es nun Steffen Seibert, welcher die Position des Sprechers der Bundesregierung innehat. Als „Zusammenrottung“ charakterisierte er spontane Protestdemonstrationen in Chemnitz. Anlass der Versammlungen war der Tod einer und die schwere Verletzung zweier weiterer Personen in der Nacht auf den 26. August 2018. Messerstiche waren die Verletzungs- und Todesursache, ein Syrer und ein Iraker wurden festgenommen, Haftbefehle wegen Totschlags wurden erlassen.

Seibert und die, für die er spricht, fühlen sich nun von dem Toten und den Schwerverletzten gestört – sind diese ihrer Meinung nach doch verantwortlich für Proteste, für die man das alte DDR-Sprachgeschütz „Zusammenrottung“ wieder auffahren muss. Nur ein schlecht informierter Zeitgenosse glaubt, dass eine derart verkehrte Welt, welche fatale Vergleiche zur Endphase des Honecker-Staates aufkommen lässt, ein einmaliger Ausrutscher ist.

Noch am 12. Juni 1989 erklärte Margot Honecker, Ehefrau des SED-Generalsekretärs und zugleich „Ministerin für Volksbildung“, dass unsere „kämpferische Zeit“ eine Jugend brauche, die „den Sozialismus stärken hilft, für ihn eintritt ... wenn nötig, mit der Waffe in der Hand“. Am 6. Oktober 1989 ließ ein Kampfgruppenkommandeur – die „Betriebskampfgruppen“ sollten innere Unruhen niederschlagen – in der „Leipziger Volkszeitung“ einen Leserbrief veröffentlichen.

Sawsan Chebli: »Wir sind zu wenig radikal!«

In dem nicht allein auf seine Initiative zurückgehenden Schreiben, welches am Vorabend des Staatsgründungstages und kurz vor dem großen Umschwung abgedruckt wurde, forderte der Kampfgruppenkommandeur die Unterbindung von „konterrevolutionären Aktionen ... Wenn es sein muss, mit der Waffe in der Hand“.

Am 27. August 2018 veröffentlichte Sawsan Chebli, die „Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Staatssekretärin für Bürgerschaftliches Engagement und Internationales“, einen Tweet. Ebenso wie Seibert waren der Tod eines Menschen und die schwere Verletzung zweier weiterer in Chemnitz für die Politikerin nicht das eigentliche Problem – im Gegensatz zu den in der Folge stattfindenden Demonstrationen. Heftig wetterte sie mit ihrem Aufruf: „Wir sind ... aber zu still, zu bequem, zu gespalten, zu unorganisiert, zu zaghaft ... Wir sind zu wenig radikal.“

Wen meint sie mit „wir“? Was genau bitte soll das heißen, „zu wenig radikal“? Frau Honecker hatte immerhin ausgesprochen, wie sie sich eine „Radikalisierung“ (zu der es 1989 glücklicherweise nicht gekommen ist) vorgestellt hat. Erschreckend ist, dass eine Spitzenbeamtin des Landes Berlin erst durch Dritte darauf aufmerksam gemacht werden muss, welche Abgründe ihres Denkens sie mit den inzwischen zurückgezogenen öffentlichen Verlautbarungen offenbart hatte. Im Amt ist sie noch immer.

Weitere Parallelen zwischen der sterbenden DDR und seltsamen Situationen in der – eigentlich – freiheitlich-demokratischen Bundesrepublik unserer Tage finden sich. „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten ...“ Hehre, viel zitierte Grundgesetzworte, Artikel 5. Man muss heute eben nur manchmal mit den Konsequenzen leben, die sich aus der „zu freien“ oder „falschen“ Meinungsäußerung ergeben.

So verhielt es sich auch in der zweiten deutschen Diktatur. Die kannte ebenfalls einen Verfassungsartikel, der zusicherte, jeder könne „seine Meinung frei und öffentlich äußern“. Auch hier war Vorsicht geboten. Äußern konnte man sich, wie man wollte, nur ebenfalls nicht immer folgenfrei. Der Unterschied zwischen dem 1990 endgültig untergegangenen Staat und der Freiheit des Jahres 2018: Damals gab es die auch gern gewaltsam ihre Interessen durchsetzende, kaum wirklichen Rückhalt im Volk besitzende Honekker-Mielke-Staatsmacht. Heute erledigt die Zivilgesellschaft den „Freiheitsgrenzschutz“.

Ein „Fortschritt“, den der Leipziger Maler und Grafiker Axel Krause, der wegen „falscher Meinung“ nun ohne Galerie dasteht, kaum zu schätzen wissen wird. Krause, der zur „Neuen Leipziger Schule“ zählt, wurde Mitte August von der „Galerie Kleindienst“, welche ihn lange Jahre vertreten hatte, vor die Tür gesetzt. Er war einer der Erstunterzeichner der sich gegen „Gesinnungsdiktatur“ wendenden „Charta 2017“, welche auf die Dresdner Buchhändlerin Susanne Dagen zurückgeht, sprach sich offen gegen „illegale Massenmigration“ aus und charakterisierte die AfD als „zu begrüßendes Korrektiv“.

Das war den Kunstgeschäftstätigen dann doch zu viel. Die malerische Leistung Krauses hingegen interessierte hierbei offenbar niemanden. Allein seine politische Positionierung zählte. Eine solche „falsche“ Positionierung wäre auch in der DDR Grund genug gewesen, die wirtschaftliche Existenz und den Ruf eines Künstlers zu beschädigen.

„33 Worte erschüttern die Republik“, konstatierte Susanne Dagen auf einer sommerlichen Veranstaltung im sächsischen Grimma und meinte die „Erklärung 2018“ vom 15. März, welche sich ebenfalls gegen „illegale Masseneinwanderung“ und für die Wiederherstellung der rechtsstaatlichen Ordnung an den Grenzen ausspricht. Mittlerweile handelt es sich um eine fast 60000-fach unterzeichnete Petition, die dem Bundestag vorliegt. Um Diskreditierung dieser Erklärung bemühte sich sogar die „Frankfurter Allgemeine“. Sie ließ den Schriftsteller Marcel Beyer Anfang Juni einen Beitrag verfassen.

Der Artikel „Reise ins Herz der Finsternis“ lehnt sich, inhaltlich etwas schräg, an den Erzähl-Klassiker von Joseph Conrad an. Anlehnung erfolgt aber vor allem an DDR-Methoden: Unter den Unterzeichnern wird eine (!) Person ausgemacht, die sich in anderen Zusammenhängen auf eine Weise äußerte, die zumindest diskussionswürdig ist.

Diese Betrachtung, die mit der „Erklärung 2018“ eigentlich wenig zu tun hat, erfolgt mit dem klaren Ziel, dass von einem auf alle geschlossen werden soll. Erst unlängst wurde diese – zunehmend weniger verfangende – „Strategie“ bei den Dresdner Anti-Merkel-Protesten versucht, als ein an sich unbedeutender Demonstrationsteilnehmer, der allerdings äußerlich perfekt dem Erwartungsklischee der GEZ-finanzierten Journalisten entsprach, in den Mittelpunkt gezerrt wurde.

Zurück zu besagter Grimmaer Veranstaltung: Hier las *PAZ*-Autorin Vera Lengsfeld, welche auch die „Erklärung 2018“ initiiert hat, aus ihrem Werk „1989. Tagebuch der Friedlichen Revolution“ (TvR Medienverlag). Jedem Tag dieses ereignisreichen Jahres ist ein Eintrag gewidmet, eine Mischung aus persönlichem Erleben der DDR-Bürgerrechtlerin und den großen Ereignissen.

Auf fast allen Seiten fühlt man sich an heutige Beobachtungen erinnert, insofern ist es (leider) nicht allein ein historisches Werk. Die Machthaber des sozialistischen Staates und dessen Medien waren am Ende von der Realität völlig entkoppelt. Vermittelt wurde das Bild eines Gemeinwesens, welches ihrer politischen Linie freudig folgte. Die für sie bittere und ihr Treiben gewaltfrei beendende Wirklichkeit artikulierte sich im Herbst 1989 auf den Straßen und Plätzen – nicht nur in Sachsen. *Erik Lommatzsch*



Als „Zusammenrottung“ diffamiert: Bürgerprotest in Chemnitz am 1. September Bild: AP

Das Ostpreußenblatt



Nr. 36 – 7. September 2018

MELDUNG

Gefahr durch Tankerwrack

Halbinsel Hela – Mitte Juli berichtete die Zeitung „Gazeta Wyborcza" in ihrer Ausgabe für den Großraum Danzig bereits über einen Appell des Marschalls der Woiwodschaft Pommern, Mieczysław Struk, an den polnischen Minister für Meereswirtschaft Marek Gróbarczyk. Der Anlass war eine Untersuchung des 1945 von der sowjetischen Luftwaffe östlich von Hela versenkten deutschen Tankers „Franken". Das dort auf dem Grund der Danziger Bucht liegende Schiff hat eine Länge von beinahe 180 Metern und enthält in seinen Tanks etwa 1,5 Millionen Liter Treibstoff. Nach dem aktuellen Zustandsbericht könnte das korrodierte Wrack in wenigen Jahren auseinanderbrechen, den Treibstoff freisetzen und so die Umwelt schädigen und die Strände zerstören. „Das ist eine ökologische Zeitbombe", so Struk, „wir dürfen nicht zulassen, dass sie in die Luft geht." Er appellierte an den zuständigen Minister bezüglich der Sicherstellung von finanziellen Mitteln im Staatshaushalt oder von Mitteln des Nationalen Umweltschutzfonds, um den Treibstoff aus der „Franken" abzupumpen und so der drohenden ökologischen Katastrophe vorzubeugen.

Uwe Hahnkamp

»Titanen« auf Friedensmission

Hansezeitlicher Tross hielt auf seinem Weg von Brück nach Welikij Nowgorod am Königsberger Dom

Der diesjährige Sommer war in Königsberg ereignisreich. Galten bislang die Spiele der Fußball-Weltmeisterschaft als Höhepunkt, so gab es Mitte August eine weitere Überraschung: Die „Titanen on Tour" machten Station am Königsberger Dom.

Der Besuch der ungewöhnlichen Gäste aus der Bundesrepublik, die unter dem Motto „Titanen on Tour" unterwegs waren, rief unter den Stadtbewohnern große Begeisterung und Freude hervor. Es handelte sich um einen Treck, bestehend aus neun Gespannen und 18 Pferden, deren Kutscher und Mitreisende in Kostümen der Hansezeit gekleidet waren. Auf dem Kneiphof, unmittelbar vor dem Dom, machten sie Station, sehr zur Freude der Passanten, die am Wochenenden gerne auf dem Kneiphof spazieren gehen. Die seltsamen Gäste lockten diesmal noch mehr Menschen an als sonst. Die große Ansammlung erregte das Interesse anderer Passanten, die zum Hauptgebäude des Doms eilten.



Umringt von Neugierigen: Perdezüchter aus dem brandenburgischen Brück beim Dom Bild: J.T..

Die Teilnehmer der Aktion „Titanen on Tour 2018" gehen unterschiedlichen Berufen nach. Unter ihnen sind Bauern, Ärzte und Geistliche. Sie kommen aus der brandenburgischen Stadt Brück und sind mit einer großen Friedensglocke unterwegs, die sie an jedem Ort läuten, an dem sie halten. Im Jahr 2009 entschlossen sich Mitglieder des brandenburgischen Kaltblut Zucht- und Sportvereins Brück e.V., entlang der mittelalterlichen Handelsroute Helveg auf dem Weg ihrer Vorfahren zu reisen. Damals verlief die Tour mit eingespannten Rheinpferden nur durch Belgien und die Bundesrepublik. In diesem Jahr beschlossen die Pferdezüchter, sechs Staaten zu bereisen, darunter auch Russland. Auf ihrer Tour besuchten sie die Städte der mittelalterlichen Hanse.

Die Teilnehmer der Expedition unterhielten sich angeregt mit den Königsbergern und ließen sich mit ihnen fotografieren. Dann schilderten sie ihre Eindrücke: „Wir hätten nicht erwartet, dass so viele Menschen kommen", sagte der Vereinsvorsitzende Thomas Hasselhoff. Anschließend erfolgte der Auftritt von Gouverneur Anton Alichanow, der sagte, dass „wir mit unseren deutschen Partnern im Bereich der Wirtschaft und Kultur sehr eng zusammenarbeiten. Aber dieser Ausdruck unserer Freundschaft mit Deutschland ist aus historischer Sicht sehr schön und interessant."

Danach wurde den Gästen als Gastgeschenk ein Laib Brot überreicht. Die Deutschen bleiben nichts schuldig und überreichten ihrerseits zwei Gastgeschenke: eine kleine symbolische Friedensglocke und ebenfalls einen Brotlaib. Bald danach bewegte sich der Tross vom Kneiphof über die Altstädtische Langgasse in Richtung Tilsit.

Die deutsche Expedition steht unter dem Motto „Europa, das sind wir. Pferde bringen Frieden". Wie die Organisatoren der Aktion sagten, wollen sie zeigen, dass Europa und Russland eine gemeinsame friedliche Zukunft haben. Im Laufe von zwölf Monaten wollen die Teilnehmer etwa 2330 Kilometer zurücklegen, wobei sie dann Litauen, Lettland und Estland durchreist haben, um weiter nach Welikij Nowgorod zu fahren, wo ihre Tour endet. Dort werden die Expeditionsteilnehmer der Stadt einen ihrer Wagen und die große Friedensglocke schenken.

Jurij Tschernyschew

Allenstein erhält moderne Straßen

Umgehungsstraßen sollen die Stadt entlasten – Schnellstraße für bessere Anbindung

Allenstein unternimmt große Investitionen ins Straßennetz, um die Verkehrsanbindung zu verbessern. Zurzeit werden mehrere Baumaßnahmen in der Stadt und außerhalb durchgeführt. Ein Teil der Straßen ist deswegen gesperrt, und es kommt zu Umleitungen, die wiederum zu Staus insbesondere zur Hauptverkehrszeit führen.

Der Umbau der Bahnhofstraße [ulica Partyzantów] ist eines der wichtigsten Elemente beim Bau eines neuen Verkehrsnetzes in Allenstein. Die Straße, in der sich heute der Sitz der Allensteiner Gesellschaft Deutscher Minderheit befindet, ist bis zum Kreisverkehr gesperrt. Auch Richtung Hauptbahnhof gibt es Baustellen, die den Verkehr behindern. Nach der Renovierung soll die Bahnhofstraße zwei Fahrspuren in jeder Richtung ohne Trenninsel, separate Busspuren und Bushaltestellen haben. Es werden auch neue Bürgersteige, ein Radweg, Parkplätze und Grünanlagen entstehen. Das Projekt umfasst auch den Umbau des Versorgungsnetzes. Der Wert der Investition beträgt fast sechs Millionen Euro. Der Bau hat Mitte 2017 begonnen und soll bis Ende 2018 andauern. Die EU trägt 85 Prozent der Finanzierung.

Auch beim Hauptbahnhof selbst gibt es Verkehrsstörungen wegen des Baus eines Umsteigeknotens, der den öffentlichen Verkehr verbessern soll. Es wird Busspuren und Haltestellen für öffentliche Verkehrsmittel und separate für die privaten Transportunternehmen geben. Die Hauptachse des Knotens wird das Gleisbett sein. Die derzeitige Endhaltestelle der Straßenbahn wird unverändert bleiben, aber es soll eine neue Trasse entstehen für die zukünftige Straßenbahnlinie aus Stolzenberg [Pieczewo] zum Bahnhof.



Eines der Großbauprojekte: Towarowatraße Bild: Olsztyn.eu

Die Zufahrt von Osten nach Allenstein soll durch den Bau der Towarowastraße erleichtert werden. Die Modernisierung dieser Straße, von der Kreuzung in der Nähe des Baumarktes OBI bis zur Kreuzung mit der Umgehungsstraße Allenstein-Ost bei Fittigsdorf [Wójtowo], soll nicht nur die Durchfahrt durch Allenstein verbessern, sondern auch das Industriegebiet mit der entstehenden Umgehungsstraße verbinden. Insgesamt wird die neue Towarowastraße fast 2,8 Kilometer lang sein. Die Fertigstellung der Arbeiten ist für Herbst 2018 geplant.

Die südliche Umgehungsstraße von Allenstein erfordert auch den Bau eines neuen Abschnitts von der Schönwalder Landstraße [Ulica 5. Wilenskiej Brygady AK]. Er wird in der Masurensiedlung [Osiedle Mazurskie] beginnen und Richtung Schönwalde [Szczesne] führen bis zur Umgehungsstraße/Verkehrsknoten Stolzenberg. Der neue Abschnitt der Straße, der ungefähr 2,7 Kilometer lang ist, wird zweispurig in jeder Fahrtrichtung sein.

Die größte Verkehrsentlastung für die Stadt soll die südliche Umgehungsstraße von Allenstein sein, deren Bau sich langsam dem Ende nähert. Noch im September soll die Fernstraße Nr. 16 befahrbar sein. Die Straße S51 Hohenstein–Allenstein ist fast fertig und die Autofahrer können sie schon jetzt nutzen. Es ist eine Schnellstraße geworden mit einem Tempolimit von 120 Kilometern in der Stunde.

Die gesamte Umgehungsstraße von Allenstein soll Ende dieses Jahres befahrbar sein. Die Gesamtkosten der Investition belaufen sich auf 1,4 Milliarde Zloty (350 Millionen Euro).

Edyta Gladkowska

Erfolgreiche Arbeit

Studenten pflegten Friedhof in Willenberg

Der Friedhof aus dem Ersten Weltkrieg in Willenberg hat seinen früheren Glanz zurückerhalten. Dazu haben jungePolen, Deutsche und Ungarn beigetragen. Gemeinsam haben sie den Friedhof in Willenberg gesäubert und neu gestaltet. Ihre Aktion ist Teil eines mehrjährigen Projektes, das die Borussia-Stiftung ins Leben gerufen hat.

Der Willendorfer Friedhof stammt aus dem Jahre 1914. Auf ihm befinden sich Gräber russischer und deutscher Soldaten, die in der Schlacht von Tannenberg gekämpft haben. Schüler und Studenten aus den drei EU-Ländern haben nun die Gräber instandgesetzt und den gesamten Friedhof sichtbar gemacht. „Diese Friedhöfe sind Orte der allgemeinen Erinnerung an die Menschen, deren Gräber sich hier befinden. Das sind Orte, an denen wir gut die Geschichte unserer Region, aber auch ganz Europas, kennenlernen können", unterstrich die Vorsitzende der Borussia-Stiftung, Kornelia Kurowska, nach dem Abschluss der Arbeiten.

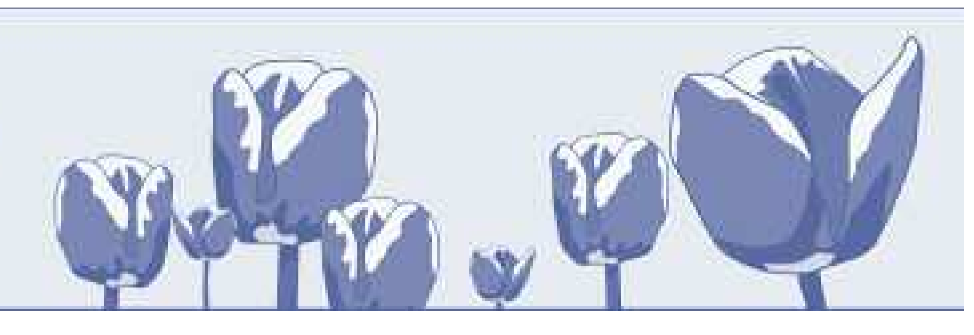
> Gräberpflege vertiefte Bewusstsein für die Geschichte

Auch die jungen Teilnehmer an diesem Projekt sprachen von einem ungewöhnlichen, aber gemeinsamen Geschichtsunterricht. „An solchen Orten kann man sehen, wie viele Menschen in diesem Krieg gefallen sind. Wenn man in der Schule sitzt, hört man nur Zahlen und die Schüler spüren nicht, wie viele Menschen es waren", sagte Michael Kupiec, ein Student aus der Bundesrepublik. „Ich freue mich sehr, dass ich teilgenommen habe. Wir haben nicht nur gearbeitet, sondern wir haben auch viel gelernt für uns und für die Geschichte", ergänzte Klara Mandi aus Ungarn. „Für mich gab es einfach die Sprachbarriere, die wir aber leicht überwunden haben. Ich habe die Hoffnung, dass wir vor allem zusammengekommen sind, um uns kennenzulernen und zu schauen, wie einfach es ist, zusammen zu arbeiten bei aller Verschiedenheit unter uns", unterstrich Franciszek Bellon aus Warschau.

Zum Schluss der Erneuerung des Friedhofs gab es noch eine feierliche Zusammenkunft, an der die Teilnehmer des Projektes, Forstbeamte, Kommunalpolitiker und Geistliche – protestantische und katholische – teilgenommen haben.

PAZ

Wir gratulieren ...



ZUM 100. GEBURTSTAG

Morgenstern, Elfriede, geb. **Koslowski**, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 11. September

ZUM 98. GEBURTSTAG

van Heel, Hildegard, geb. **Osenger**, aus Lyck, am 11. September

ZUM 97. GEBURTSTAG

Derlath, Rudi, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 7. September
Ehlers, Maria, geb. **Schlachta**, aus Rundfließ, Kreis Lyck, am 7. September
Peter, Reinhold, aus Schanzenort, Kreis Ebenrode, am 11. September
Schulze, Liselotte, geb. **Ketzler**, aus Kumehnen, Kreis Fischhausen, am 10. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Boguschewski, Ruth, geb. **Bogun**, aus Treuburg, am 10. September
Gezeck, Gertrud, aus Ortelsburg, am 8. September
Krause, Hans, aus Genslack, Kreis Wehlau, am 13. September
Loerzer, Edith, geb. **Petereit**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Meyhöfer, Prof. Wolfgang, aus Wehlau, am 13. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fechner, Ernst, aus Medenau, Kreis Fischhausen, am 10. September
Kraft, Elsa, geb. **Prengel**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 12. September
Marks, Ingeburg, geb. **Loenhard**, aus Weißensee, Kreis Wehlau, am 8. September
Plewka, Elfriede, geb. **Sczech**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, am 9. September
Prüß, Elise, geb. **Klein**, aus Quednau, Kreis Fischhausen, am 13. September
Schmitt, Gerda, geb. **Brodowski**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 10. September
Wischnewski, Waltraud, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 9. September
Witzke, Herta, geb. **Hinz**, aus Karlshof, Kreis Fischhausen, am 8. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Clemens, Gerda, geb. **Bodwasch**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 9. September
Feigenbutz, Margarete, geb. **Gregor**, aus Birkenwalde, Kreis Lyck, am 9. September
Gaedtke, Dietrich, aus Rosenwalde, Kreis Elchniederung, am 7. September
Hiemann, Irmgard, geb. **Hecht**, aus Schuttschenofen, Kreis Neidenburg, am 7. September
Ignée, Sigrid, aus Neidenburg, am 13. September
Janz, Ruth, aus Stobingen, Kreis Elchniederung, am 12. September
Leistikow, Herta, geb. **Pfeil** aus Fischhausen, am 7. September
Lemcke, Irene, geb. **Heß**, aus Eimental, Kreis Ebenrode, am 9. September
Münter, Ruth, geb. **Naujokat**, aus Lyck, am 11. September
Nabholz, Gerda, geb. **Kaminski**, aus Talussen, Kreis Lyck, am 12. September
Rabis, Frieda, geb. **Pirdschun**, aus Scharfeneck, Kreis Ebenrode, am 13. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Anschütz, Ilse, geb. **Zöllner**, aus Bladiau, Kreis Heiligenbeil, am 10. September
Brunswick, Bruno, aus Langheide, Kreis Lyck, am 11. September
Gierke, Ruth, geb. **Möller**, aus Wehlau, am 9. September
Hoppe, Herta, geb. **Hübner**, aus Pojerstieten, Kreis Fischhausen, am 12. September
Jüncke, Erika, geb. **Radtke**, aus Pillau, Kreis Fischhausen, am 4. September
Maksalern, Hanna, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 12. September

Pilger, Herta, geb. **Scheffler**, aus Klein Dirschkeim, Kreis Fischhausen, am 12. September
Schulten, Herta, geb. **Soyka**, aus Warskillen, Kreis Elchniederung, am 10. September
Wlost, Herta, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Binder, Elsa, geb. **Bolgehn**, aus Nöttnicken, Kreis Fischhausen, am 9. September
Conrad, Gertraud, geb. **Eggert**, aus Sorgenau, Kreis Fischhausen, am 11. September
Schulze, Rosemarie, geb. **Panstruga**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, am 9. September
Willutzki, Werner, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 98, am 8. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Bandlow, Meta, geb. **Hensel**, aus Petersdorf, Kreis Wehlau, am 11. September
Gläser, Marta, geb. **Abromeit**, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September
Hobrack, Ilse, geb. **Neumann**, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 10. September
Janzik, Alfred, aus Waiblingen, Kreis Lyck, am 7. September
Jungheit, Margarete, aus Cranz, Kreis Fischhausen, am 12. September
Michelsen, Ilse, geb. **Grönick**, aus Grünhausen, Kreis Elchniederung, am 10. September
Pfeffer, Fritz, aus Klein Nuhr, Kreis Wehlau, am 11. September
Plaga, Wolfgang, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße 83, am 7. September
Slaby, Annemarie, geb. **Kastell**, aus Rumeyken, Kreis Lyck, am 9. September
Tschampel, Herta, geb. **Krause**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. September
von Campenhausen, Freifrau Edelgard, geb. **von Kannewurf**, aus Baitenberg, Kreis Lyck, am 8. September
Wrage, Eva, geb. **Jakubzig**, aus Lyck, Bismarckstraße 19, am 11. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Fröhlich, Walter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 11. September
Gritzka, Waldemar, aus Lyck, Bismarckstraße 15, am 12. September
Hempler, Heinz, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. September
Jenzewski, Kurt, aus Alt Kriewen, Kreis Lyck, am 12. September
Kensy, Arthur, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Kloß, Erich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 8. September
Kluska, Waltraud, geb. **Arndt**, aus Kalaushöfen, Kreis Fischhausen, am 5. September
Kolberg, Alfred, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. September
Krauße, Hedwig, geb. **Janzick**, aus Lyck, am 10. September
Peczkowski, Ursula, aus Bartzdorf, Kreis Neidenburg, am 13. September
Sawatzki, Adele, geb. **Richter**, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. September
Schmilewski, Erich, aus Kragau, Kreis Fischhausen, am 4. September
Schütt, Paul, aus Ortelsburg, am 10. September
Strömpl, Erika, geb. **Ziffer**, aus Neukuhren, Kreis Fischhausen, am 5. September
Vogt, Ruth, geb. **Wallesch**, aus Mensguth, Kreis Ortelsburg, am 13. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Barthlomayzyk, Irmgard, geb. **Pfaff**, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. September
Bergner, Helga, geb. **Hancke**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. September
Bohn, Ingrid, geb. **Hoffmann**, aus Königsberg, am 7. September
Dathe, Margarethe, geb. **Rahn**, aus Stobbenort, Kreis Treuburg, am 8. September
Dewor, Alfred, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 13. September
Frankiewicz, Helga, geb. **Rogalski**, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Hillebrand, Ruth, geb. **Rohmann**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 13. September
Kilimann, Anna, geb. **Pannek**, aus Klein Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 7. September
Könnicke, Willi, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 11. September
Kulschewski, Ursula, geb. **Sakewitz**, aus Milucken, Kreis Lyck, am 12. September
Pfeifer, Alice, geb. **Rennmann**, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 10. September
Pfeiffer, Waltraud, geb. **Weylo**, aus Herzogskirchen, Kreis Treuburg, am 7. September
Reimelt, Wolfgang, aus Tannenmühl, Kreis Ebenrode, am 12. September
Rosenfeld, Hans, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 7. September
Schumann, Sonja, geb. **Sköries**, aus Altengilge, Kreis Elchniederung, am 10. September
Schweissinger, Dietrich, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, am 7. September
Wilhelm, Margot, geb. **Fritz**, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 8. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Albou, Erika, geb. **Lohrenz**, aus Lyck, am 10. September
Barczewski, Klaus, aus Lyck, am 12. September
Czekay, Manfred, aus Lötzen, am 8. September
Diekmann, Erika, geb. **Schütz**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 12. September
Döring, Irmgard, geb. **Torkler**, aus Finsterwalde, Kreis Lyck, am 10. September
Glitza, Gisela, geb. **Taxacher**, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 10. September
Hansen, Gisela, geb. **Golembiewski**, aus Maschen, Kreis Lyck, am 12. September
Kenneweg, Dr. Manfred, aus Königsberg und Rauschen, am 13. September
Menzel, Elke, geb. **Menzel**, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 9. September
Poppe, Waltraut, geb. **Jorzick**, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 10. September
Quaas, Elfriede, geb. **Joswig**, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Rackur, Edith, geb. **Jakubski**, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 10. September
Saathoff, Waltraut, geb. **Chudaska**, aus Ortelsburg, am 12. September
Schmeißer, Irmgard, geb. **Schemien**, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 8. September
Schulz, Dr. Harald, aus Preußisch Holland, am 10. September
Schwarzenberg, Käthe, geb. **Wanda**, aus Lyck, am 9. September
Tiedtke, Gerhard, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, am 7. September
Wengenroth, Renate, geb. **Kalex**, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. September
Werner, Maria, aus Moptau, Kreis Wehlau, am 12. September
Willemer, Katharina, aus Breitenstein, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Bettinger, Helga, geb. **Niedzwetzki**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 9. September
Böhnke, Udo, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 12. September,
Gorontzi, Helga, aus Königsberg, am 11. September
Pleikies, Wolfgang, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 11. September
Schulz, Gerhard, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 9. September
Waschko, Siegfried, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 11. September
Wichert, Wolfram, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 11. September



Voss, Günter Julius, aus Königsberg und Ehefrau Adelheid Frieda aus Pommern, am 8. August

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit bei der Landsmannschaft widersprechen!

Zusendungen für Ausgabe 38

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimatseiten der *PAZ*-Ausgabe 38/2018 (Erstverkaufstag: 21. September) bis spätestens Mittwoch, 12. September an E-Mail: redaktion@preussische-allgemeine.de, per Fax an (040) 41400850 oder postalisch an *Preußische Allgemeine Zeitung*, z. Hd. Frau Christiane Rinser-Schrut, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg.

TERMINE DER LO

2018

14. bis 16. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
8. bis 14. Oktober: Werkwoche in Helmstedt
20. Oktober: 9. Deutsch-Russisches Forum in Insterburg (geschlossener Teilnehmerkreis)
2. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden in Wuppertal
3. bis 4. November: Ostpreußische Landesvertretung in Wuppertal
12. bis 15. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html.

Jostenbänder weben

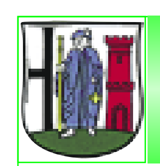
Salach – Zwei Stunden Zeit, um einen ersten Einblick in die ostpreußische Tradition des Jostenbandwebens zu gewinnen, hatten Anfang August 16 Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Ferienbetreuung.

Vera Pallas hat die Technik während der Werkwochen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. erlernt und gibt ihr Wissen nun weiter. Das Ergebnis: 48 Armbänder und glückliche Kinder. *PAZ*


Ein Jostenband entsteht Bild: privat

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben

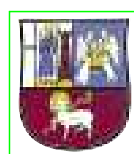


ALLENSTEIN STADT

Kreisvertreter: Gottfried Hufenbach, Danziger Str. 12, 53340 Meckenheim. Geschäftsstelle: Stadtgemeinschaft Allenstein, Vattmannstraße 11, 45879 Gelsenkirchen, Telefon (0209) 29131 und Fax (0209) 4084891, E-Mail: StadtAllenstein@t-online.de

Jahrestreffen

Gelsenkirchen – Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September: Jahrestreffen, Stadtversammlung mit Vorstandswahl.



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Hans-Peter Blasche, Lankerstraße 40, 40545 Düsseldorf, Telefon (0211) 17181290; Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen, Postfach 1209, 49170 Hagen, Telefon (05401) 9770. Internet: www.allenstein-landkreis.de

Heimattreffen

Gelsenkirchen – Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Schloss Horst: Heimattreffen.

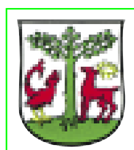


ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Kreisgemeinschaft Angerburg e.V., Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Landkreis: Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101.

Heimattreffen

Rotenburg (Wümme) – Wochenende 8. und 9. September, Theodor-Heuss-Schule, Gerberstraße 16: 64. Angerburger Tage.



BRAUNSBERG

Kreisvertreterin: Manuela Begett, Virchowstraße 46, 44536 Lünen, Tel.: (02306) 21236, E-Mail: manuela.begett@t-online.de. Stellvertretender Kreisvertreter: Ferdinand Schrade. Geschäftsstelle: Stadtverwaltung Münster, Patenstelle Braunsberg, Frau Jostenmeier, 48127 Münster, Tel.: (0251) 4926051.

Heimatkreistreffen

Münster – 29., ab 15 Uhr, und 30. September, Johanniter-Akademie, Weißenburgstraße 60–64, 48151 Münster: Jahreskreistreffen der Kreisgemeinschaft Braunsberg, am Sonnabend, 29. September, 15 Uhr: Mitgliederversammlung. Tagesordnung:

Begrüßung, Tätigkeitsbericht der Kreisvertreterin Manuela Begett, Kassenbericht der Schatzmeisterin Gertrud Arendt, Bericht der Kassenprüfer, Aussprache zu den Berichten, Verschiedenes;

ab 18 Uhr: gemeinsames Abendessen;

19 Uhr: Begegnungen, Gespräche, geselliges Beisammensein.

Sonntag, 30. September

8.30 Uhr: Gottesdienst in der Heilig-Geist-Kirche,

10.30 Uhr: festliche Stunde in der Johanniter-Akademie, mit Festvortrag von Dr. Christopher Spatz „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder“, Empfang durch die Patenstadt Münster, gemeinsames Mittagessen, Ausblick auf die weitere Arbeit – Ausklang des Tages.

Zimmerreservierung direkt bei der Johanniter-Akademie, Ansprechpartnerin: Frau Schwarze, Telefon (0251) 97230145, E-Mail: gaestehaus@johanniter.de.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Barbara Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Kreistreffen

Freitag, 7., ab 14 Uhr, bis Sonntag, 9. September, Hotel Esplanada, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Kreistreffen/ Mitgliederversammlung und Delegierten-Versammlung.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Westerfeld 1, 24992 Janneby. Stellvertretender Vorsitzender: Uwe Nietzelt, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg. Familienforschung: Heidrun Meller, Nikolaikirchhof 45, 04600 Altenburg, Telefon (03447) 8966021, E-Mail: H.Meller@t-online.de, Internet: www.kreis-fischhausen.de. Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, Postfach 1732, 25407 Pinneberg, Telefon (03447) 8966746.

Heimattreffen

Pinneberg – Sonnabend, 15., bis Sonntag, 16. September, Hotel Cap Polonio, Fahltskamp 48, 25421 Pinneberg: Heimattreffen. Am Sonntag findet das Kreistreffen im Museum der Kreisgemeinschaft, Fahltskamp 30, seine Fortsetzung. Am Sonntag führen wir unser Treffen ebenfalls ab 9.30 Uhr im Samland-Museum weiter. Das komplette Programm finden Sie in unserem aktuellen Heimatbrief „Unser schönes Samland“ vom Herbst 2018 sowie im Internet unter www.kreis-fischhausen.de.



GOLDAP

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05231) 37146, Fax (05231) 24820, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. Geschäftsstelle: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Telefax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de. Internet: www.goldap.de.

Heimattreffen

Stade – Freitag, 7. September, von 11 bis 17.30 Uhr: Das Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a, ist geöffnet. Sonnabend, 8., ab 11.30 Uhr, bis Sonntag, 9. September, Hotel Zur Einkehr, Freiburger Straße 82, 21682 Stade: Heimattreffen.

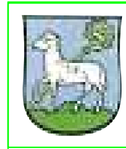


GUMBINNEN

Kreisvertreterin: Karin Banse, Wiesengrund 9, 29559 Wrestedt, OT Wieren, Telefon (05825) 642, E-Mail: karin.banse@t-online.de, Internet: www.kreis-gumbinnen.de.

Heimattreffen

Bielefeld – Sonnabend, 7. September, 10 Uhr, Brenner Hotel, Bielefeld: Gumbinner Bundestreffen mit Kreisversammlung.



HEILSBERG

Kreisvertreterin: Jutta Küting, Beerenburg 1a, 52156 Monschau, Telefon (02472) 6214367, Mobiltelefon (0170) 2177152, E-Mail: jutta.kueting@gmx.de, stellvertretender Kreisvertreter: Karl-Heinz Küting, E-Mail: khkueting@gmx.de.

Heimatreise

Die Kreisgemeinschaft Heilsberg sucht noch kurz entschlossene Mitreisende, die zu Ehren des 25-jährigen Bestehens der Deutschen Minderheit mitfahren.

Wir sind eine bisher kleine Delegation und hätten noch einige Plätze frei. Wir werden zeitgleich das 775-jährige Jubiläum des Erzbistums Ermland feiern und einen besonderen Geburtstag einer Teilnehmerin. Und natürlich nehmen wir uns wie immer viel Zeit für die Schönheiten der alten Heimat unserer Gäste und deren Vorfahren, sowie für Begegnungen mit Freunden, die wir im Laufe der Jahre kennengelernt haben.

Die Reise findet statt vom 6. bis 15. September ab Wuppertal, weitere Zusteigemöglichkeiten nach Vereinbarung.

Veranstalter ist das Reiseunternehmen Scheer, an das Sie auch Ihre Anmeldung richten über folgende Kontakte: ScheerReisen Wuppertal, Telefon (0202) 500077, E-Mail: info@scheer-reisen.de.

Außerdem veranstaltet die Kreisgemeinschaft ihr Kreistreffen in diesem Jahr am 20. Oktober im Patenkreis des Ermlandes in Meppen im Emsland. Anmeldungen hierzu richten Sie bitte an die Kreisgemeinschaft Heilsberg / Jutta Küting, Telefon (0170) 2177152, E-Mail: jutta.kueting @gmx.de. Bei der Beschaffung von Übernachtungsmöglichkeiten sind wir gerne behilflich.



INSTERBURG – STADT UND LAND

Vorsitzender Stadt & Land: Reiner Buslaps, Am Berg 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (03222) 3721953, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Kreisgemeinschaft Insterburg Stadt & Land e. V., Geschäftsstelle, Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Heimatgruppe

Schwerin – Mittwoch, 19. September, 12 Uhr, Gaststätte Kaktus, Dreescher Köpmarkt: Treffen.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562. info@strammverlag.de, Internet: www.labiau.de.

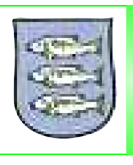
Kreistreffen

Otterndorf – Freitag, 7., bis Sonntag, 9. September, Stadthalle, Fröbelweg, 21762 Otterndorf: Hauptkreistreffen.

Haffdörfer-Treffen

Am 4. August fand im Kleingarten-Vereinsheim Süd-Bremerhaven das 43. Treffen der Haffdörfer Rinderort, Peldßen und Labagienen/Haffwinkel statt. Da die bisherige Organisatorin Elly Kiesel im Mai plötzlich verstorben war, übernahm die Vorsitzende der Bremerhavener Ostpreußen-Gruppe Marita Jachens-Paul die Leitung und Moderation des Nachmittags und gewährleistet auch weiterhin das Fortbestehen der Gruppe. Tatkräftige Unterstützung in der Vorbereitung erhielt sie von Gertrud Romeike und Lene Jährling. Nach Begrüßung der fröhlichen Gemeinschaft dankte Jachens-Paul den Organisatorinnen für ihre geleistete Arbeit.

In der Totenehrung gedachte man der früheren Organisatoren Elly und Kurt Kiesel aber auch Alfred und Erna Adebahr, die lange Jahre die Haffdörfer-Treffen geleitet haben. Ihnen zu Ehren wurde das Ostpreußenlied gesungen. Entschuldigt wurde die Labiauer Kreisvertreterin Brigitte Stramm, die leider verhindert war, aber Grüße ausrichten ließ. Vom Vorstand der Kreisgemeinschaft war Klaus Arno Lemke gekommen, der die Grußworte sprach und an das Kreistreffen am 7./8./9. September in Otterndorf hinwies und herzlich dazu einlud. Zur Freude aller konnte der älteste Teilnehmer, Helmut Reischuck (97) aus Haffwinkel stammend, begrüßt werden, ebenso Günter Schütz aus Berlin, der wie immer fleißig fotografierte! Nach der Kaffeetafel konnte ausgiebig geschabbert werden. Bei kurzweiligen Gesprächen und guter Bewirtung des KV-Teams verging der Nachmittag wie im Flug. Es wurde natürlich auch noch „Wo de Haffeswelle.....“ angestimmt! Ein gemeinsames Fischessen beendete den schönen Tag mit vielen Erinnerungen „von tohus“. Im nächsten Jahr treffen wir uns am 3. August an gleicher Stelle. *M. J.-P.*

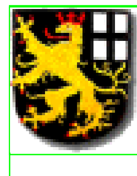


LÖTZEN

Dieter Arno Milewski (kommissarischer Kreisvertreter), Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553, Fax (05424) 399139, E-Mail: dieter.arno.milewski@osnanet.de. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, E-Mail: KGL.Archiv@gmx.de

Arndts Märchen

Neumünster – Sonnabend, 15. September, 15.30 Uhr, Sudetenlandstraße 18h (Böcklersiedlung): „Vom Mieskater Martinichen, dem Rattenkönig Birlibi, von sieben bunten Mäusen und anderen Lebewesen “ – Angelika Rischer, die Märchenerzählerin aus Hamburg, kommt und erzählt Märchen von Ernst Moritz Arndt (1769 bis 1860).



MOHRUNGEN

Kreisvertreterin: Ingrid Tkacz, Knicktwiete 2, 25436 Tornesch, Telefon/Fax (04122) 55079. Stellv. Kreisvertreterin; Luise-Marlene Wölk, Schwalbenweg 12, 38820 Halberstadt, Telefon (03941) 623305. Stellv. Kreisvertreterin Monika Buddych, Op de Dümmer 32, 45772 Marl/Westf., Telefon (02365) 691690. Schatzmeister: Frank Panke, Eschenweg 2, 92334 Berching, Telefon (08462) 2452. Geschäftsstelle Horst Sommerfeld, Lübecker Straße 4, 50858 Köln, Telefon (02234) 498365.

Heimatkreistreffen

Bad Nenndorf – Sonnabend, 15., und Sonntag, 16. September, Grandhotel Esplanade, L'Orangerie, Bahnhofstraße 8, 31542 Bad Nenndorf: Treffen des Kreises Mohrungen, Lippitzer und Kolteneyer.

Zimmerbuchungen bei Familie Pittack unter Telefon (05723) 798110 oder per E-Mail: kontakt @hotel-esplanade.de.

Wir laden alle Kreis Mohrunger Landsleute, deren Nachkommen, Heimatfreunde, die „Jungen Liebstädter“, Lippitzer, Kolteneyer sowie Schlobitter und Prökelwitzer ganz herzlich ein.

Programm:

Sonnabend, 15. September,

10.30 Uhr: Beginn der ersten Sitzung des 9. Kreistages im Sitzungsraum Hotel Esplanade mit Neuwahl des Vorstandes und der Kreisausschussmitglieder laut Satzung. Die schriftlichen Einladungen sind mit den entsprechenden Tagesordnungspunkten versandt worden. Diese Sitzung ist öffentlich,

13 Uhr: Einlass in die Veranstaltungsräume mit Eröffnung der Ausstellung „Mein Bernstein erzählt seine Geschichte“,

ab 19.30 Uhr: gemütliches Beisammensein mit Musik, Tanz kulturellen Einlagen und Überraschungen.

Sonntag, 16. September,

9.30 Uhr: Besuch des Agnes-Miegel-Denkmals mit Blumenniederlegung,

10.30 Uhr: Feierstunde, gemeinsamer Gesang „Land der dunklen Wälder…“, Begrüßung der Teilnehmer, Vorstellung des neugewählten Vorstandes, Grußworte der Ehrengäste, Geistliches Wort, Totenehrung, gemeinsamer Gesang „Großer Gott wir loben dich…“, Festrede „Das Paradies“, Ehrungen, Kindertrachtengruppe erfreut uns mit ihren Tänzen, Schlussworte, danach singen wir die 3. Strophe des Deutschlandliedes,

14.30 Uhr: Mitgliederversammlung.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 16

Kreismuseum Prinzeßhof
Itzehoe – Plattdeutsche Lesung: Wat för Tieden – wat is wohr un wat is lagen? mit Marianne Ehlers am Donnerstag, 13. September, 15. bis 17 Uhr. Die Anmeldung ist erforderlich bis 10. September unter Telefon (04821) 64068 oder E-Mail: prinzesshof@steinburg.de, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15



ORTELSBURG

Kreisvertreter: Dieter Chilla, Bussardweg 11, 48565 Steinfurt, Telefon (02552) 3895, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de. Stellvertretender Vorsitzender: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau. Geschäftsführerin: Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck. Internet: www.kreis-ortelsburg.de

Hauptkreistreffen

In diesem Jahr findet das Hauptreffen der Kreisgemeinschaft Ortelsburg wieder im gewohnten zeitlichen Rahmen am 3. Sonntag im September statt:

Am Sonntag, 16. September, sind die Veranstaltungsräume des Kulturzentrums in Herne, Willi-Pohlmann-Platz 1, ab 9 Uhr geöffnet. Die Feierstunde beginnt um 11.30 Uhr. Den musikalischen Rahmen gestaltet die Bläsergemeinschaft der evangelischen Pauluskirche Gelsenkirchen.

Landsleute, die ihre Reise zum Hauptkreistreffen mit einem Besuch der Ortelsburger Heimatstube verbinden möchten, sind am 15. sowie am 16. und 17. September in der Zeit von 10 bis 15 Uhr herzlich willkommen.

Wolfskinder

Eine der größten menschlichen Katastrophen nach dem Zweiten Weltkrieg spielte sich im nördlichen Ostpreußen ab: Über 100 000 Menschen starben an Seuchen und Unterernährung. Allein blieben Kinder: Ohne Eltern, ohne Familie, ohne ein Dach über dem Kopf. Ohne ein Zuhause waren sie auf sich alleine gestellt.

Dr. Christopher Spatz hat mehr als 50 von diesen Menschen im Erwachsenenalter interviewt und mit seinem Buch „Nur der Himmel blieb derselbe. Ostpreußens Hungerkinder erzählen vom Überleben“ ein beeindruckendes Dokument vorgelegt.

Aus seinem Buch und seinen Gesprächen mit den Wolfskindern wird Spatz zum Auftakt des diesjährigen Hauptkreistreffens unserer Kreisgemeinschaft referieren. Diese Lesung wird in Zusammenarbeit mit der Martin-Opitz-Bibliothek durchgeführt. Freitag, 14. September, 18 Uhr, Martin-Opitz-Bibliothek (barrierefrei) Berliner Platz 5, 44623 Herne. Eintritt frei! Auch Nichtmitglieder und Gäste sind willkommen.



OSTERODE

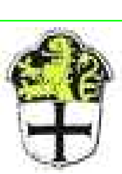
Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. Geschäftsstelle: Postfach 1549, 37505 Osterode am Harz, Telefon (05522) 919870. KGOeV@t-online.de; Sprechstunde: Mo. 14-17 Uhr, Do. 14–17 Uhr.

Hauptkreistreffen

Osterode am Harz – Sonnabend, 15. September, 10.15 bis 11.15 Uhr, Stadthalle, Osterode am Harz: Mitgliederversammlung. Hiermit lade ich zu der im Rahmen des Hauptkreistreffens stattfindenden Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Osterode Ostpreußen ein.

Tagesordnung:

1. Begrüßung, 2. Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 16. September 2017, 3. Jahresbericht des Kreisvertreters, 4. Jahresrechnung 2017, 5. Bericht der Kassenprüfer, 6. Genehmigung des Jahresberichtes des Kreisvertreters und der Jahresrechnung, 7. Entlastung des Vorstandes, 8. Abberufung von Klaus Masuhr aus dem Vorstand der Kreisgemeinschaft Osterode (KGO), 9. Wahl neuer Vorstandsmitglieder KGO, 10. Verschiedenes.

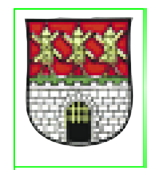


PREUSSISCH EYLAU

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries, Telefon: (02103) 64759 oder Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net

Kreistreffen

Verden – Sonnabend, 15, bis Sonntag, 16. September, Niedersachsenhalle, Lindhooper Straße 92, Verden: Kreistreffen. Als Referent wird der Historiker Christopher Spatz am 15. September um 15 Uhr zum Thema „Nur der Himmel blieb derselbe – Ostpreußens Hungerkinder“ sprechen.



RÖSSEL

Kreisvertreter: Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, Telefon (02131) 569408. E-Mail: Kreisgemeinschaft-Roessel@gmx.de. Stellv. Kreisvertreter Ernst Grünheidt, Schatzmeister Siegfried Schrade, Schriftführerin Waltraud Wiemer, Archivarin/Karteiführerin Ursula Schlempe.

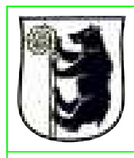
Hauptkreistreffen

Hinweis: Die Eintragungen in der letzten Ausgabe (Folge 35) im Rößel-Kopf waren veraltet. *PAZ*

Neuss – Freitag, 14. September, ab 16 Uhr, und Sonnabend, 15 September, ab 12 Uhr (10 Uhr: Gottesdienst), Aula, Berufsbildungszentrum, Hammfelddamm 2, 41460 Neuss: Hauptkreistreffen.

Freitag, 14. September, ab 16 Uhr: 1. Begrüßung der Mitglieder, 2. Bericht des Kreisvertreters E. Neubauer, 3. Berichte der Mitglieder des Kreisausschusses und der Redaktion (RHB), 4.Gedenken der Verstorbenen, 5. Jahresrechnung 2017, 6. Bericht der Rechnungsprüfer, 7. Entlastung des Vorstands, 8. Haushalt 2018, 9. Anträge der Mitglieder. Anträge zur Tagesordnung bitte bis zum 11. September an den Kreisvertreter Egbert Neubauer, Nordparkweg 29, 41462 Neuss, 10. Verschiedenes.

Sonnabend, 15. September, ab 10 Uhr: Heilige Messe mit Pastor Thorsten Neudenberger, Kirche Immaculata der Augustinerinnen, Augustinusstraße 46, 41464 Neuss. Ab 12 Uhr: Feierstunde mit Grußwort, Tombola und ab 17 Uhr mit dem „Musikduo“.



SCHLOSSBERG (PILLKALLEN)

Kreisvertreter: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle/Saale. Geschäftsstelle: Renate Wiese, Tel. (04171) 2400, Fax (04171) 24 24, Rote-Kreuz-Straße 6, 21423 Winsen (Luhe).

Ferienlager

Es schien zunächst ein ruhiger Mittwochnachmittag in Otterndorf zu werden. Doch nach und nach fuhren immer mehr Autos auf den Parkplatz der Jugendherberge. Aus ihnen stiegen insgesamt 19 Kinder und drei Betreuer. Die Kinder kamen von nah und fern – aus Niedersachen, Nordrhein-Westfalen oder Berlin. Zehn Kinder sowie eine Betreuerin hatten aus dem Königsberger Raum kommend eine Tagesfahrt hinter sich



Freundschaften mit Bestand: Schloßberger Ferienlager Bild: privat

Bald jährlich richtet die Kreisgemeinschaft Schloßberg (Ostpreußen) das Kinderferienlager in Otterndorf aus. Fast zwei Wochen (vom 25. Juli bis zum 6. August) nutzen Kinder zusammen mit ihren Betreuern Otterndorf als Ausgangspunkt für ein sehr vielseitiges Wochenprogramm. Das (beinahe) perfekte Wetter bot die Möglichkeit, fast jeden Tag den Badesee oder die Elbmündung für ein erfrischendes Bad zu nutzen. Zudem verging kein Tag ohne Spiel und Sport an der frischen Luft. Sprachprobleme: Fehlanzeige. Auch wenn es manchmal nicht ganz so einfach war. Zum Glück sind einige der deutschen Kinder zweisprachig aufgewachsen, was uns Leitern das Leben etwas erleichterte.

Jeder einzelne Tag barg in sich einen Höhepunkt: ob es nun das Wasserski fahren in Neuhaus, der Besuch der Soletherme oder der Tagesausflug in die Heimatstube nach Winsen und dem Hamburger Hafen, der Besuch des Heideparks in Soltau übertraf alles. Doch was die Zeit so unvergesslich macht, sind natürlich die entstandenen Freundschaften. Einige Kinder traten nur noch im Doppelpack auf.

Doch leider geht auch die schönste Zeit einmal zu Ende. Den Abschlussnachmittag verbrachten neben den Teilnehmern und Leitern auch die Organisatoren, Helfer, Eltern und Freunde gemeinsam in der Jugendherberge. Das viele Proben hatte sich gelohnt – das von den Kindern selbst gestaltete Programm aus Tanz, Musik und Sketschen überzeugte die Gäste.

Doch der Abschied kam und mit ihm auch die ersten Tränen. Es war kein leichter Abschied, denn in diesen knapp zwei Wochen wurden Freundschaften geschlossen, die so schnell nicht vergehen werden. Zum Schluss bleibt mir nur noch ein großes Dankeschön an alle Organisatoren (insbesondere sind hier Norbert und Edith Schattauer zu nennen) sowie helfenden Hände im Hintergrund, den beiden Betreuerinnen (Viktoria und Ludmilla) und den Kindern zu sagen. Ohne sie alle wären die Ferienlagertage nicht so schön und erfolgreich verlaufen. *Hendrik Stehr*

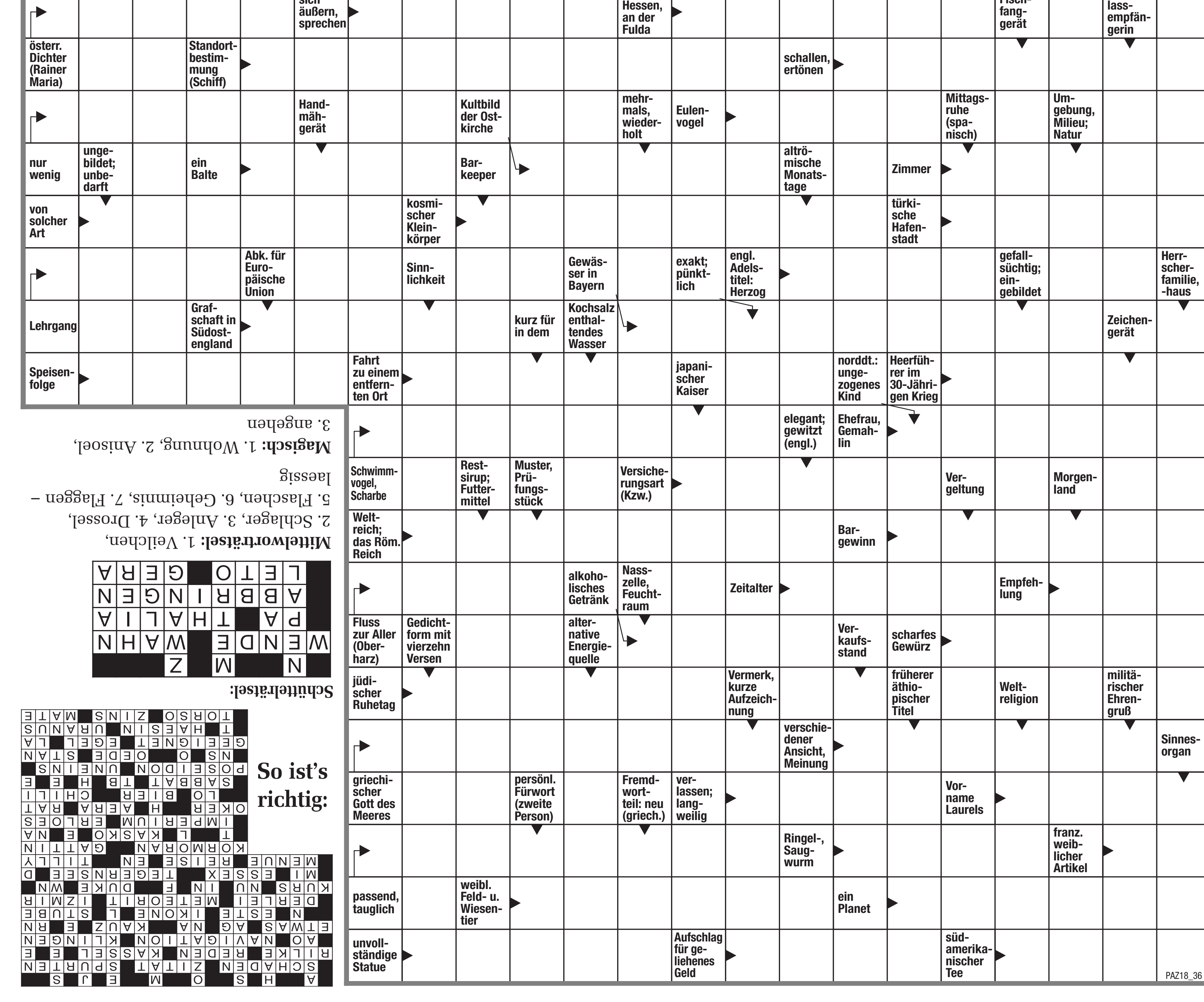


WEHLAU

Kreisvertreter: Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum. Telefon (04241) 5586. 2. Vors. und Schriftleiter: Werner Schimkat, Dresdener Ring 18, 65191 Wiesbaden, Telefon (0611) 505009840. Internetseite: www.kreis-wehlau.de

Heimatreise

Syke – Sonnabend, 8. September, ab 17 Uhr, bis Sonntag, 9. September, ab 10 Uhr, Wessels Hotel, Hauptstraße 33, 28857 Syke: Hauptkreistreffen mit Mitgliederversammlung.



Schüttelrätsel

In diesem ungewöhnlichen Kreuzworträtsel stehen anstelle der Fragen die Buchstaben der gesuchten Wörter alphabetisch geordnet in den Fragefeldern. Zur Lösung beginnen Sie am besten mit den kurzen Wörtern (Achtung: ORT kann z. B. ORT, TOR oder auch ROT heißen).

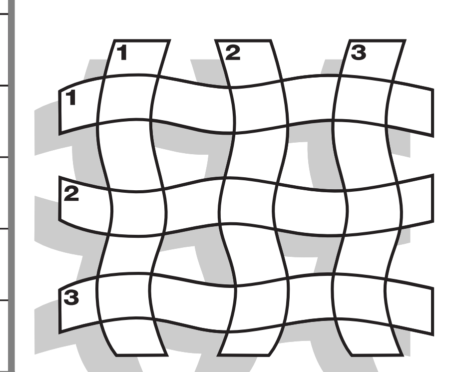
AELNP		ABEN	EMORT		AGNWZ		AEGL	EHIR	AANN
					AHNW				
DEENW			AAHILT						
ABBEGINNR									
ELOT					AEGR				

Mittelworträtsel

Erweitern Sie die linken und rechten Wörter jeweils durch ein gemeinsames Wort im Mittelblock. Auf der Mittelachse ergibt sich als Lösungswort ein anderes Wort für salopp, nicht sorgfältig.

1	ALPEN		DUFT
2	PREIS		TEXT
3	KLEIN		SCHUTZ
4	SPOTT		BART
5	WEIN		KIND
6	BANK		VOLL
7	SIGNAL		MAST

Magisch



Schreiben Sie waagerecht und senkrecht dieselben Wörter in das Diagramm.

1 Heim, Zuhause
2 ätherische Flüssigkeit
3 anfangen, in Angriff nehmen

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen

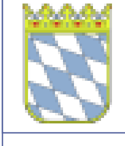


BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Dienstag, 11. September: Fahrt mit dem BdV in die Europastadt Straßburg zum Europäischen Parlament. – Montag, 17., bis Montag, 24. September: Fahrt zum Ostpreußentreffen nach Rostock. – Sonnabend, 15. September, 14 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landeskulturtagung. – Sonntag, 16. September, 9 Uhr, Hotel Wartburg, Langestraße 49, Stuttgart: Landesfrauentagung, anschließend ab 14 Uhr, Stuttgarter Liederhalle: Tag der Heimat.

Ludwigsburg – Dienstag, 18. September, 15 Uhr, Krauthof, Beihingerstraße 27: Stammtisch.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 22. September, 15 Uhr, Orangerie: Wir lesen Geschichten aus „So zärtlich war Suleyken" von Siegfried Lenz.

Hof – Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Altdeutsche Bierstube, Marienstraße 88, 95028 Hof: Monatsversammlung.

Landshut – Dienstag, 18. September, 12 Uhr, Hotel Gasthof Insel: Mittagessen „Königsberger Klopse".

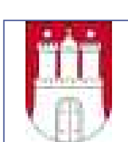


BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Königsberg – Freitag, 21. September, 14 Uhr, Johann–Georg–Stuben–Straße 10, 10709 Berlin-Halensee. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815.

Landesgruppe – Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Finnische Seemannskirche, Ditmar-Koel-Straße 6, 20459 Hamburg: Gottesdienst zum Tag der Heimat, veranstaltet vom Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V. – Sonntag, 23. Septem-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Nachruf zum Tode von Helmut Peitsch

Am 15. April starb unser allseits geschätzte und treue Ostpreuße Helmut Peitsch. Er hinterlässt für die Heimat Ostpreussen ein Lebenswerk von außerordentlichem Wert.

Helmut Peitsch wurde am 24. Januar 1925 auf dem elterlichen Hof in Groß Sausgarten, Kreis Pr. Eylau, geboren. Dort verbrachte er eine wohlbehütete Kindheit und Jugendzeit. Er besuchte das Scharnhorst-Gymnasium und musste wegen Einberufung zum Wehrdienst 1943 das Not-Abitur machen. Kurz vor Kriegsende kam Helmut Peitsch in amerikanische Gefangenschaft. Er fand nach seiner Entlassung eine Unterkunft in Schleswig-Holstein. Dort lernte er die in Königsberg geborene Gisela Kerwien kennen, die er 1949 heiratete. In den Jahren von 1949 bis 1985 war Helmut Peitsch journalistisch tätig, zuerst als Leiter eines eigenen Nachrichtenbüros, später in der Redaktion verschiedener Tageszeitungen, allein 28 Jahre als Chefredakteur. Aber sein Herz hing immer an der Heimat Ostpreußen, an dessen Schicksal und der damit verbundenen Geschichte. So hatte er nach seinem Eintritt in den Ruhestand zahlreiche Reisen nach Ostpreußen unternommen und eine Vielzahl von Büchern mit dem Thema Ostpreußen sowie Bildbände und Reisebeschreibungen verfasst. Auf den Reisen in den Osten mussten Peitsch und seine Frau die erschreckende Armut der zurückgebliebenen Deutschen feststellen. Und so gründeten sie unter Leitung Giselas den gemeinnützigen Verein „Ostpreußenhilfe e.V.", um diesen Menschen zu helfen.

Helmut Peitsch hinterlässt seine Frau Gisela, einen Sohn und zwei Enkel sowie eine trauernde, doch dankbare Kreisgemeinschaft, die stolz ist auf seine Leistungen und Verdienste um die Heimat.

Gerd Birth

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

ber: Das Kulturreferat lädt herzlich ein zur Fahrt nach Elmshorn zum ostpreußischen Theater Dittchenbühne. Nach dem gemeinsamen Kaffeetrinken sehen wir uns das Schauspiel „Die Reise nach Tilsit“ von Hermann Sudermann an. Abfahrten des Busses: 13 Uhr: Meckelfeld, Höpenstraße. 88, Bushaltestelle Waldquelle, 13.15 Uhr: Harburg-Hauptbahnhof, 14 Uhr: Kirchenallee – am Hamburger Hauptbahnhof. 18.30 Uhr: Rückfahrt über Kirchenallee und Harburg nach Meckelfeld.

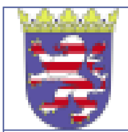
Im Gesamtpreis von 30 Euro pro Person enthalten: Fahrt im modernen Reisebus, ein Fläschchen Bärenfang während der Hinfahrt, Kaffee und Kuchen mit einem Bärenfang im Festsaal der Dittchenbühne, Theateraufführung. Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520 und (0172) 9209151, E-Mail: walter.bridszuhn@gmx.de.

KREISGRUPPEN



Elchniederung – Dienstag, 25. September, 14 Uhr, Berenberg-Gossler-Haus, Niendorfer Kirchenweg 17, Hamburg-Niendorf: Treffen der Gruppe zum fröhlichen Beisammensein mit Kaffeetafel zum Herbstbeginn und mit Erinnerungen an den Erntedank in der Heimat. Gäste sind immer herzlich willkommen. Nähere Auskunft bei Helga Bergner, Telefon (040) 5226122.

FRAUENGRUPPE



Hamburg-Bergedorf – Dienstag, 11. September, 13 Uhr, Bahnhof Bergedorf, Lohbrügger Seite: Ausflug zum Dahliengarten-Altona mit Windbeutel-Essen; wir bilden eine Fahrgemeinschaft.



HESSEN

Vorsitzender: Ulrich Bonk, Stellvertretender Vorsitzender: Gerhard Schröder, Engelmühlenweg 3, 64367 Mühltal, Telefon (06151) 148788

Darmstadt/Dieburg – Sonnabend, 15. September: Treffen zum Thema „Beginn der ‚Berliner Luftbrücke‘ vor 70 Jahren“. Der letzte Zeitzeuge Siegfried Kugies berichtet.

Wetzlar – Montag, 10. September, 13 Uhr, Restaurant „Grillstuben“, Stoppelberger Hohl 128: Treffen. Ulrich Bonk (Frankfurt) berichtet über das Wirken des Danziger Bischofs Carl-Maria von Splett. Dieser war von 1938 bis zum Kriegsende 1945 Bischof von Danzig. Bis 1956 war er in Polen inhaftiert und wurde dann nach Deutschland abgeschoben. Der Eintritt ist frei. Kontakt: Kuno Kutz, Telefon (06441) 770559.

Wiesbaden – Dienstag, 11. September, 14.30 Uhr, Wappensaal, Haus der Heimat, Friedrichstraße 35, 65185 Wiesbaden: Frauengruppe. – Sonntag, 16. September, 11 Uhr, Rotunde, Schloss Biebrich, Wiesbaden: Zentraler Tag der Heimat 2018 und Hessischer Gedenktag mit Festredner Bernard Gaida. – Donnerstag, 20. September, 12 Uhr, Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach: Stammtisch. Serviert wird Falscher Hase. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Wegen der Platz- und Essensdisposition bitte unbedingt anmelden bis spätestens 14. September bei Helga Kukwa unter Telefon 373521.

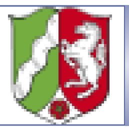


MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Parchim – An jedem dritten Donnerstag, 14.30 Uhr, Café Würfel, Scharnhorststraße 2: Treffen der Kreisgruppe. Gemütlicher Nachmittag, um über Erinnerungen zu sprechen, zu singen und zu lachen. Weitere Informationen: Charlotte Meyer, Kleine Kemenadenstraße 4, 19370 Parchim, Telefon (03871) 213545.

Kreismuseum Prinzeßhof
Itzehoe – Der Bismarcksäule auf der Spur. Sonntag, 16. September, 11 Uhr bietet das Kreismuseum Prinzeßhof zum letzten Mal eine Führung der besonderen Art mit Lars Bessel vom Verein Bismarcksäule Itzehoe durch die aktuelle Sonderausstellung an. Kreismuseum Prinzeßhof, Kirchenstraße 20, 25524 Itzehoe, Telefon (04821) 64068.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Hilde Pottschien, Volgerstraße 38, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 7684391. Bezirksgruppe Lüneburg: Heinz Kutzinski, Im Wiesengrund 15, 29574 Ebstorf, Telefon (05822) 5465. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Oldenburg - Die Landsmannschaft Ostpreußen und Westpreußen Oldenburg trifft sich nach der Sommerpause am 12. September um 15 Uhr im Stadthotel Eversten, Hauptstraße 38, Oldenburg. Wir hören einen Vortrag von Karl-Georg Mix, Lübeck: Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-1949. Herr Mix hat über das Thema, das in Deutschland wenig bekannt ist, ausgiebig recherchiert und ein Buch dazu veröffentlicht. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 18. September, 16.30 Uhr, Hotel Novum, Blumenhaller Weg 152: Kegeln. – Freitag,. 21 September, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Treffen der Frauengruppe.

Rinteln – Donnerstag, 13. September, 15 Uhr, Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, 31737 Rinteln: Vortrag von Professor Heinz Schürmann „Poesie des Verfalls“ (Fontane). Architektur und Landschaft in Ostpreußens Norden abseits der Hauptrouten am Beispiel von Friedland und Gerdauen. Informationen zur landsmannschaftlichen Arbeit der Gruppe gibt es beim Vorsitzenden Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 oder E-Mail: rebuschat@web.de.

Dittchenbühne
Elmshorn – „Reise nach Tilsit“ am 9., 16. und 23. September. Karten gibt es beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“, Hermann-Sudermann-Allee 50, 25335 Elmshorn, Telefon (04121) 89710, E-Mail: buero@dittchenbuehne.de.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Wilhelm Kreuer, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Sonnabend, 13. September, 8 Uhr, Brunnenstraße, 8.30 Uhr (Abfahrt des Reisebusses), Zustiegsmöglichkeit in Oerlinghausen: Tagesfahrt zum Ostpreußischen Landesmuseum in Lüneburg. Anfragen unter Telefon (05202) 5584.

Düsseldorf – Sonnabend, 8. September, 11 Uhr, Konferenzraum, GHH: Tag der Heimat „Unrechtsdekrete beseitigen – Europa zusammenführen“ mit Heiko Hendriks, MdL. – Mittwoch, 12. September, 18 Uhr: Vortrag von Margarete Polok „Georgien – Schnittstelle zwischen Europa und Asien“. – Freitag, 14. September, 18 Uhr, Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62: Stammtischtreffen. – Sonnabend, 15. September, 11 Uhr, Infostand Düsseldorfer Hauptbahnhof: Wandertreffen.

Köln – Mittwoch, 12. September, 14 Uhr, Café zum Königsforst, an der Endhaltestelle der KVB-Linie 9 Königsforst: Treffen.

Lippe – Mittwoch, 19. September, 15 Uhr, Kleiner Festsaal, Stadthalle Detmold: Herbstveranstaltung mit einem Gedichtvortrag von Christel Mörchel, einem Diavortrag von Klaus Blattgerste und einem Vortrag in ostpreußischer Mundart von Christel Schrei.

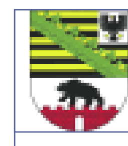
Neuss – Sonnabend, 8. September, 14 Uhr, Ostdeutscher Gedenkstein, Oberstraße: Gedenkfeier zum Tag der Heimat: Im Anschluss Feierstunde im Marienhaus, Kapitelstraße 36. Veranstalter ist der BdV, Kreisverband Neuss. Vom Gedenkstein zum Marienhaus gibt es einen Bustransfer. – Donnerstag, 13., bis Sonnabend, 22. September: Ostpreußenreise. Anmeldung bei Peter Pott, Telefon (02131) 3843400. – Jeden zweiten Mittwoch im Monat, von 15 bis 18 Uhr, Ostdeutsche Heimatstube, Oberstraße 17: Frauengruppe.

Schwelm – Sonnabend, 8. September, 15 Uhr, Sportlerheim FC 06, Freiherr-v.-Hövelsweg: Herbstanfang.

Viersen – Sonnabend, 22. September, 14 Uhr, evangelisches Gemeindehaus Willich-Anrath, Jakob-Krebs-Straße 121: Tag der Heimat.

Programm: 14 Uhr, Gottesdienst; 15 Uhr, gemeinsame Kaffeetafel; 16 Uhr, Gedenkstunde mit Grußwort des Kreises Viersen. Es wirken mit: „de Leddschwesweäver“ Anrath unter der Leitung von Christoph Carlhoff und Friedrich Kluth (Mundart), Else Tresp (Gedicht), Mandolinen- und Gitarrenorchester Schiefbahn unter der Leitung von Jochen Haas, Begrüßung durch Jürgen Zauner und das Schlusswort hält Hartmut Perske.

Witten – Montag, 17. September, 15 Uhr, Evangelisch-Lutherische Kreuzgemeinde Witten, Lutherstraße 6–10: Film „Land der edlen Pferde“.



SACHSEN

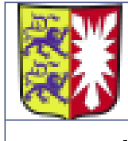
Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Limbach-Oberfrohna – Sonntag, 9. September, Landtag, Dresden: Gedenktag der Vertriebenen und Spätaussiedler.

SACHSEN-ANHALT

Vors.: Michael Gründling, Große Brauhausstraße 1, 06108 Halle, Telefon privat (0345) 2080680.

Halle – Freitag, 7. September, 14 Uhr, Begegnungsstätte der Volkssolidarität, An der Marienkirche 4: Treffen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner, Julius-Wichmann-Weg 19, 23769 Burg auf Fehmarn, Telefon (04371) 8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Flensburg – Freitag, 21. September, 15 Uhr, AWO-Stadtteilcafé, Mathildenstraße 22, Flensburg: Kaffeetafel mit anschließenden Gesprächen.

Neumünster – Mittwoch, 12. September, 12 Uhr, Stadthalle: gemeinsames Mittagessen. Anschließend unterhält uns die Marjell Greta Heykena mit lustigen Geschichten und Gedichten aus ihrem „Pungelchen“ mit Liedern und Gitarrenbegleitung.



Neumünster: Ostpreußischer Glanz Bild: privat

Bericht – „Ein Krepsch voll ostpreußischer Mundart“ war das Thema der Veranstaltung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Gruppe Neumünster am 8. August. Die Vorsitzende begrüßte die Landsleute, die Gäste und neu in der Gruppe, die Ostpreußin Gisela Meitz.

Brigitte Profé, Hildegard Henning und Annemarie Wilken erschienen in ostpreußischer Tracht. Nach der Einleitung und zwischen den Beiträgen wurde kräftig gesungen, gelacht, geschabbert und fotografiert.

Die Vorsitzende brachte zum Ausdruck: Der Humor ist die Harmonie des Herzens. Der ostpreußische Humor ist geradeheraus, breit und behäbig, manchmal auch recht derb. Er nimmt die Kleinigkeiten des Alltags ebenso aufs Korn, wie er die Persönlichkeiten in Rang und Würde von ihrer menschlichen Seite sieht.

Ja, wie das Land, so ist auch die Sprache der Ostpreußen, langsam, breit und „hart“ sagen andere. Sie klingt schwerfällig und ist doch so gemütlich. Abwartend und etwas umständlich kann sie mitunter in der Formulierung sein. Wer kümmert sich in Zukunft um den Fortbestand unserer schönen gemütlichen Mundart? Es ist zu befürchten, dass die lebendige deutsche Sprache in absehbarer Zeit vergessen wird. Dann werden sich nur noch Sprachwissenschaftler gelegentlich für unsere Mundart interessieren. Also – was machen wir? Wir pflegen sie weiter. *B. P.*

Schönwalde a.B. – Sonntag, 9. September, 10 Uhr, Kirche: Tag der Heimat.

Uetersen – Sonntag, 9. September, 11 Uhr: Tag der Heimat, Kranzniederlegung und Gedenken am Mahnmal der vertriebenen Deutschen in der Tantaus Allee. – Freitag, 14. September: Busfahrt nach Lüneburg, Besuch des neugestalteten Ostpreußischen Landesmuseums mit Deutschbaltischer Abteilung, Heiligengeiststraße 38, Lüneburg.

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Europastadt Görlitz mit Zwangsumstieg

Deutschland zementiert auf Jahre seine Rückständigkeit gegenüber Polen

Wie abgehängt der Osten Deutschlands in Teilen immer noch ist, merkt man als Bahnreisender besonders deutlich in dem Teil Niederschlesiens, der in der Bundesrepublik verblieben ist. Will man mit der Bahn gen Westen reisen, muss erst einmal Dresden, Cottbus oder Berlin angesteuert werden, um den ebenso günstigen wie schnellen Fernverkehr zu erreichen.

Doch auch der grenzübergreifende Verkehr lässt viel zu wünschen übrig. Gerade einmal 26 Verbindungen täglich fahren über die deutsch-polnische Grenze. Und es könnte bald schlimmer werden, da sich das Streckennetz der Niederschlesischen Bahnen (Koleje Dolnoslaskie) zum 21. Dezember 2019 von Kohlfurt [Wegliniec] aus bis Ost-Görlitz [Zgorzelec] unter Fahrdraht befinden wird. Die Verbindung zwischen den Ländern wird hier dann jedoch wegen 800 Meter Oberleitung, die auf deutscher Seite fehlen, über das Neißeviadukt unterbrochen sein. Fahrgästen droht dabei eventuell die Aussicht auf einen umständlichen Umstieg, denn zunächst einmal müssten bei einem noch nicht gesicherten Lückenschluss die Bahnhöfe Görlitz-Moys (Zgorzelec) oder Görlitz-Stadt (Zgorzelec-Miasto) mit dem Taxi oder der einzigen grenzüberschreitenden polnischen Buslinie der geteilten Stadt angesteuert werden. Die Misere wird durch die unterschiedlichen Stromsysteme noch verschlimmert. Auf deutscher Seite kann frühestens 2027 die Lücke geschlossen werden, da hier endlose Anhörungsverfahren zu durchlaufen sind und eine rechtzeitige Planung über viele Jahre sträflich vernachlässigt wurde. Da Polen jedoch 2022 auch die Strecke nach Lauban [Luban Slaski] mit Fahrdraht versehen will, wird es aus Deutschland gar keine durchgängigen Verbindungen mehr über die Neiße geben. Die Verbindung ins Riesengebirge war in der Vorkriegszeit eine der ganz frühen Trassen mit damals hochmoderner Oberleitung, doch die Masten wurden von den Sowjets nach dem Krieg als Kriegsentschädigung abgesägt.

Währendessen arbeiten die Niederschlesischen Bahnen (KD) bereits an einer Reisezeitverkürzung, indem spätestens im Dezember 2019 die bereits elektrifizierte Strecke Breslau-Kohlfurt verlängert und mit modernen Fahrzeugen, die 160 Kilometer in der Stunde fahren können, bestückt wird. Dann wird die polnische Seite auch keine deutschen Dieselfahrzeuge, deren Höchstgeschwindigkeit nur 120 Kilometer in der Stunde beträgt und deren Bestellung für die Polen deutlich teurer ausfällt, mehr ins Land lassen. Es sei denn, den mittlerweile technisch rückständigen Deutschen wird in einem Akt der Gnade zumindest Einfahrt in die östliche Hälfte von Görlitz gewährt. Blamabel genug, sollte es überhaupt zu dieser Notlösung kommen.



Noch nicht zu erkennen: Ost-Görlitzer-Bahnhof soll 2019 ein moderner Einkaufspark mit Reisezentrum sein Foto: sk

Dabei würde Bahnreisende ohnehin eine andere Hürde erwarten – der Komplettneubau des Bahnhofs Zgorzelec-Miasto. Anstelle des 1975 in Betrieb genommenen und heute völlig verfallenen Baus wird bis 2019 ein Einkaufszentrum mit Bahnhof entstehen. Das Gebäude mit dem anliegenden Areal wurde von einem polnischen Investor gekauft, der hier ähnlich den Vorgängerprojekten in Weichsel [Wisla] in den schlesischen Beskiden und in Biala Podlaska in Podlachien einen „Metro-Park“ mit einem Omnibusbahnhof errichtet. 3100 Quadratmeter groß soll der Metro-Park werden. Im Inneren will man ein Bahnreisezentrum mit Fahrkartenautomaten und Wartesaal einrichten. Der Umstieg an einem Bauplatz wird die ohnehin schon geminderte Reisequalität sicher nicht erhöhen.

Man wolle im Rahmen des „Trans-Border-Projektes“ gemeinsam mit dem polnischen Partner alles tun, um die Umstiege für den Fahrgast möglich reibungslos zu gestalten, heißt es vom Zweckverband Oberlausitz-Niederschlesien (ZVON). Trans-Border untersucht derzeit, wie die Erreichbarkeit peripherer Grenzregionen funktioniert. Das Projekt will die Zugänglichkeit vom peripheren grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr verbessern und hat zum Ziel, eine Anbindungen zum nächstgelegenen TEN-T-Knoten, also dem gesamteuropäischen Kernnetz, zu schaffen. Doch für Görlitz dürfte dies schwierig werden, da die Region nach Rückstufungen auf den Nahverkehr abseits vom einst vorhandenen attraktiven Fernverkehr liegt. Am Projekt arbeiten neun Partner aus fünf Ländern: Polen, Tschechien, Österreich, Slowenien und Deutschland. Angestrebt wird hierbei ein interministerielles und ressortübergreifendes Zusammenwirken für einen reibungslosen Entscheidungsprozess von Grenzregionen, zu denen das Dreiländereck Deutschland (Sachsen) Tschechien (Region Reichenberg/Liberec) und Polen (Niederschlesien), aber auch Österreich (Kärnten) und Slowenien gehören. Dennoch droht Görlitz, auf der Strecke zu bleiben, denn die tschechischen Regionen Reichenberg und Aussig [Usti nad Laben] sind im Vergabeverfahren „Ostsachsennetz“ bereits angebunden und liefern so auch ein gewisses Alibi, mit denen sich das Drama um Görlitz weiterhin durchaus überdecken ließe. *Edmund Pander*

Lekow – Kunst, Kultur, Gastfreundschaft

Denkmal deutschen Kulturschaffens im Grenzgebiet von Neumark und Pommern

Die Geschichte Lekows ist bis zum Beginn des Absolutismus ein unmittelbarer Spiegel der Geschichte der Mark Brandenburg, bestimmt durch das im gegenseitigen Lehnseid sich begründende Treueverhältnis zwischen Herrn und Vasall. Eigentümer an Grund und Boden ist zu dieser Zeit von Gottes Gnaden der König. Dieser übergibt das Nutzungsrecht an seine Gefolgsleute, so auch den Markgrafen. Der Markgraf wiederum reicht das Nutzungsrecht seinen ihm lehnseidlich verpflichteten Vasallen weiter, zu denen stets nebeneinander alle Familienmitglieder derer v. Lekow gehören.

Die Herren von Lekow, neumärkisch-pommerscher Uradel, waren seit frühester Hohenzollernzeit unmittelbare Vasallen der Markgrafen von Brandenburg. Allerdings saßen sie schon lange vorher auf ihrem Familienstammsitz. Nach der derzeitigen Quellenauswertung läßt sich erkennen, daß die Lekows sich früher je nach persönlichem Vorteil zu den askanischen Markgrafen oder zu den pommerschen Herzögen hielten.

Die erste bekannte urkundliche Erwähnung der Lekows stammt aus dem Jahre 1321. Dies ist gerade das Ende der Zeit, wo Pommern in Lehnsabhängigkeit von der Mark Brandenburg stand: Mit dem Tod des Markgrafen Waldemar des Großen (1319) und des letzten unmündigen Stammhalters (1320) war das brandenburgische Geschlecht der Askanier soeben erloschen. Da lehnseidliche Verpflichtungen immer ganz persönliche Bindungen waren, sahen die Pommernherzöge in der neuen Lage die Freiheit zu einem Krieg gegen Brandenburg, das zum Zankapfel in umfänglichen Erbstreitigkeiten wurde. Unter anderem nutzten die Polen den Anlaß, in die Neumark einzufallen. Die Lekows hielten sich zunächst an Pommern und ließen sich dafür bezahlen: o. g. Urkunde ist die Kriegskostenaufstellung der Pommerschen Herzöge, nach denen die Herren Rutze und Conrad de Lekow für ihre Kriegsdienste 23 Talente im Wert von 36 Silbermark erhielten.

Ab 1324 setzten sich die Wittelsbacher in der verkleinerten Mark zwar durch, aber den Landfrieden vermochten sie nur leidlich wiederherzustellen. Der schließlich durch König Karl IV. erzwungene Übergang an die Luxemburger Dynastie (1373) endete in der Neumark mit deren Verkauf an den Deutschen Orden im Jahre 1402. Bemerkenswert ist, daß das Land Schivelbein durch die Familie Wedel schon 1394 an den Deutschen Orden als Exklave und Tor zum Westen verkauft worden war; freilich nicht im Einverständnis mit den Lekowern, die sich als selbständige Herren verstanden.

Immerhin, als König Sigismund die gesamte Neumark verkauft hatte, versuchte man wohl zunächst, sich zu arrangieren: Im Tresslerbuch des Deutschen Ordens (Hauptbuch, das alle Ein- und Ausgaben verzeichnet, geführt in der Marienburg, erhalten nur für zehn Jahre) findet sich unter dem 29. April 1404: „Item 4½ M[ark] Jacob Lekow im Lande zu Schibilbeyn Hulfe gegeben am Dienstag vor Walpurgis. Item 5 M[ark] Ludtken von Clemencz [= Klemzow] im Landes Schibilbeyn.“ Die Lekows und ihre Nachbarn hatten mit dem Orden also einstweilen ihren Frieden geschlossen.

Während König Sigismund 1411 den Burggrafen Friedrich von Nürnberg aus dem Hause Hohenzollern erfolgreich einsetzte, daß er dem vom Fehde- und Beuterecht bestimmten Treiben der Quitzow, Gans v. Pulitz usw. in der Mark Brandenburg Einhalt gebiete, gelang solches dem nach der Schlacht von Tannenberg (1410) geschwächten Orden in der Neumark nicht:

Noch 1410 nahm der Stolper Herzog Bogislaw VIII. das Land Schivelbein vom Polnischen König zu Lehen, mußte es allerdings ein Jahr später gemäß dem Thorner Friedensvertrag wieder an den Orden zurückgeben. In der Folge nun taten sich die Lekower mit Fehden und Beutezügen sowie mit Bündnissen mit dem Herzog von Pommern, dem Markgrafen und den Holländern hervor, wie das Ordensbrief-Archiv im Geheimen Staatsarchiv Berlin in einer Fülle von Dokumenten belegt. Doch auch in juristischer Weise brachten die Lekows Klagen gegen den Schivelbeiner Ordensvogt beim Komtur in Danzig vor, die wir heute noch nachlesen können.

Zum Begriff geworden ist die Lekowsche Fehde 1443 [vgl. van Niessen: Geschichte der Stadt Dramburg, 1896, S.95f], die sich letztlich erst mit dem Rückzug des Deutschen Ordens aufgrund des Rückkaufs der Neumark durch Kurfürst Friedrich II. im Jahre 1455 erledigte.

Leider fiel das Familienarchiv um 1500 einem Brand in Lekow zum Opfer. Für die Zeit danach bis 1804 sind die wichtigsten Urkunden in einem genealogischen Verzeichnis des Schivelbeiner Landrates Johann Georg Friedrich v. Lekow genau aufgeführt. So waren zu Beginn des 16. Jh. die Vettern Peter und Jacob v. Lekow Vasallen des Kurfürsten Joachim I. Nestor, eben dessen, der mit dem Unwesen des Raub- und Fehderechts in der gesamten Mark endgültig aufräumte.

Eine festgeregelte Erbfolgeordnung im Sinne des Erstgeburtsrechts gab es in Lekow so wenig wie in deutschen Fürstenhäusern jener Zeit. Alle Söhne eines Markgrafen pflegten zu gesamter Hand belehnt zu sein und führten zuweilen nebeneinander den Markgrafentitel, wenn auch nur einer von ihnen, der älteste, die Würde gegenüber Kaiser und Reich repräsentierte. Die Einheit des Territoriums blieb dadurch gewahrt. Bei zu großer Uneinigkeit wurden freilich auch Gebietsabteilungen für einzelne Erben vorgenommen.



Auch in Lekow wurde der Lehnseid damals von allen männlichen Nachkommen einer Generation geleistet, und zwar dann, wenn der jeweilige Vater starb, und aufs neue, wenn der Lehnsherr, also der Kurfürst starb. Solche Belehnung zur gesamten Hand führte dazu, daß sich unter Umständen bis zu zehn Vasallen das Gut teilen mußten.

War Kurfürst Joachim I. der letzte, der noch fest zu Papst und Kaiser stand, etwa auf dem Wormser Reichstag und auch bei Kaiser Karl V. für Acht und Bann gegen Luther eintrat, so blieben einige Lekows der alten Kirche sehr viel länger treu: Johann v. Lekow (1581-1642) war katholisch geweihter Priester, erhielt aber die „Mutung“, das ist die Anerkennung seiner Ansprüche auf das Lehnsverhältnis, vom streng lutherischen Kurfürsten Joachim Friedrich 1603, sodann vom zum Calvinismus konvertierten Kurfürsten Johann Sigismund 1615, und wurde schließlich als Vasall des calvinistischen Kurfürsten Georg Wilhelm 1629 vereidigt.

Damit spielte Lekow freilich eine politische Sonderrolle in der Mark, und so nimmt es nicht wunder, daß Johann v. Lekow als Vertrauensmann des Heiligen Stuhls während des Dreißigjährigen Krieges in der Mark agierte – mit keinem geringeren Anspruch als dem, den Kurfürsten in den Schoß der Mutter-Kirche zurückzuführen. Auch Kardinal Melchior Khlesl, als Rektor der Wiener Universität und Minister des Kaisers Mathias stärkster Förderer der katholischen Restauration, setzte große Hoffnung in die politischen Fähigkeiten Johann v. Lekows [Schreiben Khlesls vom 16. Sept. 1628 an die Päpstliche Propaganda in Rom]. Lekow erhielt in dieser Zeit sogar die Unterstützung des polnischen Königs Wladisław IV. Sigismund, wie Antonio Santa Croce, der päpstliche Nuntius in Warschau, am 3. April 1637 nach Rom schrieb. Johann v. Lekows jahrzehntelange Bemühungen sind in den Dokumenten der Propaganda im Vatikan ausführlich belegt, z. T. abgedruckt in: Preussen und die Römische Kurie Bd. I: die vorfriederizianische Zeit (1625-1740), Berlin 1910. Die Märkische Missionstätigkeit v. Lekows wurde am 18.7.1639 dem Nuntius von Köln übertragen.

Johann v. Lekow war Herr auf ein Fünftel, später ein Viertel Lekow; noch zwei Brüder und zwei verfeindete Vettern hielten das Gut zur gesamten Hand. Die Vettern teilten sich Stücke ab und erhielten darüber separate Lehnsbriefe 1622. Johann lebte im Zölibat, und auch seine Brüder hinterließen keine Nachkommen, so daß ihr Erbteil wieder in die Gesamtmasse zurückfiel.

Mit dem Aufstieg des Großen Kurfürsten hielt auch der Wohlstand in Lekow Einzug: Eustachius v. Lekow (1640-1701) konnte es sich erlauben, das heute noch erhaltene Renaissanceschloß zu bauen, dessen Pracht erst vierzig Jahre später durch den Barockbau der Borckes auf Stargordt übertroffen wurde. Sicher rechnete Eustachius v. Lekow nicht damit, daß keiner seiner fünf Söhne einst einen Erben hinterlassen würde. Aus der Ehe seines Vetters Eustachius Adrian v. Lekow mit Elsa Catharina v. Kleist gingen vier Söhne hervor, aber von zu dieser Zeit neun zur gesamten Hand belehnten Brüdern und Vettern hinterließen nur zwei überhaupt Nachkommen.

Der letzte Markgraf, der sein Erbe zur gesamten Hand an seine Nachkommen gab, war Friedrich Wilhelm, der Große Kurfürst. Sein Sohn Friedrich III. (der spätere König) focht das Testament 1688 aber an und ließ es dann für ungültig erklären, um das Alleinerbe zu erlangen. Einen Bruder stellte er noch damit ruhig, daß er ihn als Markgraf von Küstrin regieren ließ, aber mit dessen Tod war dann die Primogenitur in Brandenburg manifest.

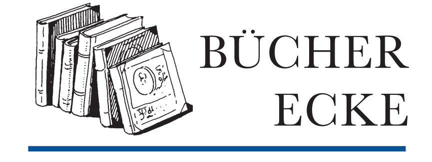
In dieser Zeit wich das alte Lehnsverhältnis zwischen natürlichen Personen allmählich einer modernen Militär- und Verwaltungsstruktur. Die letztgenannten neun Vasallen v. Lekow des Kurfürsten Friedrich III. wurden nur noch in der „Neumärkischen Lehnskanzlei“ bestätigt, und im wesentlichen leisteten sie ihren Offiziersdienst in der preußischen Armee, wo sie in den Nordischen Kriegen großteils fielen. Die beiden Brüder, die auf Nachkommen blickten, einigten sich dahingehend, daß Eustachius Friedrich durch Georg Adrian mit Geld abgefunden wurde. Georg Adrian v. Lekow wurde dann 1713 noch einmal durch König Friedrich-Wilhelm I. persönlich als einziger Lekower Vasall bestätigt. Wie in der Mark, so galt auch in Lekow fortan die Primogenitur.

Künftig war es an den nichterbenden Söhnen, preußische Offiziersstellen auszufüllen. Christian Reinhardt v. Lekow (1705-77) kümmerte sich als erster alleiniger Erbherr um die landwirtschaftlichen Belange. Sein Bruder Johann Georg v. Lekow, einst Page am Hofe König Friedrich I., später Kommandant des Forts Preußen bei Stettin, geriet als Oberstleutnant bei der Eroberung von Glatz 1760 in österreichische Gefangenschaft. Auch sein Bruder Joachim Friedrich v. Lekow diente Friedrich dem Großen im Siebenjährigen Kriege; als Generalmajor in der Schlacht bei Zorndorf schwer verwundet (25.8.1758), nahm er doch an der Schlacht bei Meißen wieder teil und geriet dort in österreichische Gefangenschaft (21.11.1759). Ein weiterer Bruder, Friedrich Wilhelm v. Lekow, war ebenfalls Oberstleutnant und Ritter des Ordens Pour le Merite, nahm aber während des Krieges (1758) seinen Abschied, um die Herrschaft auf dem schlesischen Gute seiner Ehefrau anzutreten (Pfaffendorf bei Schmiedeberg).

Die Lekows hatten eheliche Bande in die großen Familien Pommerns und Brandenburgs, als da sind die Hohenzollern, die Lettows, die Manteufels, die Ostens, die Kleists, die Flemmings, die Goltz', die Wedells u. a.

(Fortsetzung folgt)

Gotthard Sinapius



Mühlen und Wasserkraftwerke in Pommern
Detlef Schnell
Edition Pommern
ISBN 978-3-939680-46-8

250 Seiten mit zahlreichen Abbildungen € 24,95 (D)
Broschur
Größe 16 cm x 22 cm

Beschreibung:
Zahlreiche Windmühlen und Wasserkraftwerke prägten einst unsere Landschaft. Begeben Sie sich mit uns auf eine Entdeckungsreise durch Vor- und Hinterpommern und schenken sie diesen faszinierenden Bauten ihre Aufmerksamkeit. Der Autor erarbeitet eine Übersicht aller noch vorhandenen Mühlen in Pommern, nicht nur die wunderschön erhaltenen, sondern auch wenn nur noch Ruinen vorhanden sind. Somit wird in diesem Buch zum ersten Mal der aktuelle Bestand erfasst, vorgestellt und mit Fotos dokumentiert.

Zwei berühmte, aus Stettin gebürtige Physiologen

Rudof Höber (1873 - 1953) und Albrecht Bethe (1872 -1954)

Die Kurzfassung stammt von Professor Dr. Hermann Manzke, der den Vortrag am 8.8. 2018 im Hotel Viktoria vor dem HAST nach dem Ausflug nach Stettin - Hökendorf hielt.

Obwohl beide fast gleichaltrigen Physiologen keine Klassenkameraden waren, bestand zwischen ihnen von früher Jugend an eine tiefe Freundschaft, die sie später auch im Erwachsenenalter und im Berufsleben fortsetzten. Der Vater von Albrecht Bethe war Hausarzt der Familie Höber. Beide besuchten außerhalb ihrer Schulen nachmittags einen naturwissenschaftlichen Kurs, der von den Ärzten für naturwissenschaftlich interessierte Schüler gehalten wurde und sammelten dort bei den Exkursionen Pflanzen, Insekten und niedere Tiere, mikroskopierten diese und lernten dabei, diese zu systematisieren und zeichnerisch darzustellen. Beide Freunde studierten nach dem Abitur zusammen in Freiburg Medizin. Nach dem Tod von Rudolf Höbers Vater trennten sich ihre Wege. Der Onkel von R. Höber, Isidor Rosenthal, ein bekannter Physiologe, holte ihn zu sich nach Erlangen und weckte in ihm das Interesse für sein Fachgebiet. Rudolf Höber beschäftigte sich von nun an speziell mit der Bioelektrizität der Zellen und schrieb über dieses neue Fachgebiet ein Buch, das auch ins Englische übersetzt wurde und bis heute zum Standardwerk der Biophysik gehört. Er entwickelte neue Methoden zur Messung und Registrierung von elektrischen Strömen und befasste sich insbesondere mit der isolierenden Eigenschaft von Zellmembranen. Innerhalb der Zellen besteht ein elektrisches Potential von -80 mVolt gegenüber dem äußeren Milieu. Durch Zusammenbrechen und Wiederherstellen der Ladungskapazitäten in den Zellen entstehen Aktionsströme, die z.B. über dem Herzen im EKG und über der Oberfläche des Gehirns im EEG gemessen werden können. Rudolf Höber förderte auch nachdrücklich andersartige Forschungsgebiete in seinem Kieler Institut.

Sein erfolgreichster Schüler war Otto Meyerhof, der für seine Arbeiten über den Energiestoffwechsel des Muskels (Milchsäurezyklus) zusammen mit dem britischen Physiologen A.V. Hill 1922 den Nobelpreis erhielt. Ende 1933 musste R. Höber wegen seiner „halbjüdischen“ Abstammung Deutschland verlassen.

Albrechts Bethes Hauptinteresse galt anfangs der Meeresbiologie. Häufig reiste er bereits als Student und später als promovierter Physiologe nach Neapel, um in den hervorragend ausgerüsteten Laboren seines Stettiner Landsmanns Anton Dohrn in der Stazione Zoologica wissenschaftlich zu arbeiten. Seine Beschäftigung mit der Meeresbiologie war auch der Hauptgrund, warum man ihn unter Einfluss seines Freundes als Nachfolger von Victor Hensen, dessen Spezialgebiet die Fischerei- und Meeresbiologie war, auf den Lehrstuhl der Physiologie nach Kiel berief. Die Meeresbiologie trennte sich jedoch von der Medizin als eigenes Fach und Albrecht Bethe übernahm an der neu geschaffenen Stiftungsuniversität in Frankfurt den Lehrstuhl für Physiologie. Er galt als ein guter Organisator. Hier beschäftigte er sich vor allem mit der Neurophysiologie und mit der Wiederherstellung der Funktion durchtrennter Nerven. Der Begriff der neuronalen Plastizität, d.h. der Übernahme der Funktion von zerstörtem Nervengewebe durch andere Nerventeile, wurde von ihm geschaffen. Albrecht Bethe ist der Vater des Physik-Nobelpreisträgers Hans Bethe, der zusammen mit Albrecht Einstein, Max Planck und Werner Heisenberg zu den berühmtesten deutschen Physikern des 20. Jahrhunderts zählt.

Brigitte Klesczewski

TERMINE



1. bis 5. Oktober 2018 in Külz und Misdroy

Verständigungspolitische Tagung des Pommerschen Kreis- und Städtetages

Info und Anmeldung:
Margrit Schlegel
Tel. 0208 / 48 59 50
Mail: ma.schlegel@gmx.net

Mehr Selbst- und weniger Fremdenliebe

Zu: Fünf Prozent voraus (Nr. 29)

Ich freue mich, dass der US-Präsident ein Herz für den europäischen Kontinent zeigt und klar zum Ausdruck bringt, dass es sein Wunsch und Wille ist, Europa und seine Identität erhalten zu wollen. Donald Trump hat bereits 2016 im Wahlkampf Bundeskanzlerin Angela Merkel scharf kritisiert und ihre Flüchtlingspolitik als „wahnsinnig“ bezeichnet. Auf metaphysischer Ebene ist ebenfalls zu bejahen, wenn die europäischen Völker in ihrem Wohnraum nicht zur Minderheit werden oder gar verschwinden.

Es geht auch nicht darum zu sagen, wir Europäer seien besser oder höherwertiger als andere, sondern klarzumachen, dass auch wir ein Recht haben, in unseren Ländern die Vorherrschaft zu behalten beziehungsweise wieder herzustellen. Es kann nicht sein, dass unsere Kinder in den Schulen Islam-Verse auswendig lernen müssen oder gar wegen ihrer Herkunft schikaniert werden. Ohne angestammtes Volk wird es auch keine Kultur mehr geben, und die Vielfalt der Welt würde immer mehr abnehmen. In den letzten 100 Jahren sind etliche Ethnien verschwunden und für immer ausgelöscht worden.

Ich möchte, dass die europäischen Kulturen auch 2050 noch existieren. Dazu braucht es eine völlige Umkehrung der heutigen gesellschaftlichen Normen, hin zu mehr Selbstliebe und weniger Xenophilie. **Mag. Klaus Goldmann, Gallneukirchen/Österreich**

Lautlos enteignete Stiftungen

Zu: Lautlose Enteignung (Nr. 34)

Ich habe 2007 unserer Baden-Badener Philharmonie einen drei bis vier Tage dauernden Hornwettbewerb mit Schwerpunkt „Persönlichkeitsbildung“ geschenkt, zur Förderung der Besten der Besten aus der jungen Hornelite in den Musikhochschulen. Längst ist er international begehrt, wie Bewerber aus Indien, Südkorea und Japan sowie aus Südamerika und selbstverständlich aus Europa zeigen. Trotzdem können wir ihn nicht mehr unbeschränkt durchhalten (Stichwort: Nullzinsen dank Regierung, EZB und überhaupt „Europa“).

Die „Lautlose Enteignung“ führt bei diesen Stiftungen insgesamt zu jährlichen Verlusten in Milliardenhöhe. Und das in einer sogenannten Demokratie, die Eigentum angeblich schützt und – wie in unserem Fall – auch noch eine soziale und damit gemeinnützige Kulturförderung darstellt. Toll, oder? **Michael Schuncke, Baden-Baden**

Schein-Einigung

Zu: Die Schlacht ist geschlagen (Nr. 27)

Die Schlacht ist geschlagen? Alles was Merkel und Seehofer vereinbart haben, steht auf sehr wackligen Füßen. Verhandlungen sind nicht nur mit Österreich zu führen. Und ob das die schwierigste Hürde ist, wird sich zeigen. Es ist auch zu bezweifeln, ob die „Balkanroute“ und Italien die Knackpunkte sind. Man sollte sich lieber Gedanken darüber machen, dass es inzwischen verstärkt eine „Spanienroute“ gibt. Es sollte nicht der Fehler wiederholt werden, der mit Italien gemacht wurde, nämlich das Thema Zuwanderung weit über ein Jahrzehnt zu ignorieren. Viele Politiker haben noch vor Monaten erklärt, dass das „mit Italien ja nicht vorhersehbar gewesen sei“.

Ob die SPD dieser Einigung zustimmt? Wohl kaum einheitlich. Wenn es eine Mehrheit geben sollte, dann doch wohl nur, um an der Macht zu bleiben. Die geschlossene Vereinbarung hat bestenfalls eine „Außenwirkung“. Damit ist die Immigrationspolitik nach „innen“ nicht angefasst worden. Das bedeutet, dass weiterhin die gewaltigen Probleme in Deutschland unangetastet bleiben. **Heinz-Peter Kröske, Hameln**

Linke Dreierbande

Zu: Riss durchs linke Lager (Nr. 32)

„Auferstanden aus Ruinen“: Diese Liedzeilen kennt Sahra Wagenknecht aus ihrer „Jungen Pionier“-Zeit bestens. Gekleidet und frisiert wie ihr Vorbild Rosa Luxemburg, versucht nun die Erzkommunistin Wagenknecht mit Unterstützung ihres Ehemannes Oskar Lafontaine, die Wiederbelebung des Bolschewismus in der Bundesrepublik und die Auferstehung des Kommunismus gegen ihre Fraktion durchzusetzen. Dabei wird sie von dem ehemaligen Mitglied im Kommunistischen Bund Westdeutschlands, der momentanen Grünen Antje Vollmer, unterstützt.

Diese „Dreierbande“ versucht nun mit fadenscheinigen Argumenten nicht nur die Linke zu spalten, sondern auch den Bolschewismus hoffähig zu machen. Man kann nur hoffen, dass sie dabei Schiffbruch erleidet und von der politischen Bühne verschwindet. Deutschland braucht eine „Rosa Luxemburg“ nicht. **Dieter Kassenbeck, Rheine**



Linke Reizfigur: Mit ihrer neuen Sammlungsbewegung „Aufstehen“ treibt Sahra Wagenknecht nicht nur einen Keil in die eigene Partei, sondern auch ins „politisch korrekte“ Lager Bild: Imago

Fotomodell Merkel

Zu: „Endspiel“ auf Zeit (Nr. 25)

Ein Bild unserer Kanzlerin hat mir noch nie Freude gemacht. Das hat sich mit der ersten Seite ihrer Ausgabe Nummer 25 geändert. Ein Meisterschuss von einem Bild, den Sie für jeden Foto-Award anmelden könnten. **Arthur Schanz, Overijse, Belgien**

Firmenstiftungen wie die von Carl Zeiss sind immun gegen »Heuschrecken«

Zu: Hedgefonds drängt auf Zerschlagung (Nr. 30)

Einmal mehr scheinen die Gefahren der Fremdeinwirkung auf Deutsche Wirtschafts-Schwergewichte durch ausländische Beteiligungen sowohl durch deren Führungskräfte, als auch durch die Ex-Regierung Schröder mit ihrer Politik der Deregulierung unterschätzt worden zu sein.

Inwieweit die Regierung Merkel solche Entwicklungen überhaupt zur Kenntnis nimmt und über Schutzmaßnahmen nachdenkt, ist angesichts ihrer ständigen Ablehnung jeglichen Protektionismus' jedenfalls nicht zu bemerken. Sie scheint im Gegenteil die Schrödersche Linie fortzuschreiben und weiterhin ausländische Investoren Teppiche auszurollen.

Das Stiftungsmodell Bosch findet sich seit Langem übrigens auch bei der Zeiss-Stiftung, in deren alleinigem Eigentum sich die Zeiss-Werke befinden. Bemerkenswert bei diesen Stiftungen ist neben ihrer Schutzfunktion für das eigene Unternehmen aber auch die soziale Komponente, die solche Stiftungen mit den Leistungen für ihre Werksangehörigen schon über lange Zeit geleistet haben. Letzteres reichte von einer soliden betrieblichen Altersvorsorge bis zum Bau von vielen Werkswohnungen, in Jena zum Beispiel dem „Volkshaus“ und der Kinderklinik. Jedenfalls solange, bis durch die russische Besatzung nach dem Weltkrieg – ebenso wie aus der Wismut – eine SDAG (Sowjetisch Deutsche Aktiengesellschaft) gemacht wurde, die nach Gründung der DDR in einen VEB (Volkseigenen Betrieb) übergeleitet wurden.

Später musste die Jenaer Stiftung einen jahrelangen Streit mit der bundesdeutschen Stiftung um die Nutzung des bekannten Zeiss-Warenzeichens führen. Es hat nach 1990 vieler Anstrengungen und viel guten Willens bedurft, wieder zum eigentlichen Stiftungsanliegen von Ernst Abbé und Carl Zeiss zu finden. Das alles beweist jedenfalls die Stärke und Überlebensfähigkeit gut gegründeter Stiftungen, welche in Gegenwart angloamerikanischer und chinesischer „Heuschrecken“ nicht einfach als antiquiert abgetan, sondern von der Politik zum Wohl unseres Wirtschaftsstandortes befördert werden sollten. Auch das Modell einer fest verankerten Beteiligung eines Bundeslandes kann ähnliche Sicherheiten bewirken, wie das Beispiel Volkswagen zeigt. **Dietmar Fürste, Rattiszell**

Leserbriefe an: *PAZ*-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Dauerbrenner aus dem Kombinat

Und wenn es nicht kaputt ist, dann läuft es heute noch – DDR-Design war praktisch, gut und einfach unverwüstlich

Ob Rührgeräte, Glühlampen oder Automobile – diese Errungenschaften des real existierenden Sozialismus wurden erst belächelt. In Zeiten des Wegwerf-Konsums wünscht man sich solche Dauerbrenner zurück.

Aus der Rückschau mag man behaupten, dass es sogar gute Hinterlassenschaften von Unrechtsstaaten gibt. Gerade der Mangel führte in der DDR zu Entscheidungen, die sich im Nachhinein als überraschend richtig herausgestellt haben, gerade die Bedingungen des Mangels ermöglichten die Herstellung von Gütern, die noch heute überzeugen – so das „Rührgerät 28“.

Da die DDR-Bauwirtschaft mit der Errichtung der Plattenbauten vor den Toren der Städte genug beschäftigt war, unterblieb vielfach ein Abriss der ruinösen Altstädte, die historischen Bereiche von Görlitz oder Stralsund konnten so fast unangetastet bleiben – und überdauerten mit ihrer ganzen Pracht. Im Westen hätte man solche Produkte in den 1960er und 1970er Jahren derart modernisiert, dass wir heute die Ergebnisse beklagen würden.

Das DDR-Design, ebenfalls in einem Umfeld des Mangels entstanden, wurde zuerst belächelt, geradezu als minderwertig gegenüber westlichem Design angesehen. Das hat sich inzwischen geändert, heute werden DDR-Architektur und Industriedesign aus dem sozialistischen Staat wieder geschätzt, gesammelt und manchmal sogar wiederbelebt.

Designer wie der 1934 geborene und 2014 mit dem Deutschen Designpreis ausgezeichnete Karl Clauss Dietl schufen Werke, die noch heute bekannt und beliebt sind, so das Motorrad „Simson“, die Schreibmaschine „Erika“ oder den „Wartburg“-Pkw.

In einer Eigenschaft unterschied sich das Design diametral vom westlichen. DDR-Automobile und DDR-Hausgeräte mussten sich nicht auf einem freien Markt behaupten, sie wurden nicht in übermäßiger Stückzahl hergestellt. Ganz im Gegenteil fand jedes DDR-Produkt sofort seinen dankbaren Abnehmer, der es dann so lange wie möglich nutzen wollte und sollte. In einer Mangelwirtschaft war der regelmäßige Neukauf nicht möglich und auch nicht erwünscht. Die Produktgestaltung hatte – anders als im Westen – deshalb auch nicht die Aufgabe, die Konsumenten zu einem Kauf zu überreden. Regelmäßige Modellwechsel mit neuen Farben und Formen waren nicht notwendig.

Technik hatte in der DDR lange zu halten und sollte reparierbar sein. Geplante Obsoleszenz, also eingebauter schneller Verschleiß, war kein Thema. Glühlampen von „Narva“ hielten länger als die Westexemplare und auch Fotokameras von „Praktica“, Objektive von „Pentacon“ und Radiogeräte von „Heliradio“ hatten dank ihrer Solidität einen guten Ruf.

Zur Ikone des DDR-Design avancierte der Mixer „RG28s“. Er wurde seit den 1970er Jahren beim volkseigenen Betrieb „AKA“ in Suhl in hoher Stückzahl produziert. Dem „Rührgerät 28“, das unter dem Markennamen „Privileg“ auch im Westen verkauft wurde, ging der Ruf voraus, unverwüstlich zu sein. Wo heute asiatische Produkte, aus preiswerten Komponenten zusammengefügt, bei harter Beanspruchung schnell versagen, begleitete und begleitet der RG28s (es wurde auch die Version RG28e mit stufenloser Leistungsregelung hergestellt) die Hausfrau und den Hausmann nicht nur über Jahre, sondern über Jahrzehnte.

Noch heute kann man 40 Jahre alte und noch voll funktionsfähige Exemplare über das Internetauktionshaus Ebay erwerben, wobei die Preise oftmals die von nagelneuen Mixern moderner Herstellung übersteigen, nicht selten werden 60 oder gar 70 Euro aufgerufen. Kaufen lässt sich zudem noch vielfältiges Zubehör – vom Pürierstab bis zum Rohkostaufsatz –, das sich über eine Kupplung an den Mixer anschließen lässt.

Im Internet sind auf YouTube Filme zu sehen, die zeigen, wie der „Mixer des Volkes“ (so ein Filmtitel) zu reinigen und zu warten ist. Alle Teile des Mixers lassen sich auseinander schrauben – es gibt keine verklebten Bauteile. Zudem sind die verwendeten Materialien hochwertig, so ist der Motor schwerer als der von billigen China-Rührgeräten. Falls doch mal ein Teil ausfallen sollte, lassen sich bei Ebay immer noch Ersatzteile finden.



„Mixer des Volkes“: Das „AKA electric RG28s“ aus dem Kombinat VEB Elektrogerätewerk Suhl hält ewig Bild: Der Streckenvogel

Angeregt von der lange nach Produktionsende wachsenden Popularität des Geräts hat der Regisseur Reinhard Günzler 2016 einen liebevollen Dokumentarfilm über die RG28 gedreht – „Kommen Rührgeräte in den Himmel?“. In dem Film wird der DDR-Mixer als besonders nachhaltiges Produkt herausgestellt – „es gibt noch Dinge, die uns nicht im Stich lassen, zum Beispiel mein neues altes Rührgerät“.

Durch die jahrzehntelange Nutzungszeit und die Reparaturmöglichkeit ist die Ökobilanz des DDR-Mixers besser als die der meisten aktuellen Küchenhilfen, die oft nach wenigen Jahren des Gebrauchs entsorgt werden.

Mit diesen, heute vorbildlichen Eigenschaften steht das RG28 nicht alleine. Auch andere DDR-Produkte galten als leicht reparierbar und sind im Grunde ewig haltbar. Das Kleinkraftrad „Schwalbe“ – offiziell als „Simson KR51“ bezeichnet – wurde ebenfalls im thüringischen Suhl gebaut. Das Design orientiert sich am Baukastenprinzip – die wesentlichen Teile lassen sich mit wenigen Handgriffen austauschen. Das Kleinkraftrad ist bis heute beliebt, hat einen guten Ruf. Um diesen Vertrauensvorschuss auszunutzen, sicherte sich das Münchner Unternehmen Govecs die Rechte am „Simson“ und vertreibt nun unter dem Markennamen „Schwalbe“ und mit altem Erscheinungsbild ein ganz modernes, rein elektrisches Moped.

Dank herausragender Designer, die aus der Ressourcenknappheit im Sozialismus eine Tugend machten, dank beabsichtigter Reparierbarkeit und dank des Baukastenprinzips (Simson) und der von vornherein vorgesehenen Erweiterbarkeit (RG28s) kann DDR-Design heute tatsächlich Vorbild sein. *Nils Aschenbeck*

Schwedenfreund mit Kunstverstand

Vor 300 Jahren geboren: der Kunstmäzen Adolf Friedrich von Olthoff – Gut Boldevitz auf Rügen ist sein stolzes Vermächtnis

Hätte Goethe bei Google nachschlagen können, dann wäre ihm nicht dieser Fehler unterlaufen: Aus Gut Boldevitz auf Rügen machte er „Bolwitz“. So steht es in seiner Biografie des Künstlerfreundes Jakob Philipp Hackert von 1811. Dieser hatte Wandmalereien nicht nur im Gutshaus des vor 300 Jahren geborenen Kunstmäzens Adolf Friedrich von Olthoff ausgeführt, sondern auch in dessen Stadthaus in Stralsund. Stadthaus und Gut erstrahlen inzwischen nach umfangreicher Sanierung in neuer Pracht.

Besonders Boldevitz beeindruckt mit den berühmten Hackert-Gemälden. Doch ohne Olthoffs Mäzenatentum und Gastgeberrolle gäbe es heute nicht diese Anziehungskraft von Boldevitz, die jährlich unzählige Besucher anlockt. Der einstige Gutsherr von Boldevitz wurde am 7. September 1718 in Strelitz geboren. Nach der auf der Grundlage des Hamburger Vergleichs von 1701 vorgenommenen dritten Landesteilung Mecklenburgs war Strelitz, wo sich zwei Handelswege kreuzten, von Herzog Adolf Friedrich II. von Mecklenburg-Strelitz als Residenz ausgewählt worden.

Hier fungierte Vater Olthoff als Pagenhofmeister. Seinem Sohn verpasste er die Vornamen seines Herzogs: Adolf Friedrich. Später machte Vater Olthoff im Dienst der Regierung von Schwedisch-Pommern mit Sitz in Stralsund Karriere. Er brachte es bis zum Landsyndikus bis dahin, dass er im Alter in den erblichen Adelsstand erhoben wurde.

Sohn Adolf Friedrich absolvierte in Stralsund das Gymnasium, studierte auf Geheiß des Vaters nacheinander in Halle sowie Greifswald Jura und wurde 1738 vom Vater als Adjunkt übernommen. Nach gründlicher Einarbeitung fungierte Adolf Friedrich Olthoff zusätzlich noch als Sekretär der Ritterschaft in Schwedisch-Pommern. Nach dem Rücktritt des Vaters übernahm er gänzlich dessen Amt des Landsyndikus. Dazu weilte der nunmehrige Adolf Friedrich von Olthoff bis 1756 recht häufig als Vertreter der einheimischen Ritterschaft in Stockholm, wo er zudem Kontakte für den Aufbau eigener Geschäfte betrieb. Mit Erfolg.

1757 erhielt er zusammen mit dem Stralsunder Kaufmann Joachim Ulrich Giese die Pacht über die neue Stralsunder Münze. Das versprach hohe Gewinne. Fast parallel stieg er bei der Regierung von Schwedisch-Pommern zum Kanzleirat und dann bei Eintritt Schwedens in den Siebenjährigen Krieg zum Kriegskommissar auf. Die Münze entwickelte sich zunächst erfolgreich. Nur Olthoff hatte Pech, als er Ende Oktober 1759 bei Demmin als schwedischer Kriegskommissar in preußische Kriegsgefangenschaft geriet und nach Berlin verbracht wurde. Erst 1760 kam er wieder frei.

Olthoff erwarb nun zusätzlich zum Stadthaus in Stralsund die Einzelhöfe Darz sowie Zargelitz bei Zirkow auf Rügen, erreichte bei der schwedischen Regierung für seine Münze die Übernahme des minderwertigen preußischen Münzfußes und kaufte angesichts der damit größeren persönlichen Gewinne 1762 das Gut Boldevitz auf Rügen, das er aus- und umbauen ließ und als Kunstfreund ausgestaltete.

Die erste urkundliche Erwähnung von Boldevitz geht auf das Jahr 1314 zurück. Als erste Adelsfamilie ist das Geschlecht derer von Rotermund überliefert. Deren Herrschaft endete mit Caspar Detlov von Rotermund 1711, der von seinen Kriegszügen eine Türkin mit auf das Gut brachte, die als „Ungläubige“ zur Sensation gedieh. Er fand seine letzte Ruhe in der Familiengruft in der Gingster Kirche. Nach mehreren Besitzerwechseln erwarb 1762 Adolf Friedrich von Olthoff das Gut mit dem Herrenhaus, einem „dreigeschossigen Putzbau mit zwei parallelen Satteldächern, wie sie nur auf Rügen überliefert sind“.



Olthoffs zweites Zuhause: Boldevitz um 1860 Bild: Sammlung Duncker

Olthoff empfing auf Boldevitz mit seiner Mutter berühmte Gäste. Die Reihe reicht vom Theologen Johann Joachim Spalding über die Brüder Duncker, die durch ihre Schlösserbände in die Kunstgeschichte eingingen, die Theologen sowie Philosophen Johann Caspar Lavater, Heinrich Füßli und Felix Hess bis zu den Malern Georg David Matthieu sowie Jacob Philipp Hackert.

Besonders Hackert, der vom Schweizer Philosophen Johann Georg Sulzer, der in Berlin als Professor lehrte, an Olthoff empfohlen worden war und schon im Stralsunder Stadthaus Olthoffs in der Ossenreyerstraße seine künstlerischen Spuren hinterlassen hatte, glänzte auf Boldevitz durch seine Leinwandtapeten mit gemalten Ideallandschaften für den Festsaal. Sie überstanden alle Wechselfälle der Geschichte und gehören bis heute zu den bedeutendsten Kunstdenkmälern auf Rügen. Über die Hackert-Kunst auf Boldevitz berichtete schon Johann Wolfgang von Goethe, der mit Hackert nach dessen Boldevitz-Wirken befreundet war.

Olthoff schwamm zunächst auf einer Erfolgswelle, wurde vom Schwedenkönig mit den Friedensverhandlungen mit Preußen beauftragt, die er in Hamburg zum Erfolg führte, wurde zum Wirklichen Regierungsrat Schwedens erhoben und zog sich nach 1763 etwas leichtfertig auf seine Geschäfte als Privatmann zurück. Er genoss das Leben, lebte mit seiner Mutter auf Gut Boldevitz, empfing Gäste und gefiel sich als Förderer junger Künstler.

Dabei lebte er wohl über seine Verhältnisse. Als Schweden das Münzregal über 1763 hinaus nicht verlängerte und die anteilige Gewinnrückzahlung aus der Münze in Stralsund eigenmächtig halbierte, kamen Olthoff und sein Partner Giese ins Schwitzen. Beide konnten aufgenommene Schulden nicht bezahlen. Es begann eine sprichwörtliche Gratwanderung mit neuerlicher Einstellung in den schwedischen Staatsdienst als Regierungsrat, erster Verpachtung von Boldevitz nach 1767 und dann 1777 die Konkurseröffnung. 1780 wurde Gut Boldevitz versteigert. Nach der Entlassung als Regierungsrat wurde er 1787 zum Vizekanzler der Greifswalder Universität gekürt. Aber das kostspielige Mäzenatenleben war vorbei.

Darüber starb Olthoff, der unverheiratet geblieben war, am 30. Juni 1793 in Stralsund. Seine letzte Ruhe erhielt er auf dem St.-Jürgens-Friedhof der Hansestadt. Das Grabmal ist nicht überliefert. Einzig das Stralsunder Stadthaus und Gut Boldevitz auf Rügen erinnern mit ihren Kunstgegenständen an den einstigen Kunstmäzen.

Auf Gut Boldevitz folgte nach der Versteigerung die Adelsfamilie von der Lancken mit ihren verschiedenen Zweigen. Unter Gottfried von der Lancken gab es in Boldevitz die erste „Industrieschule auf Rügen“, die sich an den Ideen von Johann Heinrich Pestalozzi orientierte. Soviel Fortschritt hätte man auf Rügen nicht erwartet. Nach der umstrittenen Hinrichtung von Silvius von der Lancken-Wakenitz-Albedyll nach 1945 und der damit verbundenen Enteignung endete dann die Gutsherrschaft der Familie von der Lancken auf Gut Boldevitz.

Das geschichtsträchtige Gutshaus mit den Hackert-Gemälden erwachte allerdings nach der deutschen Vereinigung und einer Sanierung mit neuen Besitzern in den letzten Jahren zu neuem Leben. *Martin Stolzenau*

Augenöffnende Analyse einer absurden Asylpolitik

Douglas Murray ist hierzulande wenig bekannt. Der 39-jährige englische Autor besuchte das College in Eton und in Oxford und wurde 2000 für seine Biografie von „Bosie“ Lord Alfred Douglas, dem Liebhaber von Oscar Wilde, von der „New York Times“ als „jüngster Biograf Englands“ geehrt.

Heute veröffentlicht Murray in der „Sunday Times“, dem „Guardian“ und dem „Wall Street Journal“. Seine Interessen haben sich erweitert und zugleich fokussiert, was er in seinem neuen Werk „Der Selbstmord Europas. Immigration, Identität, Islam“ (englisch „The Strange Death of Europe“) unter Beweis stellt. Douglas nimmt sich darin das „merkwürdige“ Zuarbeiten der Europäer zu ihrem eigenen Ableben vor, das er mit der sorgfältig recherchierten Geschichte der Einwanderung kulturfremder Ethnien nach Europa parallelisiert. Es ist eine Chronologie der Selbsttäuschungen, der selbst konstruierten Hyperkomplexität rechtlicher Rahmenbedingungen und ihrer misslingenden Umsetzung, der Tabus und Desinformationen und des hilflosen und chaotischen Durchwurstelns, kurz, des Scheiterns auf ganzer Linie.

Was ist geschehen? Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden von der europäischen Industrie zunächst harmlos „Gastarbeiter“ genannte Arbeitskräfte angeworben – vorübergehend, wie man damals glauben machte. In Frankreich unter de Gaulle tauchten dann weitere Probleme auf, die uns heute nur allzu bekannt vorkommen. Die ehemalige Kolonie Algerien, die per Statut 1947 französisches Mutterland geworden war, erkämpfte sich im Algerienkrieg 1962 ihre Unabhängigkeit. Um vor den nunmehr eigenen Diktatoren zu fliehen, konnten Algerier damals als französische Staatsbürger nach Frankreich übersiedeln. De Gaulle hoffte auf eine kleine Minderheit, doch es kam anders.

Der 1965 an die Regierung geputschte algerische Präsident Houari Boumedienne durfte sich noch 1974 vor den Vereinten Nationen mit der Ansage brüsten, dass eines Tages Millionen Männer die südliche Hemisphäre dieses Planeten verlassen und in die nördliche einbrechen würden, um diese zu unterjochen, indem sie den Norden mit ihren Kindern bevölkerten.

Schuldtraumata zerstören eine positive Identität

Inzwischen ist es kein Geheimnis mehr, dass in Moscheen heute Vergleichbares gepredigt wird, und der türkische Präsident sich auf deutschem Boden unwidersprochen ähnlich äußern kann. Eine absurde Asylgesetzgebung, die weder eingehalten werden kann noch – wenn es nach den Befürwortern der Masseneinwanderung geht – überhaupt eingehalten werden soll, strapaziert die Gerichte und wirkt, weil selbst Straftäter nicht abgeschoben werden, im Sinne eines unbegrenzten Bleiberechts. Neunfacher Sozialhilfebezug für eine Person ist da so wenig ein Hinderungsgrund wie falsche Altersangaben und anderer vorsätzlicher Betrug.

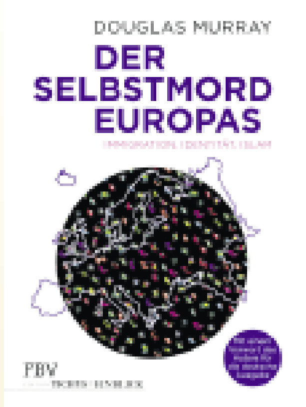
Wäre die Presse tatsächlich so kritisch, wie ihre Vertreter immer behaupten, wäre dieser Wahnwitz längst thematisiert worden. Stattdessen kooperieren Politik und Mainstream-Medien einhellig und in wechselseitiger symbiotischer Verstärkung. Ob Vergewaltigungen oder Mord mit der Machete, die Gebetsmühle predigt: Es braucht mehr Integration. Davon, dass die islamischen Täter teilweise in zweiter oder dritter Generation in Europa leben, kein Wort.

Aufschlussreich sind auch Murrays Beobachtungen zum ähnlich destabilisierten Selbstverständnis anderer „weißer“ Länder. Was für Deutschland die historische Schuld des Holocaust darstellt, ist für die Briten der Kolonialismus und für die Australier der Genozid an den Aborigines – ein Verhängnis ohne Aussicht auf Erlösung. Zur Verarbeitung der Schuldtraumata werden eigene Rituale entwickelt, in Australien etwa sogenannte Entschuldigungsbücher (Sorry Books) verfasst, gar ein nationaler Entschuldigungstag (National Sorry Day) ins Leben gerufen. Aber auch ein im Zweiten Weltkrieg neutrales Land wie Schweden hat sein Schuldkonto. Es versagte, indem es sich mit Rohstoflieferungen an Deutschland moralisch diskreditierte.

Unmerklich nehmen diese Selbstbezichtigungen und die Zerstörung einer positiven Identität, wie Murray beobachtet, wahnhafte, ja pseudoreligiöse Züge an.

Es ergibt sich das Bild von einem zynischen bevölkerungspolitischen Experiment, dessen Regisseure diskret im Hintergrund bleiben und unaufhaltsam Verhältnisse schaffen, die mit dem alten Europa nicht mehr viel zu tun haben. Gebannt folgt man den glasklaren Beobachtungen Murrays und wird zugleich gewahr, wie belanglos die täglichen Berichte darüber sind, was die Bundeskanzlerin zu diesem oder jenem Debattendetail vermeldet, das sie nur an der Oberfläche ankratzen oder polieren.

Murray benennt klarer, recherchiert gründlicher und argumentiert schlüssiger. Beobachtungen vor Ort, etwa im italienischen Lampedusa oder zum griechischen Schlendrian, ergänzen seine Protokolle und Analysen. Vom Einzelfall bis zum großen Allgemeinen hat der streitbare Publizist ein umfassendes Kompendium der fatalen Irrtümer der Masseneinwanderung vorgelegt. Augenöffnend! *Lars Keiser*



Douglas Murray: „Der Selbstmord Europas. Immigration, Identität, Islam“, *Finanzbuchverlag 2018, gebunden, 384 Seiten, 24,99 Euro*

Ehrliches Verständnis

Das große Angebot der Heimatliteratur hat in diesem Jahr eine Neuerscheinung erfahren, die mehr als einen Blick verdient und die sich als gewinnbringende Lektüre herausstellt. In „Letzte Fahrt nach Königsberg“ beschreibt Ulrich Trebbin die auf wahren Begebenheiten basierende Geschichte einer Frau, die es im Frühjahr 1945 nach Potsdam verschlagen hat, und die das Unmögliche wagt: noch einmal zurück in ihre Heimatstadt, noch einmal zurück nach Königsberg. Und dies in einer Zeit, in der die Front bereits unaufhaltsam nach Westen rückt. Auf zwei Zeitebenen – der Gegenwart am Ende des Krieges und den noch frischen Erinnerungen an das frühere Leben in Königsberg – entfaltet sich die alte Stadt.

Königsberg in der Nachkriegszeit

Wer Königsberg kennt, wird angenehm berührt sein, wie akkurat der Autor das Lokalkolorit getroffen hat, nicht nur in der Beschreibung der Straßenzüge, sondern auch im Geschmack und in dem Geist der Zeit. Die Farben und Geräusche zwischen Maraunenhof und dem Fischmarkt am Pregel sind so klar beschrieben, als wäre Trebbin direkt aus der Vergangenheit gekommen, um uns Heutigen zu berichten.

Dies alleine lohnt bereits die Lektüre. Doch das Buch ist mehr. Der Autor hat das Unmögliche geschafft, und die Protagonisten in dem Ausnahmezustand ihrer Zeit so lebensnah geschildert, als würden sie als reale Personen neben uns stehen. Er belässt es nicht dabei: Auch die Situation der Menschen, die auf der Seite der Kriegsgegner wirkten oder zu wirken hatten, wird evaluiert.

Die feineren seelischen Schwingungen, welche die Figuren antreiben, vereinnahmen oder belasten sind sehr einfühlsam geschildert. Mit menschlicher Anteilnahme werden Ursachen und Folgen in Worte gefasst. Das Buch ist sehr menschlich geschrieben und psychologisch ausgereift, dabei aber gefasst in der Sprache. Die Geschichte wird glaubwürdig erzählt, der Lesefluss ist angenehm und jederzeit nachvollziehbar durch in sich abgeschlossene Kapitel. Der Autor führt souverän durch das Geschehen. Lokale Orientierungspunkte und eine Stadtkarte im Buchumschlag geben eine zusätzliche Information.

In der Behandlung des Themas bleibt Trebbin seriös und bodenständig. Man merkt, dass er sich als Nachgeborener ernsthaft und tief in die ostpreußische Tragödie hineingearbeitet hat. Trebbin wurde 1967 geboren und ist ein Nachfahre aus der Familie von Max Aschmann, welcher 1903 der Stadt durch eine Stiftung von 100 000 Mark den nach ihm benannten Park in Königsberg-Maraunenhof zum Geschenk gemacht hat. Der Park besteht heute noch.

Die „Letzte Fahrt nach Königsberg“ ist geprägt von ehrlichem Verständnis für das Schicksal der Erlebnisgeneration auf allen beteiligten, von Einfühlungsvermögen, Anteilnahme und auch von Liebe. Die Nachkommen haben somit ein Buch, das ihnen dabei helfen kann, die Sorgen und Nöte ihrer Angehörigen zu verstehen. Man kann sich vor diesem Werk nur verbeugen, und man sollte es auch nach der Lektüre griffbereit im vorderen Bereich seines Bücherregales halten. *Jörn Pekrul*



Ulrich Trebbin: „Letzte Fahrt nach Königsberg“, *btb Verlag, München 2018, gebunden, 352 Seiten, 20 Euro*

Autor deckt die Profitgier der Tomatenindustrie auf

Sie ist eine der beliebtesten und weltweit am meisten konsumierten Gemüsesorten: die Tomate, roh oder verarbeitet. Sie ist Hauptbestandteil von Tomatenketchup, wird in mehrfach konzentrierter Form zu Tomatenmark und steckt in zahllosen Fertiggerichten und Soßen. Unter welch haarsträubenden Bedingungen Tomaten in Südeuropa oft von illegalen Migranten aus Afrika geerntet werden, ist hinreichend bekannt. Dass in China aber Frauen mit Säuglingen auf dem Rücken und Kinder in praller Sonne im Akkord Industrietomaten pflücken, ahnt hier niemand, ebenso wenig, dass in Italien abgefüllte oder verarbeitetes Tomatenkonzentrat großenteils aus China stammt.



Herkunft ist oft kaum nachvollziehbar: Industrietomaten

Der junge französische Journalist Jean-Baptiste Malet ist den Tomaten zwei Jahre hinterhergereist, um in Kalifornien, Südeuropa, Ghana und China mit Arbeitern und Produzenten sowie einigen Hauptakteuren der international aufgestellten Großkonzerne zu sprechen. In seinem Buch „Das Tomatenimperium. Ein Lebensmittel erklärt den globalen Kapitalismus“ deckt er die teilweise undurchsichtigen Strukturen der lukrativen Tomatenindustrie auf. Produktion und Verarbeitung sind global arbeitsteilig vernetzt, und diese Verbindungen wurden im Laufe des 20. Jahrhunderts stetig weiter ausgebaut.

Dieses Buch lässt den aufmerksamen Leser zurückprallen, doch es lässt ihn auch nicht los. Sein Autor liefert den Nachweis dafür, dass der in unserem Wirtschaftssystem tolerierte grenzenlose Wettbewerb einiger Großkonzerne längst zu einer besinnungslosen Jagd nach immer größeren Weltmarktanteilen ausgeufert ist. Im Spiel um das rote Gold werden Menschen, auch Kinder, ebenso wie die Natur und die Umwelt rücksichtslos und meist ganz legal ausgebeutet. Fast unvermeidlich war wohl die Einmischung der italienischen Mafia. Malet deckt auf, dass kriminelle Gruppen in großem Stil Gammel-Tomatenkonzentrat aus Italien in afrikanische Länder verschoben haben.

Als preiswertes rohes Gemüse sind Tomaten das ganze Jahr über im Supermarkt erhältlich. Was billig ist, wird auch billig produziert. Alles begann mit dem kometenhaften Aufstieg des Ketchup-Herstellers Henry J. Heinz (1844–1919) in Pittsburgh, US-Bundesstaat Pennsylvania. Spannend wie ein Roman liest sich die Geschichte der Heinz Company, des weltweit größten Abnehmers von Tomatenkonzentrat zur Herstellung von Ketchup und Soßen. Hier wurden schon vor über 100 Jahren ausgeklügelte Werbestrategien entwickelt, um den Verbraucher gezielt in seiner Verkaufsentscheidung zu lenken. In einer Verarbeitungsfabrik der ebenfalls weltweit operierenden italienischen Petti-Gruppe nahm der Verfasser hochmoderne Sortiermaschinen in Augenschein, wo Soßen in Flaschen kontrolliert werden. Wie Heinz unternahm auch die 1925 gegründete Petti-Gruppe schon frühzeitig einen globalen Vorstoß, um nach der Erschließung neuer Märkte in Afrika und dem Nahen Osten ihre Produkte in diese Länder zu liefern.

Wie es dazu kam, dass China seit den 1980er Jahren ein immer größerer Produzent von Industrietomaten wurde und sich bald darauf auch mit Verarbeitungsfabriken italienischen Ursprungs eindeckte, ließ sich Malet von einem greisen chinesischen General erzählen. Dieser Pionier des chinesischen Tomatenanbaus knüpfte als Erster Kontakte zu den großen westlichen Produzenten. Von ihm erfuhr er, dass in der uigurischen Region Xingjiang Millionen von Lagerhäftlingen seit Jahrzehnten auf den staatlichen Tomatenplantagen schuften.

Schließlich sind da noch diverse chinesische Unternehmen der Konservenindustrie, die in Afrika Millionen von Dosen mit gepanschtem Tomatenmark aus Karotten, Stärke, Dextrose, Farbstoffen und anderen „geheimnisvollen“ Inhaltsstoffen in Umlauf bringen. Dies erfuhr Malet auf der Ernährungsmesse SIAL (Salon International de l'Alimentation) in Villepinte, Frankreich, wo er sich als Unternehmer ausgegeben hatte.

Zuletzt schlägt er den Bogen in die Politik. Genau dort müsste sein Buch hohe Wellen schlagen – wird es aber nicht, denn die Politik tut, wozu sie berufen zu sein scheint. Sie schaut weg. *Dagmar Jestrzemski*

Jean-Baptiste Malet: „Das Tomatenimperium. Ein Lebensmittel erklärt den globalen Kapitalismus“, *Eichborn Verlag, Frankfurt am Main 2018, broschiert, 286 Seiten, 18 Euro*

Wieder richtig hören

Immer mehr Menschen sind von Hörproblemen betroffen, und viele von ihnen glauben, sich nach unzähligen Arztbesuchen damit abfinden zu müssen. Dass dem nicht so sein muss, beschreibt der Akustiker Anton Stucki in seinem Buch „besser hören – leichter leben“, dessen Ziel es ist, die Hörfähigkeit Schritt für Schritt wieder aufzubauen. Denn die Ursachen für schlechtes Hören, besonders im Alter ist: „Wir verlernen richtiges Hören durch Belastungen oder bestimmte Ereignisse im Leben“. Tinnitus etwa entstehe oft durch Fehlhaltungen. Verspannungen und schiefe Körperachsen führten dazu, dass die Schallwellen verfälscht übertragen würden.

Der in Zürich geborene Akustiker praktiziert seit zehn Jahren im Süden Brandenburgs. Er hat einen speziellen „Naturschallwandler“ entwickelt, der den Schall wie in der Natur abstrahlt. Das im Buch vorgestellte Verfahren beruht auf physikalischen Grundlagen und geht davon aus, dass das Gehör genauso trainiert werden kann wie der Körper beim Sport.

Theoretische Grundlagen, Übungen, Fotos und zahlreiche Fallbeispiele von Betroffenen, denen er helfen konnte, zeigen, dass neben Unfällen traumatische Erlebnisse und nicht zuletzt Lärm und Stress zum Hörverlust beitragen. Das Buch soll helfen, das Gleichgewicht wiederherzustellen. *Manuela Rosenthal-Kappi*



Anton Stucki: „besser hören – leichter leben. Wie Sie Ihre natürliche Hörfähigkeit wiederherstellen“, *at Verlag, Aarau und München 2018, gebunden, 240 Seiten, 25 Euro*



Richard Freiherr von Rosen
Als Panzeroffizier in Ost und West
Im Panzer III, Tiger und Königstiger in Russland, Frankreich und Ungarn
Am 22. Juni 1941 beginnt mit dem Unternehmen „Barbarossa" für Richard Freiherr von Rosen als Richtschütze im Panzer III der Krieg gegen die Sowjetunion. Im Rahmen der 4. Panzerdivision in der Heeresgruppe Mitte eingesetzt, erlebt er seine Feuertaufe beim schweren Kampf seines Regiments um Stary Bychow. Nach seiner Versetzung zur schweren Panzerabteilung 502 kämpft er ab Januar 1943 mit dem Panzer VI „Tiger" zunächst in der Kalmückensteppe. Noch im selben Jahr nimmt Rosen – jetzt als Leutnant und Zugführer bei der 3. Kompanie der Tigerabteilung 503 – an der Operation „Zitadelle", der größten Panzerschlacht des Zweiten Weltkriegs teil. Es folgen Einsätze an der Invasionsfront in der Normandie und die Operation „Horthy" sowie die Rückzugskämpfe der schweren Panzerabteilung 503 in Ungarn mit „Königstigern". Format 24 x 30 cm. 445 Abb. 320 S.
Nr. P 540044 Gebunden mit Schutzumschlag 29,95 €



Franz Kurowski
1939 – So war der 2. Weltkrieg
Das Jahr der Entscheidung
174 S/W-Abbildungen, 376 Seiten/Gebunden
Nr. P 575710 14,95 €

Der vorliegende Band führt den Leser von den letzten politischen Entscheidungen zu den Schauplätzen kriegerischer Auseinandersetzungen. Der Einsatz der „Legion Condor" im spanischen Bürgerkrieg und der Polenfeldzug bildeten den Auftakt der militärischen Ereignisse im ersten Kriegsjahr. Es folgen die Einsätze zu Wasser und in der Luft. Hier wird an die tollkühne Fahrt von Günter Prien bei Scapa Flow ebenso erinnert wie an den Todeskampf der „Admiral Graf Spree" in der La-Plata-Mündung. Der russisch-finnische Winterkrieg, die erste Luftschlacht über der Deutschen Bucht und die Angriffsvorbereitungen im Westen runden dieses Werk ab und geben ihm zugleich einen Ausblick auf das Kriegsjahr 1940.



Franz Kurowski
1940 – So war der 2. Weltkrieg
Blitzkriege
303 S/W-Abbildungen, 496 Seiten/Gebunden
Nr. P 575711 14,95 €

Das zweite Kriegsjahr brachte eine Fülle von Einsätzen auf beiden Seiten. Der Norwegen- und der Westfeldzug haben die Geschehnisse zwar bestimmt, doch die erregenden Zwischenspiele der englisch-französischen Diplomatie, auch der französisch-englische Bruderkrieg, haben die besonderen Akzente gesetzt. Ebenso der italienische Angriff auf Griechenland, die Offensive in Afrika und der Einsatz der Flotte im Mittelmeer. Rumänien und sein Erdöl, wie der geheime Krieg um den Besitz der Erdölfelder, bestimmten dieses Jahr mit. Die Ausweitung des Bombenkrieges, der Beginn der „Schlacht im Atlantik" mit den ersten großen Rudelschlachten und der „Nacht der langen Messer" führten schon hin zu jener Übersteigerung, die diesen Krieg zum allgemeinen Weltbrand werden ließ.



Franz Kurowski
1941 – So war der 2. Weltkrieg
Der Weg zum Weltkrieg
227 S/W-Abbildungen, 520 Seiten/Gebunden
Nr. P 575712 14,95 €

Das dritte Kriegsjahr brachte die Eskalation des Krieges zum Weltkrieg. Mit dem Feldzug in Afrika begann ein Flächenbrand, der sich bald über Jugoslawien nach Griechenland ausdehnte und mit der Luftlandeoperation gegen Kreta seinen grausigen Höhepunkt erreichte. Zur See kam es zu dramatischen Kämpfen. Die Tonnagekönige Kretschmer, Prien und Schepke fielen im Kampf gegen Geleitzerstörer aus. Die „Bismarck" siegte und – wurde besiegt. Der Feldzug gegen die Sowjetunion mit seinen großen Kesselschlachten, der Sturmlauf gen Leningrad und das Ende der Offensive vor Moskau umreißen einen opfervollen Kampf. Der japanische Angriff gegen Pearl Harbor und die atemberaubenden Kampfaktionen gegen die Inseln im Pazifik bilden den Schlußpunkt des Jahres 1941.



Franz Kurowski
1942 – So war der 2. Weltkrieg
Die Welt im Krieg
174 S/W-Abbildungen, 456 Seiten/Gebunden
Nr. P 575713 14,95 €

Das vierte Kriegsjahr hatte die Ausweitung des europäischen Krieges zum Weltkrieg gebracht. Auf dem Ostkriegsschauplatz waren die Gegenoffensiven der Roten Armee zum Stehen gekommen. Die deutschen Soldaten stürmten wieder nach Osten. Der Kaukasus, die Krim und schließlich Stalingrad waren die Ziele. Auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz war Erwin Rommel mit der Panzergruppe, dann Panzerarmee Afrika, erneut angetreten. Sein Ziel: der Nil. Der Luftkrieg über Deutschland und England trat in seine Phase der totalen Vernichtung, die durch die ersten Tausend-Bomber-Angriffe eingeleitet wurden. Im Pazifik kämpften Japan und Amerika den verzweifelten Kampf um den Sieg. Die Niederlage in Stalingrad und in Afrika zeichnete sich ab.



Alfred Rubbel
Im Panzer IV und Tiger an der Ostfront
Das persönliche Kriegstagebuch des Alfred Rubbel 1939–1943
Als Alfred Rubbel, am 28. Juni 1921 in Tilsit geboren, sich im Alter von 18 Jahren im September 1939 freiwillig zur Wehrmacht meldet, ahnt er noch nicht, welch ungewöhnliches Soldatenschicksal ihn erwartet. Nach seiner Versetzung zur Panzerwaffe beginnt für den jungen Soldaten mit dem „Unternehmen Barbarossa" der Russlandfeldzug. Zunächst als Lade-, dann als Richtschütze erlebt er den schnellen Vorstoß nach Osten. Nach Umschulung auf den Panzer VI „Tiger" erfolgt seine Kommandierung zur Tigerabteilung 503, mit der er nun als Panzerkommandant bei der Operation „Zitadelle" und bei der Öffnung des Kessels von Tscherkassy zum Einsatz kommt. Ergänzt wird dieser packende Erlebnisbericht durch mehr als 350 Bilder, Karten und Abbildungen von Originaldokumenten. 256 Seiten.
Nr. P 540008 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €




Franz Kurowski
1943 – So war der 2. Weltkrieg
Die Wende
201 S/W-Abbildungen, 484 Seiten/Gebunden
Nr. P 575714 14,95 €

1943 war das Jahr der Entscheidungsschlachten. Stalingrad ging verloren und der große Rückzug aus dem Kaukasus mündete im Kubanbrückenkopf, der im Herbst 1943 aufgegeben werden musste. Im Mai 1943 erfolgte die Kapitulation der deutschen und italienischen Truppen in Afrika. Sizilien musste geräumt werden und den Alliierten gelang der Sprung auf das italienische Festland. Der U-Bootkrieg im Atlantik wurde im Mai 1943 vorübergehend eingestellt. Die letzte große deutsche Offensive im Osten – Zitadelle – erreichte nicht das gesteckte Ziel. Die Rote Armee setzte zur Gegenoffensive an und die Ostfront konnte nur mit großer Mühe gehalten werden. Im September 1943 fiel die italienische Führung vom Achsenbündnis ab und lief zum Feind über.





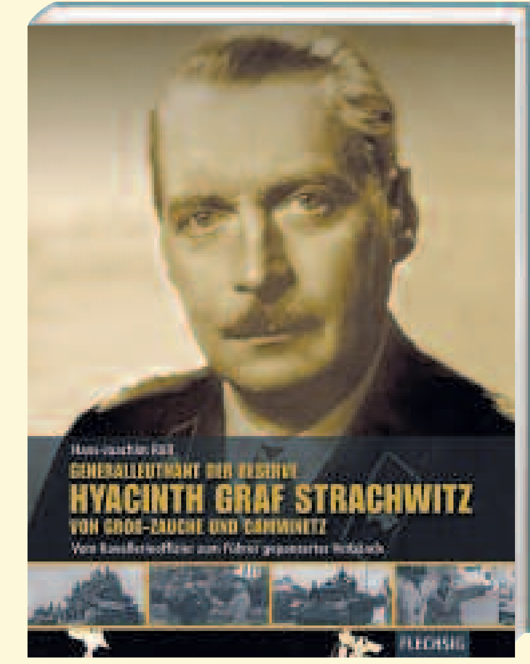
Franz Kurowski
1944 – So war der 2. Weltkrieg
Die Rückzüge bis an die Reichsgrenze
170 S/W-Abbildungen, 456 Seiten/Gebunden
Nr. P 575715 14,95 €

Nach anfänglichen Abwehrerfolgen im Osten brachte das Jahr 1944 den Zusammenbruch der Heeresgruppe Mitte im Sommer 1944.
Im Herbst 1944 drang die Sowjetarmee erstmals auf deutsches Gebiet vor und übte grausame Rache an der Zivilbevölkerung. Rumänien, Bulgarien und Finnland fielen vom Bündnis ab und wechselten die Seiten. Ungarn wurde besetzt. Der Balkan musste schrittweise geräumt werden. In Italien gelang es schwachen deutschen Kräften, den alliierten Vormarsch bei Monte Cassino vorübergehend aufzuhalten. Rom ging erst im Juni 1944 verloren. Mit der Invasion in der Normandie am 6. Juni 1944 kehrten die Alliierten auf den westeuropäischen Kriegsschauplatz zurück. Deutschland rüstete sich zum Endkampf.

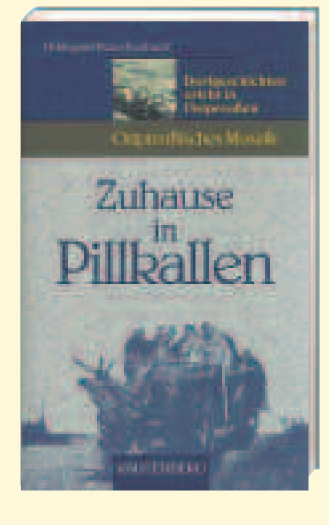


Franz Kurowski
1945 – So war der 2. Weltkrieg
Der Zusammenbruch
213 S/W-Abbildungen, 592 Seiten/Gebunden
Nr. P 575716 14,95 €

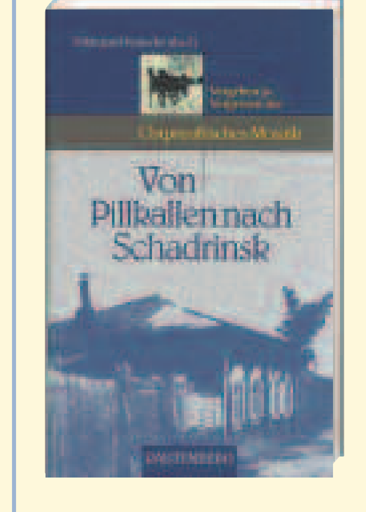
Das siebte Kriegsjahr sah den Zusammenbruch der deutschen Front in West und Ost. Im Endkampf um das Reich standen über dreihundert deutsche Divisionen gegen einen übermächtigen Feind. Von den Ardennen bis zum Rhein, der Kampf im Rheinland und im Ruhrkessel sahen im Westen Einsätze von unvorstellbarer Härte. Im Osten bahnte sich die Rote Armee von der Weichsel zur Oder und von dort in die Reichshauptstadt und weiter bis zur Elbe ihren Weg nach Westen. Eine Spur von Verwüstung und Grausamkeit kennzeichnete ihren Vormarsch. In der Heimat wurden Frauen, Kinder und Greise mitsamt ihren Wohnungen Opfer des alliierten Bombardements. Die deutschen Städte fielen in Schutt und Asche.



Hans-Joachim Röll
Generalleutnant d. Res. Hyacinth Graf Strachwitz
Vom Kavallerieoffizier zum Führer gepanzerter Verbände
Dies ist die Geschichte von Hyacinth Graf Strachwitz. Am 30. Juli 1893 in Groß-Stein in Oberschlesien geboren, gehörte er einem alten schlesischen Adelsgeschlecht an. Nach seiner Kadettenzeit in Lichterfelde ins Regiment „Garde du Corps" aufgenommen und von Kaiser Wilhelm II. persönlich zum Leutnant der Reserve befördert, nahm er am Ersten Weltkrieg als Führer von berittenen Fernspähtrupps im feindlichen französischen Hinterland teil. Im Zweiten Weltkrieg kämpfte er als Führer gepanzerter Verbände im Balkanfeldzug, in Russland, beim Vorstoß auf Stalingrad, der Schlacht um Charkow und bei den Abwehrkämpfen im Frühjahr 1944 im Rahmen der Heeresgruppe Nord. Ausgezeichnet mit den Brillanten zum Ritterkreuz mit Eichenlaub und Schwertern, war er einer der höchst ausgezeichneten Soldaten des Zweiten Weltkriegs. 220 SW-Abb. 193 Seiten.
Nr. P 540015 Gebunden mit Schutzumschlag 24,95 €



Hildegard Rauschenbach
Zuhause in Pillkallen
Dorfgeschichten erlebt in Ostpreußen
In diesem ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt Hildegard Rauschenbach das dörfliche Leben in Ostpreußen und die Zeit ihrer Kindheit und Jugend. Ihre Erlebnisse aus diesen Tagen, Erinnerungen an alte Gehöfte mit ihren Menschen lassen die Vergangenheit wieder lebendig werden.
184 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag
Nr. P 1049 12,95 €



Hildegard Rauschenbach
Von Pillkallen nach Schadrinsk
Vergeben ja, vergessen nie
In diesem zweiten Teil ihrer Autobiografie schildert die Autorin die bewegenden Umstände des Lagerlebens in Sibirien, das sie am eigenen Leib erfahren musste. Sehr oft konnte sie vor Hunger nicht einschlafen, obwohl sie von der schweren Arbeit total erschöpft war. Hoffnungslosigkeit griff um sich.
192 Seiten/Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 5055 12,95 €

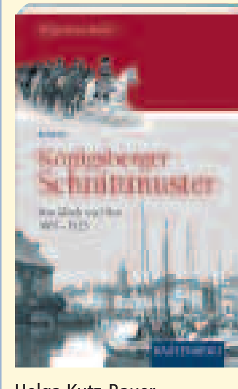


Hildegard Rauschenbach
Marjellchen wird Berlinerin
Heimkehr aus Sibirien und Neuanfang
In „Marjellchen wird Berlinerin" beschreibt Hildegard Rauschenbach eindrücklich und persönlich das Leben in Berlin von ihrer Rückkehr aus Sibirien im Jahr 1948 bis zum Fall der Mauer 1989. Und trotz der Herausforderungen des Neubeginns sind die Gedanken auch oft in der alten Heimat. 224 S./Gebunden mit Schutzumschlag.
Nr. P 1366 12,95 €



Astrid von Menges (Hrsg.)
Orangen für Königsberg
Die dagebliebene Elvira Syroka erzählt
240 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533143 14,95 €

Über 65 Jahre ist es her, dass der letzte Flüchtlingstransport Königsberg verließ. Was aber geschah mit den Zurückgebliebenen? Wie lebten sie? Elvira Syroka erzählt ihre Erlebnisse stellvertretend für jene, die in ihrer alten Heimat geblieben sind. 1930 in Lichtainen bei Osterode geboren wurde sie mit ihrer Familie 1945 von der Roten Armee nach Königsberg verschleppt. Die nächsten 3 Jahre waren ein Kampf ums Überleben. Mit dem letzten Flüchtlingstransport 1948 gelang es ihren Eltern und ihren beiden Schwestern in den Westen auszureisen. Sie selbst blieb durch unglückliche Umstände zurück und richtete sich in diesem Leben ein.



Helga Kutz-Bauer
Königsberger Schnittmuster
Von Glück und Not 1807-1923
Ostpreußischer Familienroman
385 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533140 14,95 €

Vier Generationen von Frauen werden in diesem spannenden, vielschichtigen Epos beschrieben. Im Mittelpunkt der Handlung steht die Marketenderin Carine. Viele Jahre hat sie das Heer Napoleons begleitet. Jetzt ist sie den Krieg leid und beschließt ihr Kind in Königsberg aufziehen. Schnell bekommt sie Kontakt zu der einheimischen Bevölkerung. Ihre Kenntnisse in der Heilkunde und ihre Begabung für Handarbeiten sichern ihren Lebensunterhalt und bringen ihr Freundschaften. Das Land wird Carine zur Heimat. Schnell ist ihr Sohn erwachsen und geht seiner Wege. Einige Jahre später vertraut er seiner Mutter seine Tochter Sophie zur Erziehung an. Mit dem Heranwachsen von Maries Kindern endet dieser erste Band.



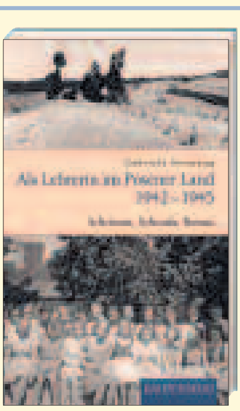
Helga Kutz-Bauer
Königsberger Kreuzwege
Von glücklichen Tagen und schrecklichen Zeiten 1923-1945
Ostpreußischer Familienroman
358 Seiten/Gebunden mit SU
Nr. P 533141 14,95 €

Die Fortsetzung des Romans Königsberger Schnittmuster schildert, wie die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse von Diktatur und Krieg in das Leben der Menschen eingreifen. Im Mittelpunkt des 2. Bandes stehen Friede und Trude, die Töchter von Marie. Friede schafft es, eine Ausbildung in einer Handelsschule abzuschließen. Sie lernt den gutsituierten Otto kennen, heiratet ihn gegen den Widerstand seiner Mutter. Am Tag der Geburt seines ersten Kindes muss Otto als Sanitäter zum Wehrdienst einrücken. Trude bekommt zwei Kinder, bevor sie ihren Hans heiraten kann. Unter dramatischen Umständen fliehen beide Frauen am Ende des Krieges in den Westen. Dort treffen sie fast die gesamte Familie wieder.



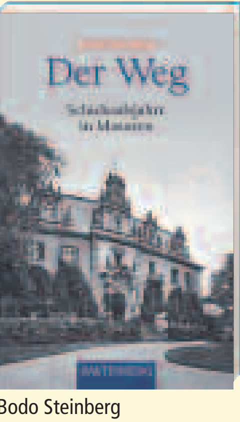
Gertrud Papendick
Das Haus des Konsul Kanther
Roman einer Königsberger Familie
416 Seiten. Gebunden mit SU
Nr. P 533132 14,95 €

Dieser Roman führt den Leser in die Welt der Anfangsjahre des vergangenen Jahrhunderts nach Königsberg, in denen morsche Formen zerbröckeln und eine neue Zeit anbricht. Konsul Kanther regiert die Seinen streng konservativ, aber die Söhne und Töchter, alle von stark ausgeprägter Wesensart, suchen aus dem ehrwürdigen Kantherhaus auszubrechen und eigene Wege zu gehen. „Das Haus des Konsul Kanther" ist das Portrait einer brüchigen Gesellschaft voll menschlicher Probleme und Spannungen – ein fesselndes, farbiges und dicht gewobenes Bild einer uns fernen, nahen Vergangenheit. Die erzählerische Kraft der Autorin, ihre bildhafte und klare Sprache erweckt eine versunkene Welt.



Gabriele Hornung
Als Lehrerin im Posener Land 1942–1945
Schrimm, Schroda, Bomst …
Geb. mit SU. 30 S/W-Abb.176 S.
Nr. P 533152 14,95 €

Gabriele Hornung, 1922 geboren, erzählt an Hand ihrer Tagebuchaufzeichnungen wie sie als zwanzigjährige Lehrerin aus Berlin in das Posener Land und dort in Gultsch an einer einklassigen Dorfschule und später an einem Internat in Scharnikau unterrichtete. Landschaft und Schulalltag im Rhythmus der Jahreszeiten werden lebendig und bei allem Ernst auch humorvoll, mit lustigen Anekdoten, beschrieben. Immer stehen dabei die Kinder im Mittelpunkt, zunächst in der Dorfschule die kleineren, die der Lehrerin Blumen schenken und so ihre große Zuneigung ausdrücken. Der Bericht endet mit der Flucht aus Scharnikau im Januar 1945 vor der heranrückenden russischen Front.



Bodo Steinberg
Der Weg
Schicksalsjahre in Masuren
Gebunden mit Schutzumschlag.
320 Seiten
Nr. P 533160 16,95 €

August 1944: Die Ereignisse des 2. Weltkriegs haben das abgelegene masurische Gut der Familie von Thumeck am Haschner See noch nicht erreicht. Polnische Erntehelfer, die im See notgelandeter britischer Pilot, die Familie des Gutsbesitzers und die zum Gut gehörenden Angestellten feiern nach der eingebrachten Ernte ein letztes Mal zusammen. Olaf von Thumeck, der jüngste Sohn des Grafen, muss nach seinem Genesungsurlaub wieder an die Front. Während der Feier gibt er die überraschende Verlobung mit Nadja Jablonski, einer jungen polnischen Erntehelferin bekannt. Doch der Krieg holt die Familie schneller ein als erwartet. Olaf und Nadja müssen sich trennen, russische Verbände dringen über die Grenze, besetzen das Gut und Olafs Eltern werden Opfer russischer Soldaten.

RAUTENBERG
BUCHHANDLUNG

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden, faxen oder Bestellung einfach telefonisch durchgeben:

RAUTENBERG Buchhandlung
in der Verlagshaus Würzburg GmbH & Co. KG
Beethovenstraße 5 B
97080 Würzburg

Telefon 09 31/ 46 58 89-12
Telefax 09 31/ 46 58 89-29
Email info@rautenberg-buch.de
Internet www.rautenberg-buch.de

Lieferung erfolgt gegen Rechnung. Achtung, die Versandkostenpauschale beträgt nur € 4,00*, ab einem Bestellwert von 80,00 € ist die Lieferung versandkostenfrei* (*nur gültig bei Versand innerhalb Deutschlands). Auslandslieferung gegen Vorkasse. Dabei werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. DVDs und CDs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Anzahl	Bestell-Nr.	Titel	Preis €

Vorname .... Name ....
Straße/Nr. .... Telefon ....
PLZ/Ort ....
Datum .... Unterschrift ....

MELDUNGEN

Steinwürfe auf Kirche

Berlin – Vergangenen Sonntagabend wurde die Sankt-Simeon-Kirche in Berlin-Kreuzberg zum dritten Mal binnen einer Woche Ziel von Attacken. Zeugen zufolge warfen sechs Jugendliche gegen 20 Uhr Steine, zerstörten so Fenster und riefen dabei „Allahu Akbar“. Laut Pfarrer Christoph Heil werden Kirchen in Kreuzberg öfter angefeindet. Die Simeon-Kirche ist auch „Flüchtlingskirche“, die Bildung und Beratung für Asylsucher anbietet. *H.H.*

Schweden vor Rechtsruck

Stockholm – Zur schwedischen Reichstagswahl am kommenden Sonntag verdichten sich die Zeichen für einen Triumph der „Schwedendemokraten“, die von 13 auf mehr als 20 Prozent wachsen könnten. Die regierenden Sozialdemokraten sehen ebenso wie die bürgerlichen „Moderaten“ starken Verlusten entgegen. Den Grünen droht gar aus Rauswurf aus dem Parlament. *H.H.*

ZUR PERSON

Zünglein an der Waage

Am Sonntag könnte Schwedens Regierung die Quittung für ihre Willkommenskultur erhalten. Geht man von den Umfragewerten aus, wird es nach den Wahlen zum Reichstag wohl ein Ende haben mit der rot-grünen Regierung unter Ministerpräsident Stefan Löfven. Hauptgrund ist die Unzufriedenheit der Bevölkerung mit dessen Asylpolitik.

Auch in Schweden gibt es eine politische Alternative. Und die nennt sich Schwedendemokraten. Angeführt wird die in den Umfragen knapp hinter den Sozialdemokraten auf Platz zwei liegende rechtskonservative Partei seit 2005 von **Jimmie Åkesson**, den viele wegen seines gepflegten Aussehens für den Traum aller Schwiegermütter halten. Dabei lebt der 39-Jährige schon lange in wilder Ehe mit einer zehn Jahre jüngeren Frau zusammen, die seine politischen Ideale teilt. Louise Erixon ist Oppositionsführerin der Schwedendemokraten im Stadtrat des südschwedischen Ortes Sölvesborg, in dem das Paar samt kleinem Sohn lebt.


Bild: Sveriges riksdag

Den Schweden geht es eigentlich so gut wie lange nicht mehr: Die Arbeitslosigkeit ist auf einem niedrigen Stand, die Inflation gering und der Staatshaushalt im Plus. Doch die Ausländerkriminalität versetzt das Land in Unruhe. Viele waren aufgeschreckt, als im August ein Ausländermob in mehreren Problemvierteln westschwedischer Orte 60 Autos angezündet hat. Seit 2015 hat die Regierung 300 000 Zuwanderer ins Land gelassen, pro Kopf der Bevölkerung ist das mehr als in Deutschland.

Åkesson, der an der Universität von Lund Politik studiert, aber nie einen Abschluss gemacht hat, kündigte an, im Falle einer Regierungsbeteiligung die Zahl der Immigranten „um 90 Prozent“ zu senken. Bislang machten alle Parteien einen großen Bogen um ihn. Man kommt aber wohl nicht um ihn herum. Denn nach der Wahl könnten seine Schwedendemokraten das Zünglein an der Waage sein. *H. Tews*



Kanzlerin, kommst du nach Afrika …

Strammstehen statt Aufstehen

Wie das ZDF die Wahrheit herauswürgt, warum jetzt Schluss ist mit »Verständnis für die Bürger«, und wen Steinmeier mag / Der satirische Wochenrückblick mit Hans Heckel

Das wir das noch erleben dürfen! Der aalglatte Claus Kleber gerät ins Schlingern. „Es wurde zeitweilig doch kritisch, was durchaus nicht nur an der AfD lag“, versuchte der Moderator des „Heute Journals“ zunächst noch auf der politisch korrekten Linie zu balancieren, als er vom Trauermarsch in Chemnitz berichtete. „Durchaus nicht nur“? Also zum Teil doch, oder wie? Nein, die Attacken seien aus dem „linken mutmaßlichen Antifa-Lager“ gekommen, korrigierte der ZDF-Reporter vom Ort des Geschehens – also nicht im geringsten von der AfD.

Was? Das war zu viel. Kleber hakte nach, ob es tatsächlich so gewesen sei, „dass AfD, Pegida und so weiter relativ still vor sich hin marschiert sind und dann war es das linke Lager, das den Weg blockiert hat ...?“ „Das ist richtig“, gibt der Reporter zu. Diese Nähe zur Wahrheit hat uns alle elektrisiert. Gut, das ZDF sollte uns bei Gelegenheit noch erklären, was mit „relativ“ friedlich gemeint ist. Also, ich bin entweder friedlich (nämlich immer) oder gewalttätig (nämlich nie). „Relativ“ friedlich müsste irgendwas dazwischen sein. Wie sieht das konkret aus?

Ach, wir wollen mal nicht so penibel werden. Vermutlich kam es dem Kleber einfach nicht über die Lippen, von „friedlichen“ oder sogar „vollkommen friedlichen“ AfD-Demonstranten zu sprechen. Was gäbe denn das für ein Bild ab? Jedenfalls nicht das, welches von der Mehrheit im Rundfunkrat gewünscht ist. Somit geht's eben nicht, basta.

Wir sind ja ohnedies schon von den Socken, wie nahe sich der Kleber an die Wahrheit herangepirscht hat. Sonst heißt es bei derlei Gelegenheiten doch stets, bei Auseinandersetzungen im Umfeld einer „rechten Demo“ sei es „zu gewalttätigen Ausschreitungen gekommen“. Als käme es zu so etwas wie zu Hagelschauern im Herbst. Kein Schuldiger, Täter und Opfer vermischen sich.

Das ist ein simpler Trick: In den Köpfen soll bloß „Rechte“ und „Ausschreitungen“ hängenbleiben. Den Rest möge das Gehirn des Zuschauers erledigen, welches das Gehörte zu „Ausschreitungen von Rechten“ verklumpen soll. Allerdings scheint sich in den Kreisen der „Qualitätsjournalisten“ das üble Gerücht herumzusprechen, dass eine wachsende Zahl von Konsumenten auf den Kniff nicht mehr hereinfällt und sich, schlimmer noch, ihren eigenen Reim drauf macht.

Der Reim geht so: Wenn wirklich „Rechte“ für Gewalt verantwortlich zu sein scheinen, kann der Bürger hundertprozentig sicher sein, dass ihm das auch fingerdick aufs Brot geschmiert wird. Heißt es stattdessen bloß, es sei „zu Ausschreitungen gekommen“, ohne dass der Urheber genannt wird, ist es lückenlos gewiss, dass der Tumult exklusiv von „Linken“ ausging, und dass man uns diese Tatsache verheimlichen will.

> Griffiger Blödsinn wird viel eher geglaubt als die wirre Wirklichkeit – das kann man nutzen

Wenn sich eine Behauptung hinsichtlich „rechter Gewalt“ als Tinnef herausstellt wie die von den ominösen „Hetzjagden“ auf Ausländer in Chemnitz, lautet die Lösung: Standhaft bleiben! Die Lüge einfach so lange und so oft wiederholen, bis sie den Leuten derart in Fleisch und Blut übergegangen ist, dass sie gar nicht mehr anders können, als es für wahr zu halten.

Das ist ja das Schöne: Griffiger Blödsinn hat viel bessere Aussichten aufs Geglaubtwerden als die verwirrende Wirklichkeit. Die Wirklichkeit hat oft Lücken, wartet mit Überraschungen auf und widerspricht sich bisweilen sogar. Eine kunstvolle Lüge dagegen ist spiegelglatt durchkomponiert, da stimmt alles und wird zudem mundgerecht serviert, sprich: Die Lüge ist aufs Feinste abgestimmt auf die Erwartungen des Publikums. Wenn jenes Publikum über Jahre auf die Allgegenwart von „rechter“ Gewalt abgerichtet worden ist, schluckt es in der bekannten Geschmacksrichtung jede noch so trübe Tunke.

Na ja, nicht jede, ein wenig Sorgfalt sollte man beim Ersinnen der Lüge schon walten lassen. Indes, je nachhaltiger die Dressur der Hörer- und Leserschaft gelungen ist, desto leichter wird's mit dem Einflößen. Aber auch dann sollte man nicht leichtsinnig werden, doch genau das passiert: Die Lügen geraten plumper und plumper. Das Resultat wird als „schwindende Glaubwürdigkeit der Medien“ lauthals beklagt. Die rabiate ideologische Aufbereitung der Vorfälle von Chemnitz hat diese „Glaubwürdigkeit“ weiter schrumpfen lassen.

Aber egal, nun ist es eben so und die Devise lautet: Draufschlagen auf alles, was „rechts“ ist oder so genannt werden könnte, und zwar mit dem gesamten Arsenal. Ein solches Trommelfeuer lässt Opfer zurück. Als eines der ersten stolperte Sahra Wagenknechts „linke Sammlungsbewegung“ in jenes Massengrab, das sie den „Graben“ nennen, der „unsere Gesellschaft durchzieht“.

„Aufstehen“ hieß die Bewegung und stürzte schon am Tag ihrer offiziellen Entbindung auf den Hosenboden zurück. Das Ziel schien sonnenklar zu sein: Da die offenen Grenzen den Druck auf die unteren Lohngruppen immer weiter steigern und die sozialen Netze irgendwann zerreißen müssen, sollte eine linke Bewegung her, die für Grenzen und den Nationalstaat eintritt.

Seit dem Schweigemarsch der Zehntausend in Chemnitz aber haben sich die „unteren Lohngruppen“ das Vertrauen der Regierung nebst zugehöriger Medien vollständig verspielt. Die „taz“-Journalistin Bettina Gaus brachte die Stimmung auf den Punkt: „Irgendwann ist Schluss mit dem Verständnis für besorgte Bürger“, donnerte sie bei „Maischberger“ aufs böse Volk hinunter. „Rechtsradikalismus und Kriminalität“ sei das, was in Chemnitz passiert sei, sonst nichts, schießt Bundesjustizministerin Katarina Barley in dieselbe Richtung.

In dem Trommelfeuer konnte „Aufstehen“ als Anwalt der nunmehr verfemten „kleinen Leute“ keine Minute überleben. Sahra Wagenknecht robbt zurück in die internationalistische Ausgangsstellung. Es gehe darum, Menschen einzusammeln, die sich benachteiligt „fühlen“ und daher zur AfD gegangen seien. Die müsse man zurückholen. Sprich: Nicht die miese Lage der Leute ist das vorrangige Problem, sondern dass sie die Falschen wählen, statt sich den Grünen, der SPD oder der Linkspartei zuzuwenden. Sie sollen an der Urne wieder artig werden, ansonsten: „Schluss mit Verständnis“? Klingt weniger nach „Aufstehen“ als nach „Strammstehen“.

Ja, der Traum von Katrin Göring-Eckardt ist wahr geworden. Die Worte der Grünen dröhnen uns noch heute in den Ohren, nur hätten selbst Optimisten nicht geglaubt, dass sie so rasch Wirklichkeit werden: „Das Land wird sich ändern, und zwar drastisch“, prophezeite sie 2015 und kommentierte die Aussicht euphorisch: „Und ich freue mich darauf.“ Angesichts der jüngsten Tage sollte Göring-Eckardt aus dem Jubeln gar nicht rauskommen.

Und wie sich das Land verändert hat: Schweigend demonstrierende, gesetzestreue Bürger ordnet die Justizministerin zwischen Rechtsradikalismus und Kriminalität ein, während die versammelte Berliner Polit-Elite aus Begeisterung auf die Knie geht vor Musikgruppen wie „Feine Sahne Fischfilet“, weil die gegen den Bürgerprotest in Chemnitz auf die Bühne krabbeln. Selbst der Bundespräsident zollte „Fischfilet“ öffentlich seinen Respekt.

Laut „Bild“-Zeitung gab es zwischen 2009 und 2016 gegen die Bandmitglieder 16 Ermittlungsverfahren: Landfriedensbruch, gefährliche Körperverletzung, Bedrohung, Raub und Nötigung. Zur Staatsmacht haben die Jungs eine besondere Beziehung, in dem Lied „Wut“ heißt es: „Die nächste Bullenwache ist nur ein Steinwurf entfernt“. Zum Thema „Herz statt Hetze“ findet man in dem Lied die denkwürdigen Worte: „Unsere Herzen brennen/ und der Hass, der steigt.“

Dazu klatscht Frank-Walter Steinmeier im Rhythmus der Zeit. Deutschland hat sich tatsächlich verändert. Die Polizeibeamten, welche beim Auftritt der Gruppe in Chemnitz für Sicherheit und Ordnung sorgen mussten, durften sich väterlich beschirmt fühlen von einem Staatsoberhaupt, das ihre Feinde zum Freunde hat.

MEINUNGEN

Die in Hamburg lebende georgische Schriftstellerin ***Nino Haratischwili*** *streicht im „Hamburger Abendblatt“ (1. September) eine* ***deutsche Besonderheit*** *heraus:*

„Gerade in Deutschland gibt es übrigens auch den Versuch, das Fremde zu idealisieren und die deutsche Identität abzuwerten. Auch das sorgt für Ressentiments.“

Die deutsch-türkische Juristin und Berliner ***Reform-Imamin Seyran Ates*** *wundert sich in der Zeitschrift „Chrismon“ (September-Ausgabe):*

„Merkwürdig finde ich, dass Feministinnen, die hierzulande für Frauenrechte kämpfen, das Kopftuchtragen im Iran als Zeichen religiöser Freiheit verteidigen.“

Dushan Wegner *fürchtet auf seinem Blog (27. August), dass die zeitgenössischen Deutschen ihre* ***Verantwortung für die Zukunft*** *völlig verkennen:*

„Wenn Deutschland nicht bald den linksgrünen Wahn abschüttelt und zurückkehrt zu jener Vernunft, die das Land einst stark gemacht hat, werden wir uns noch nach den heutigen Tagen zurücksehnen. Heute ist die Zeit, von der man später sagen wird: Wie konnten die nicht sehen, worauf sie zusteuern? Waren die denn alle blind? – Nein nicht alle, nur die, welche die Macht in Staat und Staatsfunk erlangt hatten. So schrecklich sie ist: die Gewalttätigkeit ist ‚nur‘ das zweite Problem. Das erste Problem ist die Unordnung, die in der offenen Gewalt metastasiert.“

CDU-Urgestein ***Wolfgang Bosbach*** *ruft auf „t-online“ (29. August) zu mehr* ***Realismus*** *auf:*

„Hört endlich auf, die unübersehbaren Probleme infolge der Flüchtlingspolitik seit September 2015 zu ignorieren oder gar zu tabuisieren! ... Dazu gehört auch die bittere Erkenntnis, dass sich die Sicherheitslage unseres Landes verändert hat. Aber wehe dem, der das offen ausspricht. Da wird man reflexartig in die rechte Ecke gestellt, weil nicht sein kann, was nicht sein darf. Es sind ja angeblich alles ‚nur Einzelfälle‘, die man natürlich ‚nicht politisch instrumentalisieren darf‘. Heißt übersetzt: Nur nicht offen darüber reden.“

Michael Klonovsky *entdeckt auf seinem Blog (29. August) beklemmende* ***Parallelen*** *der Gegenwart zur* ***SED-Diktatur***:

„Entlarvenderweise bezeichnete Merkel ... die spontanen Proteste gegen ihre menschenverachtende und bürgerkriegsvorbereitende Politik im DDR-Funktionärssprech als ‚Zusammenrottungen‘ ... Es gab den Straftatbestand ‚Zusammenrottung‘ im DDR-Strafgesetzbuch; jenes der Bundesrepublik kennt ihn nicht.“

Olav Stolze*, seit 2015 Leiter einer Hamburger Flüchtlingserstaufnahme, berichtet gegenüber „Spiegel online“ (31. August), darüber, wie* ***Asylsucher*** *ihr Auftreten* ***verändern***:

„Sie erwarten Hilfe bei der Wohnungs- und Arbeitssuche, sie möchten zum Arzt begleitet werden, kritisieren das Essen, fragen, warum es so wenig Freizeitangebote gibt, und fordern Dolmetscherdienste ein. Die Menschen, die 2015 kamen, waren insgesamt deutlich genügsamer.“